

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlaggehaltene Kolonne...  
Kleine Anzeigen...  
Telegraphische Adressen...

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen...  
Einzelhefte...  
Abonnement...  
Einzeln...  
Abonnement...  
Einzeln...  
Abonnement...  
Einzeln...

Ersteinstellung außer Montags.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Friedenskundgebung Berlins.

Die Vertretung der organisierten Arbeiter Groß-Berlins bildet an sich eine stattliche Versammlung. Und diese Versammlung hat das Recht, im Namen von über Hunderttausend politisch organisierter Arbeiter zu sprechen, hinter denen ein weiteres Hunderttausend gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und nicht viel weniger als eine halbe Million Reichstagswähler steht.

Die Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins pflegt sonst vor allem organisatorische Arbeit zu verrichten. Auch diesmal wurden die mannigfaltigen Aufgaben, deren Lösung der gewaltige Parteiapparat stellt, ernst und gründlich beraten. Aber das Hauptinteresse galt diesmal doch der wichtigen politischen Kundgebung, die der letzte Punkt der Tagesordnung bringen sollte: der Bekundung des unerschütterlichen und entschlossenen Friedenswillens der Berliner Arbeiter.

Und es war zur rechten Zeit, daß die Vertretung der Hauptstadt der internationalen Sozialdemokratie ihrer Meinung Ausdruck gab. Allzulaut und allzuaufdringlich haben die Kriegsgegner in der letzten Zeit sich in den Vordergrund zu drängen gewagt und mit den abscheulichsten Mitteln den Sozialrat am deutschen Volk betriebe. Kein Tag, an dem nicht daran gearbeitet wurde, die Regierung und vor allem den Kaiser einzuschüchtern und in den Kampf zu treiben. Die Monarchisten hatten sich plötzlich zum Sturmangriff auf den Monarchen gesammelt. Wozu in der Hauptstadt der Ton angegeben wurde, das wurde draußen in der Provinz noch größer eskalieren. Man kennt die Beschimpfungen gegen Wilhelm II., denen das Organ der freikonservativen Partei ein ausstimmendes Echo ließ und der Freund der Pressefreiheit konstatierte mit Vergnügen, daß der Majestätsbeleidigungsparagraph außer Kraft gesetzt ist — wenigstens für die nationalpolitischen Kriegstreiber. Noch ärger triebens die „patriotischen“ Provinzorgane. Ist doch, um ein Beispiel für viele zu geben, die „Freie. Bzg.“ in der Lage, aus der bündlerischen, agrarischen „Thüringischen Landesztg.“ folgenden Bitat zu geben:

Es hat keinen Zweck, die Tatsache unerwähnt zu lassen, daß es auch diesmal der Kaiser gewesen sein soll und ziemlich fraglos auch in Wirklichkeit gewesen ist, dem man diese traurige Politik, den jammervollen vorläufigen Abschluß der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen verdankt. Das Ausland rechnete so sicher damit, der Kaiser würde den Franzosen zu Willen sein und seinen eigenen Ministern wieder einmal in den Arm fallen, daß es wohl gar nicht sehr ernst genommen hat, was Aiderkes-Waechter forderte. Das ist natürlich keine Höflichkeit-Politik. Alle die großen Vorgänger Wilhelm II. würden in gleicher Lage wesentlich anders gehandelt haben. Aber der Kaiser hat sich in Friedensduseleten eingelassen, die bei seinen verantwortlichen Ministern alle Verantwortungslosigkeit löten. Er hat sich mit Gesellschaftern und Beratern umgeben, die zum größten Teile nicht einmal deutschen Blutes sind, darum auch kein Behen deutschen Geistes in sich spüren und die nur berührt werden von ihren internationalistischen Händlerinteressen. Oft, sehr oft ist auf diesen wunden Punkt an der obersten Lenkung unserer Reichsgeschichte hingewiesen worden; bisher war alles vergeblich. Und in den Westen droht allmählich die Hoffnung zu ersterben, daß die Dinge unter der Regierung des jetzigen Kaisers noch einmal anders werden könnten, daß noch einmal Mannhaftigkeit, schlichter Geradsinn und Ablehnung alles volksfremden Wesens an unseren oberen Stellen die Ideale werden könnten, aus denen sich die deutsche Tat baut.

Gegenüber diesen dunklen Mächtschaften, die darauf hinauslaufen, Wilhelm II. mit dem Abfall zu drohen, wenn er nicht eine kriegerische Politik einschlägt, war es hoch an der Zeit, der wirklichen Stimmung des deutschen Volkes Ausdruck zu verleihen. Und dies war um so mehr geboten, als die gefährliche Clique der Kriegstreiber sich angemacht hat, den Namen des deutschen Volkes für ihre infamen Geheireien zu mißbrauchen. Wie das Volk wirklich denkt, wie die deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus weite Schichten in Wahrheit gefinnt sind, das bringt die Resolution der Berliner Sozialdemokratie zum scharfen und klaren Ausdruck. Sie lautet:

Die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuesten Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie wendet sich ebenso sehr gegen eine Festsetzung in Marokko wie gegen die Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß weder die deutsche Arbeiterklasse noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erweiterungen Vorteil hat, doch vielmehr durch solche die Kräfte des Volkes vermehrt und unabsehbare Konfliktsgefahren geschaffen werden.

Mit der größten Entrüstung wendet sich die Versammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu verschleiern, das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie benutzen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuziehen.

Die Versammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterklasse, daß sie allen verbrecherischen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Blutvergießen und Vernichtung des

Nationalwohlstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird.

Die Versammlung spricht ferner ihren Anwillen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgenschweren Fragen der Politik in die Hände einer kleinen Anzahl von Diplomaten legt und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Versammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat und nicht Diplomatenintrigen und absolutistische Willkür Deutschlands Gescheide bestimmen.

Die Versammlung betont sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schließt sich daher allen Friedenskundgebungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.

Das ist freilich eine andere Sprache, als sie den Kriegsgehern in ihr verbrecherisches Treiben paßt, und uns nimmt nicht wunder, daß die scharfmacherische Presse mit sinnloser Wut über diese Kundgebung herfällt. Als ob sie etwas anderes von den deutschen Arbeitern hätten erwarten dürfen, als ob nicht die arbeitenden Klassen einmütig in einem Kriege um kapitalistischer Interessen willen ein fluchwürdiges Verbrechen sehen, das zu verhindern sie ihre ganze Kraft einbringen wollen. Nur daß sich diese angebliche Entrüstung noch komischer als sonst bei Reuten ausnimmt, deren Mund eben noch übergeflossen ist von den Schmähungen gegen die Regierung und den Kaiser, der im Verdacht steht, nicht ihre Geschäfte strupellos besorgen zu wollen. Die Herren, die zu jedem Verbrechen sich bereit zeigen, wenn sie ihre Profite gefährdet glauben, die mit einer Palastrevolution drohen, wenn ihr Wille nicht allein über Gut und Blut der Nation verfügt, die sollen sich nur ja nicht maufig machen. Die Erbitterung über ihr Treiben in den Massen ist wahrlich gerade groß genug.

Verwunderlicher freilich ist es, daß gerade in der heutigen Situation, wo alle Kraft darauf zu konzentrieren ist, die Kriegsgefahr zu bannen und den Gegnern entgegenzutreten, das „Berl. Tagebl.“ in den alten liberalen Fehler der Notmalerei verfällt. Auf Grund eines stark gekürzten und schon deshalb ungenauen und mißverständlichen Berichtes richtet es Ermahnungen an die Sozialdemokratie, um Himmelswillen nicht zu scharf zu werden und nicht den Massenstreik zu befürworten. Die Ermahnungen mögen gut gemeint sein, aber sie sind wirklich überflüssig. Daß in einer gespannten Situation für die Arbeiterklasse als entschlossener Verteidigerin des Friedens eine Reihe ernster Probleme auftauchen, ist eine historische Tatsache, mit der alle Einsichtigen rechnen. Dies kam auch in dem ausführlichen Referat zum Ausdruck, in dem Genosse Däumig die Resolution begründete. Wollen die herrschenden Klassen das Auftauchen solcher Probleme verhindern, so gibt es dafür ein sicheres und unfehlbares Mittel. Sie müssen eine Politik befolgen, die dem Friedenswillen der Volksmassen entspricht und müssen jede Kriegsgefahr vermeiden. Die Mühe, die sich das „Berl. Tagebl.“ gibt, die deutsche Sozialdemokratie vor Gefahren zu bewahren, ist unnötig. Viel nötiger ist es, die wirklichen Gefahren zu bannen, die aus dem nationalpolitischen Getöse dem deutschen Volke entstehen können.

Gegen diese Gefahren gilt es nun gerade in diesen entscheidungsschwangeren Wochen gewappnet zu sein. Was die Berliner Arbeiterklasse gesprochen hat, das ist die Meinung der deutschen Sozialdemokratie. Wir wollen keinen Krieg, wir wollen den Frieden und dem Kriegsgeschrei der Kolonialinteressenten setzen wir unerwiderterweise unsere Parole entgegen:

**Marokko ist nicht die Knochen eines deutschen, nicht die Knochen eines französischen Arbeiters wert.**

**Die Friedensdemonstration in Leipzig.**

Am Sonntag veranstaltete die Leipziger Arbeiterklasse eine prächtige Kundgebung gegen die infame Marokkoberge. Wohl gegen 30 000 Menschen, Männer und Frauen, strömten am Nachmittag nach dem Brauereigarten in Stötteritz, dem Lokal, in dem die Leipziger Arbeiterklasse ihre Maifeier und ihr Gewerkschaftsfest abhält. Leider war es nicht möglich gewesen, die beiden französischen Genossen Guesde und Vaillant als Redner neben der Genossin Luxemburg (als Ueberseherin) und den Genossen Lensch zu bekommen. Guesde telegraphierte aus Paris wegen schwerer Krankheit ab und Vaillant war leider verhindert zu kommen. Vaillant schrieb jedoch folgenden Brief, den die Versammlung mit stürmischem Beifall aufnahm:

Kurhaus Oberried, Belp, Schweiz, 15. Aug. 1911.

Lieber Genosse Lensch!

Ich kenne Sie und unsere Freundin, die Genossin Luxemburg, ebenso die „Leipziger Volkszeitung“ als Repräsentant der Avantgarde des revolutionären Sozialismus, des aktiven und kämpfenden Marxismus, und keine Einladung konnte für mich angenehmer sein, zumal es sich um die Demonstration für die Sache handelt, die mir am meisten am Herzen liegt, für den internationalen Frieden, gegen den Krieg, gegen die Infamien und Verbrechen der Politik und des kolonialen Kapitalismus.

Ich wäre also glücklich gewesen, mit Ihnen zusammen in Leipzig zu sein, in dieser Metropole der Arbeiter und des Sozialismus, auf Eurer Demonstrationenversammlung, um mit Ihnen und Ihrem Vorstand Zeugnis dafür abzu-

legen, daß die Arbeiter und Sozialisten aller Länder mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür arbeiten müssen, um einen Krieg zu verhindern. Die Arbeiter und Sozialisten in Deutschland wie in Frankreich und England dürfen nicht zulassen, daß ihre Regierungen sich zu Agenten der kapitalistischen kolonialen Syndikate machen und, wie jetzt eben erst Frankreich durch seine Marokko-Expedition, den internationalen Frieden gefährden.

Zu diesem Zwecke haben die sozialistischen Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs die Pflicht, den Auftrag zu vollziehen, den ihnen die internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen gegeben haben. Eure Versammlung wird dies tun, und ich bedaure außerordentlich, daß ich nicht zugegen sein kann und Ihnen nur durch diesen Brief sagen kann, daß ebenso wie Sie auch die Sozialisten Frankreichs entschlossen sind, sich mit Euch zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Krieg zu vereinigen, gegen einen Krieg, der, wenn einer sich auf den anderen, wenn Deutschland auf Frankreich stürzen würde, ein wahrer Bürger- und Bruderkrieg wäre, der ruhmlos für alle, der auf Generationen hinaus den Aufstieg der Arbeiterklasse und die menschliche Zivilisation zurückwerfen würde.

Empfangen Sie, werter Genosse Lensch ebenso wie Genossin Luxemburg, den Ausdruck meines Bedauerns und wollen Sie ihn allen unseren Freunden in Leipzig übermitteln mit der Versicherung treuer Freundschaft und sozialrevolutionärer Solidarität.

Ed. Vaillant.

Da die beiden französischen Genossen verhindert waren, sprachen nunmehr nur die Genossen Grenz und Lensch, die, vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen, mit den Kriegsgegnern scharf ins Gericht gingen. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

Die Versammelten sprechen ihre Entschlossenheit aus über den empörenden Versuch, Deutschland in einen Krieg mit Frankreich hineinzuziehen. Sie fühlen sich mit den Klassenbewußten Arbeitern Frankreichs eins in dem Abscheu vor jedem Völkermord, dessen furchtbare Folgen in erster Linie von der Arbeiterklasse beider Länder zu tragen wären.

In der Marokkopolitik erblicken die Versammelten nur das notwendige Ergebnis einer Weltpolitik, die die ganze Welt in Ausbeutungszustand des Kapitalismus verwandelt und die einer Handvoll Ausbeuter Mißergerne einbringt, für die große Masse des arbeitenden Volkes aber steigenden Steuerdruck, Zerstörung und stete Kriegsgefahr bedeutet. Die Versammelten protestieren gegen die entwürdigende Schmach, daß das Schicksal des deutschen Volkes abhängig ist von dem hinter verschlossenen Türen vor sich gehenden Schachergeschäft einiger sogenannter Diplomaten, mit denen das deutsche Volk nicht gemein, für die es keine anderen Gefühle als die des unbegrenzten Mißtrauens hat. Das arbeitende deutsche Volk verlangt, über seine Geschäfte selber beraten und entscheiden zu können. Es verlangt die sofortige Einberufung des Reichstages.

So sehr jedoch das arbeitende deutsche Volk den Weltkrieg verabscheut und ihn mit allen Mitteln zu verhindern geliebt, so erklären die Versammelten doch, daß die herrschenden Klassen einen Weltkrieg mehr zu fürchten haben, als die unterdrückten Massen. Ein Weltkrieg würde eine lange Periode von Revolutionen und Völkerringen einleiten, die nur enden könnte mit dem Sturz des Kapitalismus und dem Uebergang zum Sozialismus. Die Furcht vor dieser sozialen Revolution war bisher das sicherste Mittel, den Weltkrieg zu verhindern. Die Versammelten geloben, dafür sorgen zu wollen, daß diese Furcht der herrschenden Klassen vor den sozialen Konsequenzen eines Weltkriegs auch in Zukunft lebendig bleibe. Das beste Mittel dazu erblicken sie in rastloser politischer Aufklärung und in dem weiteren kraftvollen Ausbau der Arbeiterorganisationen.

Mit einem donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die prächtige Kundgebung dann geschlossen.

## Die Streikbewegung in Großbritannien.

London, 19. August. (Fig. Ver.)

London gleicht einer belagerten Stadt. In den Parks wimmelt es von Soldaten. An den Eisenbahnstationen sieht man Militär mit aufgeschlagenen Bajonetten. Verifizierte Polizisten jagen durch die Straßen. Extra-Polizei (special constables) wird wie 1848 zur Zeit der Chartistenbewegung und wie im Jahre 1887 zur Zeit der Arbeitslosenunruhen in Massen angeworben. Und dennoch ist nicht der geringste sachliche Grund für diese extravaganten Maßnahmen beizubringen. Die Streikenden verhalten sich äußerst ruhig, sie verpüren nicht die geringste Lust, die Geschäfte der Scharfmacher zu besorgen. Soldaten und Polizisten langweilen sich. Thomas, der unerermüdliche Sekretär der Eisenbahner, eilt von Versammlung zu Versammlung, um die Streikenden aufzumuntern und die Kundschaft von dem von Stunde zu Stunde wachsenden Heere der Ausständigen zu überbringen. „Rast euch nicht provozieren“, ruft er ihnen zu; „zeigen wir den Reuten, daß wir keine Liverpooler Cooligans sind. Vereiten wir der Polizei einen angenehmen Tag.“

Der Versuch der Regierung, die Eisenbahner durch ein Massenangebot von Militär einzuschüchtern, ist kläglich mißlungen. Augenblicklich versucht Regierung wie Presse — darunter in Großbritannien in Ermangelung einer Arbeiter-

Presse stets nur die bürgerliche Presse zu verstehen ist — die Streikenden durch Ausstreunung falscher oder tendenziös entstellter Nachrichten zu entmutigen. Es wird behauptet, daß der Streik der Eisenbahner nur einen recht mäßigen Erfolg gehabt hat, daß die meisten Züge laufen, daß in kurzer Zeit ein regelmäßiger, wenn auch etwas eingeschränkter Betrieb organisiert sein wird. Aber die Meldungen aus allen Landesteilen, die bei dem Streikkomitee einlaufen, stützen diese Behauptungen nicht. Überall fielen der Verkehr, ganze Eisenbahnsysteme sind stillgelegt worden und stündlich mehr sich die Schwierigkeit der Gesellschaften, auch nur den notwendigsten Verkehr zu erhalten. Wie kritisch die Lage ist, beweist die Tatsache, daß die Eisenbahngesellschaften die Milch nicht mehr befördern können, die doch neben der Post unter allen Umständen nach London gebracht werden muß. Heute morgen erklärte mir mein Milchhändler, daß er morgen früh keine Milch liefern könne, es sei denn, daß man die Milch auf anderem Wege nach der Stadt schaffen könne.

Die erdrückende Mehrheit der bürgerlichen Presse findet nur Worte der schärfsten Verurteilung für die Eisenbahner; nur hier und da erheben bürgerliche Sozialpolitiker einen Protest gegen das tyrannische und autoritäre Gebahren der Eisenbahngesellschaften.

Die „Times“, die zahnlose Grobmann im britischen Blätterwald, geifern: Wir glauben nicht, daß die Streikenden ohne Rücksicht auf die ungeheuerliche Verderblichkeit der Handlungsweise betrachten können, die ihnen aufgezogen wird. Wenn die Streikführer darauf bestehen, der Allgemeinheit den Krieg zu erklären, so zweifeln wir sehr, ob der Erfolg ihres Aufstaus darauf sein wird, wie sie in ihrem rücksichtslosen und verräterischen Wahnsinn zu wünschen scheinen.

Der „Daily Graphic“ wittert: Was auch die Folgen der gestrigen Verhandlungen sein mögen, es ist klar, daß unsere Kriminalgesetzgebung ohne Verzug abgeändert werden muß, so daß irgendeine Person, die einer derartigen Verschönerung hilft oder Verschub leistet, sich eine schwere Zuchthausstrafe zuzieht. Die Nation muß sich gegen ihre Feinde (1) verteidigen, ob sie unter fremder Flagge kommen oder ob sie in unserer Mitte entstehen.

Dies sind nur einige Proben zur Charakterisierung des Geistes, der augenblicklich die große Masse der herrschenden Klasse Großbritanniens besetzt. Schuld allein an dem Streik sind die Arbeiter und besonders die Gewerkschaftsführer, die durch den Streik ihre Stellung befestigen wollen usw. Dies ist die Melodie, die mit einigen mehr oder minder blöden Varianten von der Presse gepfiffen wird.

Eine ehrenvolle Ausnahme macht die „Daily News“, die sich jetzt entschlossen zu haben scheint, die Streikenden zu unterstützen. Sie schreibt heute in einem Leitartikel sehr treffend:

„Aber die Eisenbahndirektoren müssen bedenken, daß das Publikum ihnen gegenüber auch eine andere Stellung einnehmen kann als die des Wittlers. Es ist noch zweifelhaft, welchen Umfang der Streik annehmen wird. Aber wie die Dinge sich entwickeln, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß er eine Ausdehnung erreichen wird, bei der das Publikum gezwungen sein wird, Halt zu rufen. Und dann wird es den Eisenbahndirektoren schlecht ergehen, wenn unser Unglück sich darum dreht, daß eine der streikenden Parteien unwillig ist, mit der anderen in dasselbe Zimmer zu gehen. Die Gewerkschaften haben ihrerseits, obwohl sie durch „heimliche Tyrannen“ erbittert gewesen sein mögen, keine derartige Intoleranz bewiesen. Sie haben es nie abgelehnt, mit den Direktoren dasselbe Zimmer zu betreten. Sie haben einfach die Direktoren als eine Fügung der Vorsehung betrachtet und versucht, sich damit abzufinden. Aber sie mögen dies nicht immer tun, wie auch die Nation. Die Direktoren sind von der Nation wie auch von den Aktienbesitzern beauftragt, einen großen öffentlichen Dienst zu organisieren. Und wenn die Nation zur Ansicht gelangt, daß sie auch ohne die Direktoren fertig werden kann, so kann sie entscheiden, sich ohne sie zu helfen. Schließlich machen doch doch heutzutage alle Nationen auf dem Festland, unsere Privatbahnen und Privatbahnsysteme mit ihrem Anspruch auf Unantastbarkeit sind fast, obwohl nicht ganz, einzig in ihrer Art in Europa.“

Unterdessen befundet sich das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiterklasse in immer stärkerer Höhe. Gestern nahm die in Edinburgh tagende Generalversammlung der schottischen Bergarbeiter eine Resolution an, in der die Verwendung des Militärs in Streiks scharf verurteilt wird und dem Exekutivkomitee des Verbandes die Vollmacht erteilt wird, mit anderen Arbeiterorganisationen über die Zulassung eines Generalstreiks zu verhandeln, um den Eisenbahnern zur Hilfe zu kommen.

Während die vom Bürgertum geleitete Presse meist den krassten Massenstandpunkt hervorkehrt und ihrer Wut keine Riegel ansetzt, befehligen sich die vom Volke geleiteten Blätter, das Publikum gegen die Eisenbahner mobil zu machen. Über die Anschauungen dieser Blätter entsprechen keineswegs den Ansichten des Volkes über den Streik. Das Volk ist allgemein der Ansicht, daß die Eisenbahner von den Gesellschaften schäbig behandelt worden sind. Die Löhne und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner sind allgemein bekannt geworden. Es gibt 100 000 Eisenbahngestellten in Großbritannien — darunter viele Familienväter —, die weniger als 20 Schilling die Woche verdienen. Ich habe mit allerlei Leuten aus dem Volke über den Streik gesprochen, mit Arbeitern, Beamten, Ladenbesitzern, Polizisten und Soldaten, und überall fand ich dieselbe Meinung: „Es ist eine Schande, eine Schmach für das Land, daß solche Verhältnisse geduldet werden. Ich hoffe, die Leute werden gewinnen.“

Unter den Ertragspolitikern, die sich anwerben lassen, um einen offiziellen Anstoß als Zeichen ihrer neuen Würde zu erhalten, befinden sich in großer Zahl Leute von der City und der Börse. Auch viele Angehörige der „goldenen Jugend“ verspüren in sich den Drang, die Gesellschaft zu retten. Auch die Geistlichkeit ist auf dem Plan erschienen, allerdings nur mit einem Gebet, das das Haupt der anglikanischen Kirche erdacht hat. Wenn das nicht hilft. . .

### Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

Sonnabend um Mitternacht gelang es der Regierung, ein Uebereinkommen mit den Arbeitervertretern und den Gesellschaften zustande zu bringen, wodurch der Generalstreik der Eisenbahner beendet wurde. Ueber das Uebereinkommen wird vom Wolffischen Bureau gemeldet:

London, 20. August. Der Vergleich zwischen den Eisenbahnern und den Eisenbahngesellschaften enthält folgende Bestimmungen: 1. Der Streik ist sofort zu beenden, und die Arbeiterführer sollen sich nach besten Kräften bemühen, die Leute zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. 2. Alle Arbeiter, die durch Streik oder Auspöterung in den gegenwärtigen Streit verwickelt worden sind und sich innerhalb einer angemessenen Zeit wieder zur Arbeit melden, sollen von den Gesellschaften sobald als möglich wieder eingestellt werden. Niemand soll wegen Kontraktbruchs gerichtlich belangt

oder sonstwie mit Strafen belegt werden. Artikel 3 enthält Einzelheiten über die Einberufung von Einigungsämtern, welche über die Streitigen Fragen berätten sollen. 4. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um die Fragen zu regeln, die zwischen den Gesellschaften und denjenigen Kategorien ihrer Angestellten stehen, die in dem Einigungsabkommen von 1907 nicht mit einbegriffen waren, und zwar sollen diese Fragen durch eine Konferenz zwischen Vertretern der Gesellschaften und Vertretern ihrer Angestellten bis zur Berichterstattung durch eine besondere Untersuchungskommission geregelt werden. 5. Beide Parteien leisten dieser Kommission jede Unterstützung. 6. Jede Frage, die wegen der Auslegung dieses Vergleichs aufzuheben ist, soll dem Handelsamt vorgelegt werden.

Die Regierung macht den Vorschlag, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die die Wirkung des Einigungs- und Schiedsgerichtsabkommens für die Eisenbahnen prüfen und darüber Bericht erstatten soll, welche Veränderungen gegebenenfalls wünschenswert seien. Die Kommission soll aus fünf Vertretern bestehen, nämlich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl mit einem unparteiischen Obmann, und soll während der nächsten Woche zusammentreten. Sie soll ihre Arbeiten so schnell wie möglich erledigen. Beide Parteien haben die Versicherung gegeben, daß sie die Beschlüsse der Kommission annehmen wollen. Die Regierung hat ferner den Eisenbahngesellschaften zugesichert, daß sie in der nächsten Session dem Parlament ein Gesetz vorlegen wird, durch das wegen der Steigerung der Arbeitskosten, hervorgerufen durch die gegenwärtige Aufbesserung der Lage des Arbeiterpersonals, eine angemessene allgemeine Erhöhung der Tarife als gerechtfertigt erklärt werden soll.

Trotzdem die Meldung manches im unklaren läßt, scheinen die Arbeiter den Sieg davongetragen und die Anerkennung ihrer Vertreter bei den Gesellschaften durchgesetzt zu haben.

Im Londoner Hyde Park stellten Sonntag 30 000 Eisenbahner eine Versammlung ab, die die Beendigung des Streiks beschloß.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit.

London, 21. August. Die Eisenbahner kehren im allgemeinen ruhig zu ihrer Arbeit zurück. Bei den meisten Londoner Hauptbahnhöfen wird für heute die Wiederaufnahme des regelmäßigen Dienstes erwartet, nur in einigen Provinzialhauptstädten ergeben sich Schwierigkeiten, namentlich in Manchester, wo eine Versammlung der Eisenbahner eine Entschließung verwarf, die sie aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Unordnung herrscht auch noch bei der Nordwestbahn, die Leute nur nach Bedarf wieder einstellen will, womit sich die Eisenbahner nicht begnügen wollen. Die Linie wird daher noch von Truppen bewacht.

Aus der Provinz werden Unruhen gemeldet, die hauptsächlich von Arbeitsscheuen hervorgerufen werden. In Lincoln kam es Sonnabend nachts und Sonntag früh zu ersten Ausschreitungen. Mehrere tausend Unruhestifter griffen die Eisenbahnhöfen und Läden an, zertrümmerten die Fenster Scheiben und verursachten großen Schaden. Der Aufruhr wurde erst durch die Ankunft von mehreren hundert Mann Truppen aus Nottingham unterdrückt.

### Normaler Verkehr.

London, 21. August. Der Personenverkehr auf den Eisenbahnen ist hier im allgemeinen wieder normal. Auch in den Provinzen kehren mit wenigen Ausnahmen normale Zustände zurück. Sehr unregelmäßig ist der Verkehr auf der Northeastern Bahn, namentlich in Manchester, wo die Eisenbahner noch streiken. Die Lage auf den dortigen Güterbahnhöfen ist ernst; große Mengen Lebensmittel verderben. Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, daß auch die Fuhrleute streiken. Eine heute vormittag abgehaltene Versammlung verlief sehr stürmisch, da die Leute über eine Kundgebung der Eisenbahndirektion sehr aufgeregt sind, wonach die Ausführenden nur nach Bedarf wieder eingestellt werden sollen.

### Fortdauer des Streiks in Liverpool.

Liverpool, 21. August. In einer heute abend vom Auslandskomitee abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, alle Seeleute, Hafenarbeiter, Fuhrleute, Stewards und andere unter dem Einfluß des Komitees stehende Angehörige des Schiffahrtsgewerbes anzuzuwiesen, die Arbeit morgen nicht wieder aufzunehmen, da das Ergebnis der Verhandlungen mit den Verladern noch ausstehe. Dieser Beschluß erstreckt sich auf etwa 50 000 Mann.

### Zumulte in Dublin.

Dublin, 20. August. In der vergangenen Nacht kam es hier zu einem Tumult, da die Zeltungsausleger sich weigerten, die Zeltungen auszugeben und sich bemühten, die Zeltungsdraintransportwagen aufzuhalten. Große Menschenmengen sammelten sich an, die sich nicht zerstreuten. Die Polizei schritt ein; 31 Schupfen und über 100 Zivilisten wurden verwundet, 26 Personen festgenommen.

## Das deutsch-russische Uebereinkommen.

Das Uebereinkommen zwischen Rußland und Deutschland, das Resultat der vielgerühmten Potsdamer Zusammenkunft, ist am Sonnabend in Petersburg unterzeichnet worden. Es hat folgenden Wortlaut:

Von dem Grundsatze ausgehend, daß der Handel aller Nationen in Persien gleichberechtigt ist, und in der Erwägung, daß Rußland in diesem Lande besondere Interessen besitzt, während Deutschland dort nur Handelsziele verfolgt, haben sich die Deutsche und die Russische Regierung über folgende Punkte geeinigt:

Artikel I. Die Kaiserlich Deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, nördlich einer Linie, die von Astrachan über Isfahan, Teheran und Kaspas führt und unter dem Breitengrade von Obasit die afghanische Grenze erreicht, für sich selbst Eisenbahn-, Wegebau-, Schifffahrts- oder Telegraphenkonzessionen nachzusuchen oder solche Gesuche von Deutschen oder von fremden Staatsangehörigen zu unterstützen.

Artikel II. Die Russische Regierung, die von der Persischen Regierung eine Konzession für die Schaffung einer Eisenbahn in der Provinz Khorasan zu erlangen beabsichtigt, verpflichtet sich ihrerseits, unter anderen die Konzession für den Bau einer Bahn einzugeben, die von Teheran ausgeht und in Khorasan endigen soll, um jenes Eisenbahnen an der türkisch-persischen Grenze an die Linie Sabidjeh—Khorasan anzuschließen, sobald diese Zweiglinie der Eisenbahn Khorasan—Bagdad fertiggestellt sein wird. Nach Erlangung der Konzession müssen die Bauarbeiten auf der bezeichneten Bahnlinie spätestens zwei Jahre nach Fertigstellung der Zweiglinie Sabidjeh—Khorasan begonnen und im Laufe von 4 Jahren vollendet werden. Die Russische Regierung behält sich vor, jederzeit die endgültige Linienführung der in Rede stehenden Bahn festzusetzen, wird aber hierbei den Wünschen der

Deutschen Regierung Rechnung tragen. Die beiden Regierungen werden den internationalen Verkehr auf den Linien Khorasan—Teheran und Khorasan—Bagdad fördern und alle Maßnahmen vermeiden, die ihn behindern könnten, wie die Einführung von Durchgangszöllen oder die Anwendung von Differenzierungen. Sollte beim Ablauf von zwei Jahren nach Fertigstellung der Zweiglinie Sabidjeh—Khorasan der Eisenbahn Khorasan—Bagdad der Bau der Linie Khorasan—Teheran nicht in Angriff genommen sein, so wird die Russische Regierung die Deutsche Regierung davon benachrichtigen, daß sie auf die Konzession für diese letztere Linie verzichtet. Der Deutschen Regierung soll es in diesem Falle freistehen, ihrerseits die Konzessionen nachzusuchen.

Artikel III. In Würdigung der allgemeinen Bedeutung, welche die Verwirklichung der Bagdadbahn für den internationalen Handel besitzt, verpflichtet sich die Russische Regierung, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die den Bau der Bahn hemmen oder die Beteiligung fremden Kapitals an diesem Unternehmen hindern könnten, vorausgesetzt natürlich, daß für Rußland daraus keinerlei Opfer sekundärer oder wirtschaftlicher Art erwachsen.

Artikel IV. Die Russische Regierung behält sich das Recht vor, die Herstellung des geplanten Bahnanschlusses zwischen ihrem Eisenbahnen in Persien und der Linie Sabidjeh—Khorasan nach ihrer Wahl einer fremden Finanzgruppe zu übertragen, statt den Bau selbst ausführen zu lassen.

Artikel V. Unabhängig davon, wie sich der Bau der in Rede stehenden Strecke vollziehen wird, behält sich die Russische Regierung das Recht vor, sich in jeder ihr erwünschten Form an den Arbeiten zu beteiligen und das Recht, gegen Erhaltung der von dem Erbauer tatsächlich aufgewendeten Kosten in den Besitz der Eisenbahn einzutreten. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich außerdem, sich gegenseitig an allen Tarifen, oder sonstigen Privilegien teilzunehmen zu lassen, welche einer von ihnen bezüglich dieser Linie erlangen sollte.

Auf alle Fälle bleiben die übrigen Abmachungen des vorliegenden Artikels in Kraft.

Es handelt sich hier um ein Spezialabkommen über Persien. Rußland erhält das wichtige politische Zugewandnis, daß Nordpersien zu seiner Interessensphäre gehört, womit der russisch-englische Aufteilungsvertrag auch von der deutschen Diplomatie anerkannt wird. Ferner verzichtet Deutschland auf Eisenbahn- und Schifffahrtskonzessionen in Nordpersien. Dagegen erkennt Rußland die Gleichberechtigung des deutschen Handels an und verpflichtet sich, zur Herstellung jener Zweiglinie, die eine Abzweigung der Bagdadbahn an die persische Grenze mit der persischen Hauptstadt verbinden soll.

Ein allgemeines politisches Abkommen mit Rußland ist dagegen nicht veröffentlicht worden, obwohl die bekannte Erklärung Bethmann-Hollwegs, daß die beiden Mächte versprochen hätten, an keiner gegen die anderen gerichteten Kombination teilzunehmen, ursprünglich eine solche Erwartung geweckt hatte.

## Das „katholische Volk“ und der Katholikentag.

Die Leiter und Redner des Katholikentages belanzen bei jeder Gelegenheit, daß sie sich als die Vertreter des katholischen Volksteils in Deutschland betrachten, und sie pflegen ihre Reden zu beginnen und ihre Forderungen zu stellen im Namen der 23 Millionen deutscher Katholiken. Mit welchem Rechte? Was auf dem Mainzer Katholikentage getrieben wurde, war Zentrumspolitik, weiter nichts. Die Herren hatten also höchstens das Recht, im Namen derjenigen Katholiken zu reden, die zum Zentrum schwören. Wieviel sind das? Das Zentrum hatte bei der letzten Reichstagswahl 2 128 000 Stimmen. Damals waren vorhanden 13 418 000 Wahlberechtigte bei einer Einwohnerzahl von 61½ Millionen, so daß also auf 4,8 Einwohner 1 Wahlberechtigter kommt. Demnach entspricht die Stimmzahl des Zentrums einer Einwohnerzahl von nur nicht 10 Millionen. Da es 1907 rund 23 Millionen Katholiken in Deutschland gab, so besagt das: 12 Millionen deutscher Katholiken stehen außerhalb des Zentrums; sie wählen entweder gar nicht, das Zentrum und seine Politik ist ihnen gleichgültig, oder sie wählen sozialdemokratisch, liberal usw., sie sind also Gegner des Zentrums — jedenfalls haben die Redner der Katholikentage kein Recht, diese 12 Millionen Katholiken für ihre Politik zu beanspruchen. Es ist nur der kleinere Teil der deutschen Katholiken; 10 Millionen von 23 Millionen (wenn wir den Bevölkerungsstand von 1907 zu Grunde legen), in deren Namen die Großen der Katholikentage allenfalls zu reden berechtigt wären.

Aber auch das bedarf noch der Einschränkung. Wer sind die Führer und Redner der Katholikentage? Im Präsidium saßen ein Graf, zwei Freyherrn, ein Kommerzienrat und zwei Justizräte. Die Redner von denselben Kaliber: ein Graf begann am Montag und ein Freyherr schloß am Donnerstag den Antrag der erlauchten, gesalbenen und gelehrten Vatardemokraten. Die amtliche Festsetzung des Mainzer Katholikentages hatte eine ständige Rubrik: „Hohe Gäste“, unter der jeder ankommende Graf und Abt verzeichnet stand. Und jeden Tag wurde im Stile eines Hofberichts genau gemeldet, wer alles von einem hohen Adel und einer hohen Geistlichkeit sich auf der Tribüne eingefunden hatte: „Wie gestern, so wohnen auch heute zahlreiche Vertreter des hohen katholischen Adels der Versammlung bei, so Fürst Löwenstein, Freyh. v. Thünefeld, Graf Valentin Wallstreem, Reichsamtalt v. Ventano, Erbkämmerer Graf Calen, Graf Drotha-Bischoff-Gründroth, Graf Wolff-Meiternich, Prinz Friedrich Salms-Braunsfeld, Graf Braschna, Graf Oppendorff, Graf Spee (Friedrich), Graf Ed. Sitwille, Baron Wendt, Baron Hünfeld u. a.“ (Festblatt Nr. 4 vom 7. August.) Was haben, so fragen wir, diese Herren mit dem katholischen Volke, mit den kleinen Leuten in Stadt und Land, mit den von Elend und Not gebedigten Proletariern zu tun, die nach aus Mitleid und Ueberlieferung zum Zentrum halten? Es war ein katholisches Blatt, das „Bayerische Vaterland“, das vor zwei Jahren schrieb:

„Bei der großen Aufmachung und Ausschmückung der ganzen Sache bei den Katholikentagen handelt es sich mehr und mehr nicht um allgemeine Katholikentage, sondern um eine Veranstaltung zur höheren Ehre einer gewissen Clique. In dieser Clique dürfen einige Bürgerliche neben Adligen und höheren Geistlichen mit am Draht ziehen. . . Adlige Grundbesitzer, die als höchste Kunst das Monokletrinken gelernt haben und kaum trocken hinter den Ohren sind, Leute, von deren Verdiensten niemand etwas weiß, sie spielen bei der Katholikentagen die größte Rolle. Junge Herren, die man in weiteren Kreisen kaum kennt und deren Verdienste ein neuer Diogenes am Tage mit der Laterne suchen müßte, sind in dem leitenden Komitee. Ueberall springen sie vor und machen sich breit. . . Und so wird es wohl am besten sein, wenn man in Zukunft nicht mehr von Katholikentagen spricht, sondern von Veranstellungen zur Verherrlichung des Adels mit gnädiger Veranstaltung der Masse.“

Das „Bayerische Vaterland“, das im Besitz des Zentrumsabgeordneten Heim und zweier Geistlichen ist, kennt die ultramontane Wirkhaftigkeit und kann als berufenen Beurteiler gelten.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. August 1911.

## Freiherr v. Zedlitz und die „Post“.

Auch Freiherr v. Zedlitz und Reutirch fühlt sich betrogen, den bekannten von Majestätsbeleidigungen strotzenden Artikel der „Post“ zu desabouieren. Die „Königliche Volkszeitung“ erhält von ihm aus Tirol eine Zuschrift, wonach Freiherr v. Zedlitz nach Kenntnisnahme des ihm völlig überraschenden Artikels der „Post“ dem beurlaubten Chefredakteur seine ernsteste Mißbilligung ausgesprochen und nachdrücklich Remede verlangt habe. Die Sühne sei durch die Kündigung des Schuldigen erfolgt, noch bevor der offensichtlich ohne Kenntnis dieses Vorgangs geschriebene Brief des Fürsten Hagfeldt veröffentlicht worden sei.

## Die Pause in den Marokkoverhandlungen.

Pariser Meldungen zufolge erwartet man die Wiederaufnahme der Verhandlungen für den 27. oder 28. August. Sonst liegen bemerkenswerte Meldungen natürlich nicht vor. Die Stimmung in der englischen und französischen Presse ist ziemlich pessimistisch und die Börsen wieder unruhiger. Die nationalistischen Organe dies- und jenseits des Ozeans begrüßen die Pause und die immer unerträglicher werdende Ungewißheit, um ihre Spekulationen fortzusetzen. Daß in einer solchen Atmosphäre die tollsten Gerüchte glauben finden — in London sprach man am Sonntag von einer bevorstehenden Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich —, ist unter diesen Umständen leider allzu begreiflich.

## Weiteres Umsichgreifen der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche hat im Deutschen Reich in der Zeit vom 1.—15. August in steigendem Maße um sich gegriffen. Die Zahl der von der Maul- und Klauenseuche betroffenen Gemeinden und Gehöfte ist in dieser Zeit von 4908 auf 31928 und 5179 auf 57787 gestiegen. Am häufigsten von der Seuche betroffen sind in Preußen die Regierungsbezirke Schleswig, Breslau, Stettin und Pommern; in außerpreussischen Ländern die Regierungsbezirke Oldenburg, Schwaben und Oberbayern. Dagegen ist die Schweineseuche in derselben Zeit etwas zurückgegangen; während am 31. Juli 655 Gemeinden und 987 Gehöfte davon ergriffen waren, ist am 15. August nur noch in 628 Gemeinden und 997 Gehöften Schweineseuche festgestellt worden.

## Die Wahlordnung für die Wahlen zur Ersten Kammer des elsass-lothringischen Landtags

Wird als kaiserliche Verordnung im „Gesetzblatt für Elsass-Lothringen“ veröffentlicht. Bekanntlich ist nach der neuen elsass-lothringischen Verfassung der Kaiser befugt, die Mitglieder der Ersten Kammer bis zur Hälfte auf Vorschlag des Bundesrats selber zu ernennen, woraus die Aufgabe dieser Institution als Bremse am elsass-lothringischen Staatswagen sich schon klar genug ergibt. Die Wahlordnung regelt nun das Wahlverfahren für jenen Teil der Mitglieder, der durch das Plenum der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg, durch die israelitischen Konfessionen, durch die Gemeinderäte der vier größten Städte (Straßburg, Mülhausen, Metz und Kolmar), durch die Handelskammern, den Landwirtschaftsrat und die Handwerkskammer gewählt werden. Von allgemeinerem Interesse sind die Vorschriften über den eigentlichen Wahlakt in den Gemeinderäten, wonach der Bürgermeister den Gemeinderat als Wahlversammlung mittels eingeschriebenen Briefes oder durch Boten gegen Empfangsbekundung mindestens drei Tage vor dem Wahltermin einzuberufen hat.

Gewählt ist derjenige, welcher mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Sofern sich keine solche Stimmenmehrheit ergibt, findet alsbald eine engere Wahl unter den drei Bewerbern statt, welche die meisten gültigen Stimmen erhalten haben. Ergibt auch dieser zweite Wahlgang keine unbedingte Stimmenmehrheit, so wird mit Beschränkung auf die drei Bewerber, welche darin die meisten gültigen Stimmen erhalten haben, zu einer abermaligen engeren Wahl geschritten. In dem dritten Wahlgang ist bei Stimmengleichheit derjenige als gewählt zu betrachten, für den das Los entscheidet; dasselbe gilt für den Fall, daß bereits im zweiten Wahlgang nur auf zwei Bewerber gültige Stimmen gefallen sind und beide die gleiche Stimmenzahl erhalten haben. Auch entscheidet das Los darüber, wer etwa bei Stimmengleichheit in der engeren Wahl kommt. Das Los wird durch die Hand des Bürgermeisters gezogen. Bei der engeren Wahl ist jede Stimme ungültig, die nicht auf einen der in der Wahl gelisteten Bewerber fällt. Zwischen den einzelnen Wahlgängen soll, wenn dies von einem der anwesenden Wahlberechtigten verlangt wird, eine Pause von mindestens einer Viertelstunde liegen.

Die Wahl durch die Gemeinderäte der vier größten Städte bietet der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit, auch in der Ersten Kammer eine Vertretung zu erlangen, wie dies bei ähnlichem Wahlverfahren für den seligen Landesausfluß von 1902 bis 1906 durch die Wahl des Genossen Emmel im Gemeinderat von Mülhausen während der Zeit der sozialdemokratischen Majorität der Fall war. Vor den Hauptwahlen zu den reichsständischen Gemeinderäten im Jahre 1914 ist freilich auch das ausgeschlossen.

## Der Neue preussische Lehrerverein.

Die Gründung dieses Lehrervereins geschah durch einige reaktionäre Bedenken, um den Preussischen Lehrerverein zu sprengen. Daß diese reaktionäre Schöpfung vom Bunde der Landwirte subventioniert wird, wurde vom Herrn Dr. Dietrich Hahn noch im letzten Winter im Reichstage abgestritten. Jetzt werden die Tatsachen aber nochmals einwandfrei festgesetzt in einer Zuschrift, die ein Lehrer dem Quasiabund zugehen läßt, und die in dessen Mitteilungen veröffentlicht worden. In der Zuschrift heißt es darüber:

Die beabsichtigte Neu-Gründung sollte vor allen Dingen der täglich erscheinenden „Preussischen Lehrzeitung“ ein Paroli bieten und ihr möglichst das Wasser abgraben. Freilich war auch hier, wie so oft, Denken und Tun zweierlei. Die wenigen Mitglieder des neuen Vereins waren nicht imstande, eine solche Gründung zu finanzieren. Trotzdem trat diese Schöpfung mit dem Namen „Deutsches Lehrblatt“ ins Leben. Jeder Keimer der Verhältnisse suchte nun nach den Hintermännern, die zweifellos da sein mußten, und fand sie in „Deutschen Schriftenverlag“, also — im Mund der Landwirte. Die Herren Dr. Hahn, Pieper und Hof hatten sich — endlich — gefunden. Diese Tatsache wurde zwar zunächst noch nach berühmten Mustern schamig verschwiegen und eine Zeitlang mit viel Aufwand bestritten. Es wurde dazu mitgeteilt, daß die Herren Hof, Pieper und Schredl je 100 000 M. zur Gründung gegeben hätten. Auf Anzapfungen aus den eigenen Reiben aber mühte der „Neue preussische Lehrerverein“ zugehen, daß für das „Deutsche Lehrblatt“ jährlich 15 000 Mark aus der Kasse des Bundes der Landwirte und 15 000 M. aus der Kasse der „Deutschen Tageszeitung“ gezahlt würden. Daß der Bund der Landwirte nicht nur um der schönen Augen der „Reborusten“ wissen tat und tut, ist jedem Einsichtigen klar. Mit der Annahme dieser Gelder hat sich der „Neue preussische Lehrerverein“ dem Bunde der Landwirte

politisch mit Haut und Haaren verschrieben und hierdurch die Schule zum Spielball der Politik gemacht; dieses Odium wird ihm immer anhaften.“

Der Bund hat an seiner Schöpfung aber doch wenig Freude; der „Neue preussische Lehrerverein“ soll bedenklich an Mitgliederzuwachs leiden.

## Die Essener Eisenbahndirektion gegen die Koalitionsfreiheit der Eisenbahner.

Die Essener Eisenbahndirektion hat folgendes Zirkular erlassen: „Von sozialdemokratischer Seite wird kein Mittel unversucht gelassen, Staatsbeamte und Staatsarbeiter in der dem Staat schuldigen Treuepflicht schwankend zu machen und zu sich herüber in das Lager ordnungsfeindlicher Bestrebungen zu ziehen. So werden neuerdings Flugblätter verbreitet, wie: „Beamtenhaft und Sozialdemokratie, ein Kabinett an alle Beamten“ und „Wohin geht die Reise?“ Ein anderes mit der Ueberschrift „Was ist national?“, das hauptsächlich für die Arbeiter bestimmt ist, wird vom Transportarbeiterverband verbreitet. In derartigen Flugblättern, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts oder bei E. Pannschuch u. Co. in Radeburg oder im Verlage des „Courier“ erscheinen, wird versucht, für die Sozialdemokratie unter trügerischer Vorpiegelung ihrer Verdienste bei den Staatsbeamten und Arbeitern Stimmung zu machen. Wir erwarten von den Bediensteten, daß sie solche Wadenschöpfungen der Sozialdemokratie richtig einschätzen und von sich fern halten. Gleichzeitig warnen wir aufs neue, derartige Flugblätter zur Dienst- oder Arbeitsstelle mitzubringen oder weiterzugeben. Hierin würde eine Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gesehen werden müssen, die ebenso wie jede andere Verletzung im Interesse der sozialdemokratischen Partei unweigerlich die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Entfernung aus dem Amte oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben würde. Alle bediensteten Beamten und Arbeiter haben durch Namensunterschrift die Kenntnisnahme von dieser Verfügung zu bescheinigen.“

Ueber den Inhalt des Erlasses wird sich niemand wundern; denn in der Mißachtung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes waren die preussischen Eisenbahndirektionen von jeher besonders groß. Sehr bezeichnend ist der Stil des Zirkulars. Aus der Entwidlung der Dinge haben die Herren von der Essener Eisenbahndirektion nicht viel gelernt, sonst würde sie wissen, daß die von ihnen beliebten Maßnahmen sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bisher allerwegen in geradezu glänzender Weise verjagt haben.

## Ein Zentrumblatt gegen die Zentrumspolitik.

Die „Ermündliche Zeitung“, ein ostpreussisches Zentrumblatt, schreibt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage des Handwerks in Ostpreußen:

Die fortlaufende Steigerung aller Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse sowie die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Mehrbelastung von Handel und Gewerbe durch die Erhöhung der Beamtengehälter hat in den letzten Jahren zu einer empfindlichen Einschränkung der allgemeinen Lebenshaltung in aller Handwerkerfamilien geführt. Fast in allen Handwerkszweigen sind die Preise für Rohmaterial und Halbfabrikate gestiegen, zumal die neuen Steuern dem Zwischenhandel geeigneten Anlaß boten, die Preise für Rohmaterialien usw. ungewöhnlich in die Höhe zu schrauben. Das Zentrum hat zusammen mit den Konservativen die neuen Steuern sowie den Zolltarif, der die Verteuerung aller Lebensmittel brachte, dem deutschen Volke aufgebürdet, das sollte die „Ermündliche Zeitung“ mit sagen, wenn es diese volkschädliche Politik verurteilt.

## Das Zentrum eine konfessionelle Partei!

Auf dem 17. Delegiertentage der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözese Köln wurde u. a. folgende Resolution angenommen:

„Der Delegiertentag erachtet die Arbeitervereine, ihre Mitglieder mehr als bisher zu erfolgreicher Mitarbeit im staatsbürgerlichen Leben heranzuziehen. Zu dem Zwecke muß die Vermittlung theoretischer Kenntnisse systematisch gepflegt werden durch Darbietung der notwendigen Kenntnisse im Ueberblick und Zusammenhang über die wichtigsten Gebiete. Auch müssen die Arbeitervereine dafür Sorge tragen, daß die Arbeitervereinsmitglieder in den Zentrumsorganisationen vertreten sind, und daß eigene Konferenzen zur Ausbildung dieser Vertreter abgehalten werden.“

Demnach werden also die katholischen Arbeitervereine ohne Bedenken als Zentrumsorganisationen angesehen und benutzt.

## Pollzei und Versammlungsrecht.

Dem preussischen Minister des Innern wird nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem Erlass darauf hingewiesen, daß das Reichsgericht durch Urteil vom 28. April 1911 zur Frage der Auslegung des § 18 des Reichsverfassungsgesetzes Stellung genommen hat. Nach diesem Urteil ist § 18 des genannten Gesetzes so aufzufassen, daß die Pollzei befugt ist, Befragte in jede öffentliche Versammlung zu entsenden. Demgemäß ist auch § 14 des Gesetzes (Auflösungsrecht der Pollzei in bestimmten Fällen) auf jede öffentliche Versammlung anwendbar. Der Minister hat die Polizeibehörden beauftragt, dies in Zukunft zu beachten.

## Unfall oder Selbstverstümmelung?

Ein interessanter Prozeß, dessen Ausgang von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte und der mit einer wohlverdienten Niederlage der Anklagebehörde endete, beschäftigte dieser Tage das Dresdener Kriegsgericht. Wegen Verletzung der Koalitionsfreiheit und — Selbstverstümmelung mußte der Fabrikarbeiter Lehmann vom Artillerieregiment Nr. 12 auf der Anklagebank Platz nehmen. Der Angeklagte soll eines Tages seine Werkzeuge nicht sauber genug gewartet haben. Es wurde ihm deshalb befohlen, sich abends 9 Uhr beim Wachtmeister im Ordonanzenzug zu melden und am folgenden Morgen mit gepulverten Pferden anzutreten. Bald darauf wurden mehrere Soldaten, darunter auch Lehmann, zum Häcksel schneiden befohlen. Ueber die ihm kurz vorher erteilte Strafe war Lehmann aufgebracht, weil er seiner Ansicht nach die Werkzeuge sauber genug gewartet hatte. Er äußerte deshalb während des Häcksel schneidens: „Ich weiß gar nicht, warum ich zum Wachtmeister soll, ich lasse mich doch nicht veralbern.“ Darin wird eine Verletzung der Koalitionsfreiheit erblickt, obwohl kein Vorgesetzter anwesend war! Einige Zeit danach funktionierte die Häckselmaschine nicht. Lehmann rief einem Kameraden zu, mehr Stroh einzulegen. Als auch jetzt die Maschine noch nicht gut arbeitete, ging Lehmann, der bisher gedreht hatte, an die Feilwerkzeuge, um sich zu überzeugen, ob an der Maschine alles in Ordnung sei. Hierbei ist Lehmann mit der rechten Hand in die Getriebe gekommen, wobei ihm der rechte Mittelfinger fast völlig durchgeschnitten wurde. Die Verletzung ist derart, daß Lehmann jetzt noch im Lazarett befindet. Er mußte deshalb mit dem Arm in der Binde der Verwundung folgen. Man glaubte dem Finger durch ein neues Heilverfahren zu erhalten, aber nach dem Ausschlag des ärztlichen Sachverständigen wird wahrscheinlich doch noch eine Amputation des schwerverletzten Fingers notwendig sein. Durch die Verstümmelung ist Lehmann dienstunfähig geworden und dürfte da-

durch auch bei seiner beruflichen Tätigkeit — er ist Schmied — erheblich geschädigt sein. Nicht genug, daß Lehmann durch das Unglück schon ohnehin schwer getroffen ist — die Anklagebehörde machte ihm sogar noch den Prozeß wegen Selbstverstümmelung! Sie ist der Meinung, daß Lehmann die Hand absichtlich in das Getriebe gehalten hat, um sich zu verstümmeln und dadurch der Dienstpflicht zu entziehen! Der Angeklagte bestreitet die Selbstverstümmelung und erklärte, er wisse selbst nicht, wie sich das Unglück ereignet habe. Auch der Sachverständige befandete, daß nach der Art der Verletzung er selbst nicht an Selbstverstümmelung gedacht habe. Derartige Verletzungen kämen an der Häckselmaschine sehr oft vor. Ungeachtet all' dieser Momente beantragte der Anklagevertreter — ein Jahr Gefängnis! Die nicht anders zu erwarten, wurde der Angeklagte wegen der „Selbstverstümmelung“ freigesprochen, wegen der Verletzung der Koalitionsfreiheit aber zu drei Tagen mittleren Arrest verurteilt! Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte versehentlich in die Maschine gekommen ist.

## Von der Militärjustiz.

„Ich schlage gleich mit dem Säbel drein, verfluchte Schweinebande!“ Diese Worte richtete der Leutnant Egler vom Regiment „Hamburg“ an seine Leute, weil er ungehalten war darüber, daß bei einer Nachtlagerung Schwierigkeiten bei der Orientierung entstanden waren. Der Musikleiter Burmeister richtete an seinen Nebenmann die besorgte Frage: „Sind Sie auch in der Lebensversicherung?“ Als Angeklagter erschien vor dem Kriegsgericht der 17. Division (Hamburg) nicht der Leutnant, sondern der Musikleiter W., angeklagt wegen Verleumdung und Achtungsverletzung. Die Verleumdung ließ der Ankläger fallen, wegen der angebliebenen Achtungsverletzung beantragte er sieben Tage strengen Arrest. Strafmildernd läßt die Drohungen und Schimpfworte des Offiziers in Betracht, weshalb dem Angeklagten der § 98 des Militärstrafgesetzbuches zur Seite steht. Das Gericht verurteilte dem Angeklagten diesen Säug, weil er die Drohungen und Schimpfworte des Leutnants nicht als solche empfunden habe. Das Urteil lautet auf vierzehn Tage strengen Arrest.

Dem beleidigten Offizier wird, falls gegen ihn vorgegangen werden sollte, die Sache bedeutend billiger zu stehen kommen. Höchstens erhält er einen oder zwei Tage Stubenarrest. Das ist Militärgerichtspraxis.

## Schweden.

### Vor den Reichstagswahlen.

Am 3. September beginnen in Schweden die Neuwahlen zur Zweiten Kammer des Reichstags. Zum ersten Male soll hier das neue Wahlrecht erprobt werden, das durch die Wahlrechtsreform von 1907 zustande gekommen ist. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegen früher verdoppelt. Dennoch hat die Reform nicht, wie ihre Macher dem Volke einzureden suchten, das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer gebracht. Ganz abgesehen davon, daß das Wahlrecht, das für die Zusammensetzung der Ersten Kammer maßgebend ist, nach wie vor nach der Steuerleistung abgestuft ist, wenn auch nicht mehr in dem ungeheuerlichen Maße wie früher. Das Wahlrecht zur Zweiten Kammer war vormals davon abhängig, daß man in den letzten 5 Jahren für mindestens 500 Kronen Jahreseinkommen seine Steuern bezahlt hatte. Jetzt ist diese Steuerbegrenzung beseitigt, aber die Staats- und Gemeindesteuern müssen noch wie vor auf Heller und Pfennig bezahlt sein, und zwar in den letzten drei Jahren. Allerdings sind auch diejenigen wahlberechtigt, die aus rechtmäßigen Gründen von der Steuerpflicht befreit sind. Im übrigen ist noch die Bestimmung zu erwähnen, daß man zwei Jahre in ein und derselben Gemeinde ansässig sein muß, um wahlberechtigt zu sein, und daß die Altersgrenze für das Wahlrecht durch die Reform vom 21. auf das 24. Lebensjahr erhöht worden ist. Alle diese Einschränkungen treffen natürlich vornehmlich die Wähler der Arbeiterklasse, die ja weniger langjährig sind als die Leute der bestehenden Klasse, die öfter genötigt sind, ihren Wohnplatz zu wechseln und die auch allzu leicht in die Lage kommen, ihre schuldigen Steuern nicht zahlen zu können. Die letzten drei Jahre waren Krisenjahre, und obendrein wurde namentlich in den Jahren 1908 und 1909 die Arbeiterschaft wirtschaftlich geschwächt durch Massenarbeitslosigkeit, die schließlich zu dem gewaltigen Aufstandsmittel des Generalstreiks führten. Groß war die Zahl derer, die ihre Steuern nicht zahlen konnten, und groß war auch die Zahl der Arbeiter, die wegen Verfolgungen durch das Unternehmertum ihren Wohnplatz wiederholt wechseln mußten. Dadurch haben große Massen sonst wahlberechtigter Arbeiter ihr Wahlrecht eingebüßt. Das neue Wahlrecht zeigt sich deutlich als ein Rückwerk der Klassenherrschaft. In den 6 Städten Göteborg, Malmö, Norrköping, Gäddede, Sjödingborg und Örebro sind nur 49 972 der über 24 Jahre alten Männer wahlberechtigt und 42 300 haben kein Wahlrecht. In Stockholm ist die Zahl der Männer, die ihr Wahlrecht eingebüßt haben, rund 30 000. Es ist unter diesen Umständen selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse sich mit jener Scheinreform nicht zufrieden gibt und nach wie vor eine gründlich demokratische Wahlrechts- und Verfassungsreform fordert. Die herrschende Klasse, und vor allem die regierende Clique, will natürlich nichts davon wissen. Der Ministerpräsident Lindman, der sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellt und nun schon seit 5 Jahren das Staatsruhr in Händen hat, erklärte jüngst in einer Wählerversammlung: „Wir müssen nun einmal gründlich ausruhen von den unfruchtbaren Verfassungskämpfen.“ Die Arbeiterklasse wird dafür sorgen, daß die Herren in dieser Ruhe immer wieder und immer gründlicher gestört werden, und auch der Ausfall der Wahlen wird jedenfalls dazu beitragen, daß sie nicht sobald zur Ruhe kommen. Die Wahlagitatorik wird mit einem Eifer betrieben, der alles übertrifft, was man bisher in dieser Hinsicht in Schweden erlebt hat, und je unerschämter die Reaktion ihr Haupt erhebt, je mehr der Kapitalismus die Massen des Volkes zu knechten und zu knebeln sucht, um so stärker hat sich die Sozialdemokratie entwickelt. Durch die bevorstehenden Wahlen soll der Reaktion ein herber Schlag versetzt werden, und man erwartet, daß die Sozialdemokratie, die es 1908 auf 33 Mandate in der Zweiten Kammer brachte, diesmal mindestens 50 bis 60 Vertreter in die Kammer senden wird.

## Amerika.

### Sozialistische Reinigungsarbeit.

Der Gesundheitskommissar Kraft in Milwaukee, gegen dessen Ernennung die dortigen Ärzte mit allen Mitteln angekämpft hatten, hat unerhörte Schmutzgeschäfte in den Fabriken der drüben besonders viel verbrauchten Zuckerwaren festgestellt. Ganze Ladungen wurden konfisziert, tausende Kilogramm vernichtet. Das Gesundheitsamt hat nun energische Maßregeln zum Schutze der Reinlichkeit in diesen Betrieben angeordnet: Erfahrene Arbeiter müssen die Metallteile der Maschinen mit Jut, Tragen weißer Arbeitskleider, Verbot des Tabakkrausens und Rauchens bei der Arbeit, peinliche Reinigung aller Geschirre. — Auch die kapitalistische Presse Milwaukee hat dieses Vorgehen begrüßt — was sie vorher nicht hindern wird, Kraft, wie die ganze sozialistische Welt weiß, wieder mit Verleumdungen zu überschütten. Von sozialistischer Seite aber wird darauf hingewiesen, daß es außerhalb Milwaukee und in den meisten anderen Lebensmittelindustrien um kein Jota reinlicher zugeht, als bei den „candy factories“ in Milwaukee.

# Gewerkschaftliches.

## Lohnverhältnisse bei der Firma Loeser u. Wolff.

Wer in Berlin oder in anderen Städten die vielen, mit allem Komfort ausgestatteten Läden der Zigarrenfabrik Loeser u. Wolff in Augenchein genommen hat, oder gar zu der Kundenschaft dieser Weltfirma zählt, hat wohl selten eine richtige Vorstellung, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen diese Fabrikate hergestellt werden. Ja, wer gar einmal etwas über die „allumfassenden“ Wohlfahrts-Einrichtungen gehört oder gelesen hat, kommt leicht zu dem Glauben, es handele sich hier um einen Betrieb, der nach jeder Richtung hin ein Musterbetrieb sei.

Wer aber Gelegenheit hatte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas näher kennen zu lernen, der wird recht bitter enttäuscht.

Es wird ganz nach Hamburger Art gearbeitet; so wird z. B. das Sortiment bis auf ein Zwanzigstel resp. ein Vierzigstel absortiert und mit Gewichten gepreßt usw. Man zählt aber nicht Hamburger Löhne, sondern Löhne, über die man selbst in Süddeutschland lächelt. So wird z. B. hier für eine 100 M.-Zigarre für Sortieren in 1/10 gepreßt 1,10 M. bezahlt, während in Hamburg 3 M. dafür gezahlt wird. Betrachtet man nun einmal die Löhne für Rollen und Wickelmachen, so kann man auch hier sagen, daß die Arbeit der Hamburger und Bremer gleichgestellt werden muß. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zählt als Minimallohn für Formenarbeit in Hamburg 12 M. pro Mille. Die Firma Loeser u. Wolff zahlt für die billigste Formenarbeit nur 6,80 M. und durchschnittlich nur 6,20 M.

Folgende kleine Aufstellung gibt ein Bild von den Verhältnissen:

Preislage pro Mille M.	Name der Sorte	Rollerlohn pro Mille M.	Lohn f. Wickelmacher p. Mille M.
<b>Formarbeit</b>			
50,—	Gut Brand	3,90	2,10
50,—	Bravo	4,—	2,20
60,—	La Queda	3,80	2,—
60,—	Recuerdo	4,—	2,20
70,—	Silphio	4,—	2,20
80,—	Notfern	4,—	2,20
80,—	Brillo	4,20	2,80
90,—	El Macon	4,90	2,70
100,—	Ceballos (Helferarbeit)	4,—	2,60
120,—	Paya Macon (Handarbeit)	5,50	5,40
<b>Wenalarbeit</b>			
200,—	Solante	6,80	6,60
300,—	Confianza	7,00	7,60
400,—	Cantares	11,—	11,—
500,—	Flor d'Almbrand	15,—	15,—

Aus dieser Aufstellung ersehen wir, daß die Preislagen bis zur 100 Marktzigarre ganz besonders schlecht bezahlt werden, aber selbst bei den teuren Preislagen läßt sich eben so wenig verdienen, da hier ja ganz besonders hohe Anforderungen an die Arbeiter gestellt werden. Wochenlöhne von 6—8 M. sind daher keine Seltenheiten; trotz der langen Arbeitszeit.

### Berlin und Umgegend.

Die Handschuhmacher der Firma G. Tengel, Willibald-Alexis-Strasse 40, haben ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Der vor zwei Jahren mit der Arbeiterorganisation abgeschlossene Tarifvertrag ist von beiden Seiten zum 1. September gekündigt worden, die Arbeiter haben einen neuen Tarif, der bei einzelnen Sorten Erhöhungen von 3 1/2 bis 8 Proz. vorsieht, bei der Firma eingereicht. Die Firma erklärte jedoch, obwohl die Stüdlöhne unter dem Durchschnitt der örtlichen stehen; sich auf nichts einlassen zu können und will ihr Glück mit anderen Arbeitskräften, eventuell mit Heimarbeitern, versuchen. In einem Inserat der „Berliner Berichte“ (Organ der Lederindustriellen), wird unter Anführung eines angeblichen Mindest- und Höchstlohnes von genannter Firma Ertrag für die in Kündigung stehenden organisierten Arbeitskräfte gefordert, indem den etwaigen Restekanten Lebensstellung in Aussicht gestellt wird. Kommentar hierzu überflüssig. Zuzug von Handschuhmachern ist streng fernzuhalten sowie jede Uebernahme von Heimarbeit zu unterlassen.

### Deutsches Reich.

#### Zum Kampf in der Metallindustrie.

Die Scharmacher unter den Leipziger Metallindustriellen sind doch tüchtige Kerle. Sie haben mit ihrer unterschiedslosen Ausstoßung freigeberischer, Hirsch-Dunderscher, Christlicher und „nationaler“ Arbeiter nicht nur die „nationalen“ auf die Beine gebracht, sondern nunmehr auch die Christlichnationalen. In einer Versammlung beschäftigten diese sich mit der Aussperrung und nahmen eine Resolution an, in der es heißt, was die Leipziger Selbstmetallarbeiter auf materiellem Gebiet wünschten, sei anderwärts zum guten Teil längst eingeführt. Wenn die Unternehmer der idealen Förderung der Arbeiter, Anerkennung ihrer Organisationen, auch heute noch Widerstand entgegensetzten, so würde doch die Zeit kommen, in der auch in der Großindustrie die Anerkennung der Berufsverbände der Arbeiter durch Verhandlungen- und Vertragsformen ihren Ausdruck fände. Beim Arbeitsprozeß ständen beim Arbeiter ideale und persönliche Güter auf dem Spiele; seine Arbeitskraft sei untrennbar mit ihm verbunden. Das Streben der Arbeiter, ihre Arbeitskraft unter vorteilhaften Bedingungen zu veräußern, sei daher verständlich. Während die Unternehmer von dem Recht des Zusammenschlusses reichlich Gebrauch machen, wollen diese bei der gegenwärtigen Bewegung durch Geldunterstützungen an die Unorganisierten diese von der Ausübung ihres Koalitionsrechts zurückhalten, was einer Anwendung von zweierlei Maß gleichkomme.

Haben die Christlichnationalen in Leipzig auch keine Bedeutung, so ist ihre Stellungnahme doch charakteristisch genug, um zu zeigen, wie das blindwütige Dreinschlagen des Scharmachertums das Gegenteil von dem erzielt, was erreicht werden soll. Statt die Arbeiter einzuschüchtern, erfolgt eine allgemeine Empörung, wie sie bisher noch nicht zum Ausdruck gekommen ist.

### Messereider im Streik.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Federmessereider in Solingen sind am Mittwoch, den 16. August, in den Ausstand getreten. Der Ausstand erstreckt sich über alle Fabrikanten, die das neue Preisverzeichnis nicht anerkannt haben. Die Reider des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten ein Preisverzeichnis ausgearbeitet, welches die jetzige, durch die technische Entwicklung gezeigte Arbeitsmethode berücksichtigt. Der Industriearbeiterverband stellte ein Preisverzeichnis auf der alten Grundlage auf und nahm auch noch verschiedene Reduzierungen der Preise vor. Es war erklärlich, daß das Preisverzeichnis des Industriearbeiterverbandes mehr Gnade bei den Unternehmern fand, als das Preisverzeichnis des Metallarbeiterverbandes. Die Fabrikanten erklärten, mit dem Metallarbeiterverband nicht mehr verhandeln zu wollen.

Im Metallarbeiterverband sind 500 Federmessereider, im Industriearbeiterverband 130 und im Christlichen Metallarbeiterverband 66 organisiert. Weil die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Reider von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, traten dieselben in den Ausstand. Der Industriearbeiterverband und unsere lieben Brüder in Christo (leichte haben unser Preisverzeichnis mit ausgearbeitet) arbeiten weiter. Aber ein großer Teil der im Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Industriearbeiterverband organisierten Reider sind dem Ruf ihrer Führer nicht gefolgt, sie haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Wir eruchen, Zuzug von Taschen- und Federmessereidern zu verhindern.

### Deutscher Metallarbeiterverband.

Karl Rapp, Solingen, Kölner Straße 45.

### Tarifbewegung im graphischen Gewerbe.

In Zittau wurde zwischen den lithographischen Anstalten und Steinbrücker und dem Verband der Lithographen, Steinbrücker und verwandten Berufe ein fester Tarif abgeschlossen. Der Tarif wurde für Lithographen eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden und für Steinbrücker von neun Stunden. Bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit beträgt die Arbeitszeit auch für Steinbrücker acht Stunden pro Tag. Eine bei Erneuerung des Buchdruckerarbeits in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung erhält zu derselben Zeit sofort auch für die Steinbrücker Geltung. — Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre 24 M. und unterliegt dann der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen! Alford-, Prämien- und Hausarbeit darf nicht geleistet werden. Alle Geflüchten und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. Ebenso alle Verbindungen, welche sich aus § 616 des B. G. B. ergeben, sowie zwingende Gänge zum Arzt oder Krankenkasse. — Ueberstunden werden an Wochentagen mit 33 1/2 Proz. und an Sonntagen mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. — Auf je 1 bis 5 Gehilfen kann ein Lehrling gehalten werden, die Prinzipale und Gehilfen verpflichten sich zur bestmöglichen Ausbildung der Lehrlinge. Muster selbstgefertigter Arbeiten werden geliefert. Allen Lithographen und Steinbrücker wird bei fortlaufendem Lohn ein jährlicher Urlaub gewährt, und zwar nach einjähriger Tätigkeit drei Tage und nach dreijähriger Beschäftigung sechs Tage. — Der Tarif hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1914. — Bei Abschluß des Tarifes wurde in zwei Firmen für Lithographen die Arbeitszeit um eine halbe Stunde und in einer Firma um eine Stunde täglich verkürzt und an 29 Gehilfen wurden insgesamt 64 M. Lohnzulage pro Woche bewilligt.

### Die Klagen der Steiger.

In Kettwig bei Essen tagte am vergangenen Sonntag die fünfte Generalversammlung des deutschen Steigerverbandes. Auf den früheren Tagungen waren wiederholt Klagen laut geworden über die zu lange Dienstzeit, die Strafschichten und die regelmäßige Sonntagsarbeit. Es wurde in der Versammlung bedauert, daß die königlichen Bergbehörden bis jetzt dagegen noch nicht eingeschritten seien, wahrscheinlich deswegen nicht, weil die staatlichen Gruben im Ruhrrevier selbst auf ihren Anlagen diese Dienstverhältnisse mehr und mehr übernommen hätten. Angenommen wurde eine Entschädigung, die sich dagegen richtet, daß trotz des vorhandenen Steigerüberflusses noch ungeschulte Leute als Beamte verpflichtet würden. Den Reichstag ersucht die Versammlung, die Grubenbeamten bei der Beratung des Privatbeamten-Versicherungsgesetzes in den Knappschafstaxen zu belassen.

### Soziales.

#### Ein „human“ denkender Arbeitgeber.

Der Maschinenfabrikbesitzer Jacob hatte der Expedientin R. auf ihren Antrag 14 Tage Urlaub gewährt und sie während des Urlaubs entlassen. Die Entlassene klagte deshalb gestern beim Gewerbegericht. Sie forderte Lohnzahlung für die Urlaubszeit mit 50 M. Der Beklagte machte durch seinen Vertreter geltend, der Urlaub sei nur unter der Bedingung gewährt, daß die Klägerin auf den Lohn verzichte. Das gab die Klägerin zu, erklärte aber, sie habe den Urlaub unter der Voraussetzung begehrt, daß sie später wieder weiter beschäftigt würde. Ein Vergleichsvorschlag scheiterte am Widerstande des vom Beklagten entsandten Vertreters, der da meinte, daß seinem schon so „humanen“ Chef weitere Zahlung an die Klägerin nicht zugemutet werden könne. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, hielt ihm entgegen, daß der häufige Gebrauch des Wortes „humanität“ sich schon zum Unfug ausgewachsen habe, auch im vorliegenden Falle stelle er sich unter Humanität etwas anderes vor, als der Beklagte oder sein Vertreter. Nach längerer Beratung gab das Gericht dann als seine Ansicht kund, daß nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Beklagte zur Lohnzahlung für die Urlaubszeit, wenigstens bis zum Tage der Entlassung, das sind 1 1/2 Wochen mit 37,50 M., verpflichtet sei. Darauf mußte sich die Klägerin noch das während dieser Zeit für ihre Erkrankung von der Kasse bezogene Krankengeld mit 12 M. anrechnen lassen, so daß der Beklagte noch 25 M. zu zahlen habe. Nun erst erklärte sich der Vertreter des Beklagten zu einem Vergleich auf diesen Betrag bereit.

### Aus Industrie und Handel.

#### Gute Weltgetreideernte.

Nach den Schätzungen des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Bern überwiegt die diesjährige Getreideernte der Hauptstaaten die vorjährige um zirka 5 Prozent. Das Institut gibt folgende Zahlen bekannt: Weizen: Großbritannien 1 702 600 (gegen 1 584 909 im Vorjahre), Italien 5 530 000 (4 173 200), Spanien 4 263 000 (3 740 752), Rumänien 2 600 000 (3 016 240), Vereinigte Staaten von Amerika 18 092 800 (18 926 864), Kanada 5 815 590 (4 082 051), Roggen: Spanien 841 000 (700 980), Vereinigte Staaten von Amerika 779 200 (839 230), Gerste: Großbritannien 1 257 900 (1 469 048), Dänemark 501 600 (463 880), Spanien 1 955 200 (1 661 434), Kanada 1 188 600 (982 974), Hafer: Großbritannien 1 991 900 (3 145 993), Dänemark 677 300 (669 160), Italien 610 000 (414 760), Kanada 5 844 700 (4 988 280). Die Einheitsziffer, d. i. das Prozentverhältnis der Gesamternte dieses Jahres zu der des Vorjahres ist für Weizen 105,6 Proz., für Roggen 101,2 Proz., für Gerste 109,0 Proz., für Hafer 105,4 Proz.

#### Die angebliche Baumwollnot.

Als einer der Gründe, weshalb Deutschland unbedingt Kolonien haben müsse, wird bekanntlich die sogenannte „Baumwollnot“ angeführt. Das soll heißen: der Bedarf an Baumwolle wächst in Deutschland unauflöslieh; die Zufuhr aber aus den Ländern, wo Baumwolle produziert wird, muß allmählich stöden und vielsiegt ganz versiegen, weil jene Länder selbst immer mehr zur Verarbeitung ihrer Baumwolle übergehen. Einer ernstlichen Baumwollnot, bei der es sich um Millionen Ballen handeln würde, kann nicht abgeholfen werden durch die paar Tausend Ballen, die „unsere“ Kolonien noch auf unabsehbare Zeit hinaus liefern können. Zweitens ist es überhaupt eine sinnlose Vorstellung, daß zum Beispiel Amerika uns eines Tages aus purer Vösigkeit keine Baumwolle mehr liefern werde; denn der Lieferant ist auf den Abnehmer mindestens ebenso sehr angewiesen wie der Abnehmer auf den Lieferanten. Wenn aber Amerika und Ostindien allmählich selbst immer mehr Baumwolle verbrauchen, so ist dies ein langsamer Entwicklungsprozeß, der sich über viele Jahrzehnte hinzieht. Sollte innerhalb dieser Zeit wirklich die Baumwolle knapp werden, so wird man Ersatz finden. Es gibt Pflanzenfasern, schreibt z. B. die bürgerliche Finanzzeitung „Die Welt“ über dieses Thema, „und tierische Spinnstoffe, die nur so lange nicht in Wettbewerb mit der Baumwolle treten, wie diese einen niedrigen Preisstand einnimmt. Auf aber die Not, so sind sie sehr bald da, und es stellt sich dann vielleicht heraus, daß eine neue Grasfaser einen ungeahnt guten Ersatz für Baumwolle bildet.“

Die ganze „Baumwollnot“ ist nur ein Wahngedächtnis, womit die Kapitalisten in ihrem privaten Interesse die Volksmasse dumm zu machen, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

machen und zu erschöpfen suchen. Im Zusammenhang damit interessiert eine Statistik des Internationalen Verbandes der Baumwollspinn- und Webereivereinigungen über die Zahl der auf der Welt vorhandenen Baumwollspinnspindeln. Die Statistik zeigt nämlich, daß gerade in Deutschland die Zunahme des Baumwollverbrauchs keineswegs mit besonderer Schnelligkeit vor sich geht, weder prozentual noch absolut, so daß gerade bei uns der angeblich drohende Mangel an Baumwolle mit am wenigsten drängt.

Betrachten wir zunächst die prozentuale Vermehrung der Baumwollspinnspindeln. Sie beträgt in Deutschland für die Zeit vom 1. März 1907 bis 1. März 1911 10,8 Proz. Das ist freilich mehr als in Großbritannien (6,3 Proz.) und in den Vereinigten Staaten von Amerika (8,8 Proz.). Aber in Belgien beträgt die Vermehrung 15,9 Proz., in Italien 20,4 Proz., in Schweden 27,6 Proz., in Oesterreich 29,6 Proz., in Rußland 32,3 Proz., in Japan 41,2 Proz. Wir sehen, wie weit Deutschland davon entfernt ist, bei der Zunahme des Baumwollverbrauchs an der Spitze zu marschieren.

Nun besagen ja aber die Prozentzahlen in diesem Falle sehr wenig. Wenn jemand 1 M. besitzt und bekommt noch 1 M. dazu, so hat er sein „Vermögen“ um 100 Proz. vergrößert; bei einem Vermögen von einer Million macht dagegen ein Zuwachs von 500 000 M. immer erst 50 Proz. aus. Wollen wir ein klares Bild haben, müssen wir folglich die absolute in Zahlen zu Hilfe nehmen. Da aber marschiert Deutschland unter den Ländern, die ernstlich in Betracht kommen, sogar ziemlich an letzter Stelle, wie folgende Tabelle zeigt. Es betrug die Anzahl der Baumwollspinnspindeln:

	in 1907	am 1. März 1911	1. März 1911	Zunahme absolut in %
Frankreich . . . . .	6 800 000	7 200 000	400 000	5,9
Japan . . . . .	1 488 407	2 095 232	611 735	41,2
Italien . . . . .	8 500 000	4 215 000	715 000	20,4
Deutschland . . . . .	9 339 448	10 299 597	960 149	10,3
Oesterreich . . . . .	8 616 434	4 686 433	1 069 999	29,6
Rußland . . . . .	6 500 000	8 600 000	2 100 000	32,3
Vereinigte Staaten . . . . .	26 242 000	28 500 000	2 258 000	8,6
Großbritannien . . . . .	50 679 000	53 859 247	3 179 608	6,3

Man sieht auf den ersten Blick, daß für wirklichen Massenverbrauch an Baumwolle eigentlich nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten in Betracht kommen. Von ihnen bis zu Deutschland, das die dritte Stelle im Konsum von Baumwolle einnimmt, ist ein weiter Abstand. Aber die absolute Zunahme ist in Deutschland sogar noch weit geringer als in Rußland und Oesterreich. — Diese Zahlen zeigen, daß, wenn irgend ein Land, so vor allen Dingen Großbritannien in Sorge sein müßte wegen der angeblich drohenden Baumwollnot. Es hat die bei weitem größte Baumwollindustrie der Welt, es besitzt im eigenen Lande keine Faser des Rohstoffs, es bezieht aus seinen Kolonien nur einen Bruchteil, das meiste kommt aus den Vereinigten Staaten, d. h. aus dem Lande des stärksten Konkurrenten. Die Engländer sind aber viel zu gute Kaufleute, als daß man es riskieren könnte, sie mit solchen Phantasiegebilden zu schrecken, wie sie in Deutschland ganz und gäbe sind, um die Politik des Staates in den Dienst privater Kapitalistischer Interessen zu spannen. Wer in England mit solchen „Argumenten“ kommen wollte, wie sie unsere Kolonialschwärmer unauflöslieh in vollem Ernste vortragen, würde unaussprechlichem Gelächter verfallen.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Lesebände.

Groß-Lichterselde. Der diesmonatliche Leseband für Frauen fällt aus. Mittwoch, den 23. August, nachmittags 8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder der Aenderungskommission und der Bezirkshelferinnen bei Wahrensdorf. Nachdem gemeinsames Kaffeeloch.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Streifbewegung in England.

Manchester, 21. August. (B. L. B.) Die Rärner und die Arbeiter auf den Güterbahnhöfen der beiden bedeutendsten Eisenbahngesellschaften haben beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen. In Manchester selbst hat bereits eine große Zahl von Lokomotivführern, Signalwärtern und Weichenstellern die Arbeit wieder aufgenommen.

Liverpool, 21. August. (B. L. B.) Der Ausstand im hiesigen Hafen ist beigelegt. Die Löcher, Rärner und Kohlenträger haben beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Ernste Unruhen werden aus Darlington und Bishop Auckland gemeldet, zwei an der Nordwestbahn gelegenen Ortschaften, in die Truppen entsandt worden sind.

Dublin, 21. August. (B. L. B.) Die ausländischen Zeitungsverkäufer griffen heute nachmittags im Verein mit arbeitslosem Gefinde verschiedene Zeitungswagen an und verbrannten den Inhalt auf der Straße. Die Polizei ging mehrmals mit ihren Stöcken vor. Es werden noch weitere Unruhen befürchtet.

#### Die Waldbrände in Tirol.

Innsbruck, 21. August. (B. L. B.) Der Waldbrand bei Gossensak kann als gelöscht betrachtet werden, da vergangene Nacht ein heftiger Regen einsetzte, der den ganzen Tag über anhält.

Dagegen ist die Situation bei dem großen Brand am rauhen Kopf bei Landre sehr bedrohlich. Trotz der aufopfernden Arbeit der Garnisonen von Landro, Sexten und Cortina greift das Feuer immer weiter um sich. Der Brand, der seit vier Tagen andauert, hat den von Gossensak an Ausdehnung beinahe erreicht.

Weitere Waldbrände werden aus dem Wintschgau gemeldet, wo die Waldbestände der Gemeinden Schlanders und Laas bedroht sind.

#### Aus Marokko.

Paris, 21. August. (B. L. B.) Wie der „Agence Havas“ vom 19. August aus Mogador gemeldet wird, ist bei dem Kampfe um Tarabant ein algerischer Dolmetscher der Agenten der Firma Rannemann verwundet worden. Aus Larraçh wird unter demselben Datum gemeldet, daß Oberst Sylvestre mit 150 Mann Kavallerie nach Elker aufgezogen ist. Hauptmann Ovilis ist mit einer Polizeibatterie nach Larraçh zurückgekehrt. Die Spanier haben bei Maracouit auf dem linken Ufer des Ruffos einen Posten aufgestellt.

#### Explosion in einer Kohlengrube.

London, 21. August. (B. L. B.) In einer Kohlengrube bei Malby (Grafschaft York) hat eine Explosion stattgefunden, bei der drei Personen umgekommen sind.

#### Ein Bombenanschlag.

Sofonki, 21. August. (B. L. B.) Auf der Bahnstrecke Keszueb—Zibestische in der Nähe des Bahnhofs Ad-Scharbar wurde heute ein Bombenanschlag verübt, wodurch die Gleise zerstückelt wurden und ein Güterzug entgleiste; ein Arbeiter blieb tot, vier wurden verletzt. Der Anschlag wird bulgarischen Wänden zugeschrieben, die in größerer Anzahl aufgetaucht sind. Paul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgegend

hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. — Den Vorsitz übernahm der Verbandsvorsitzende Eugen Ernst: Im vorigen Bericht konnten wir zu unserer Freude mitteilen, daß trotz der wirtschaftlichen Krise die Zahl unserer Mitglieder in den 18 Monaten der Berichtszeit um 9300 gestiegen ist. Mit dem Eintritt einer besseren Konjunktur ging der Aufstieg der Organisation schneller vor sich. Wir hatten im abgelaufenen Geschäftsjahr, also in 12 Monaten, eine Zunahme von 8800 Mitgliedern. Es muß nun unsere Aufgabe sein, die Neugewonnenen nicht nur der Organisation zu erhalten, sondern sie zu überzeugen, zielklaren Anhängern zu machen. Das wird um so mehr gelingen, als uns ja alles in die Hände arbeitet, um auch den Rückständigsten zu zeigen, daß der einzige Ausweg aus den heutigen verrotteten Zuständen der Sozialismus ist.

Gleich zu Anfang des Geschäftsjahres fühlten wir als Wirkung der Reichstagsreform eine bedeutende Verteuerung der Lebensmittel. In 25 Versammlungen protestierten wir gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Gesetze des schwarzen Blodes. Selbst die Regierung fürchtete die Abrechnung. Da schien es, als ob ein gütiges Geschick der herrschenden Clique zu Hilfe käme. Man bemühte sich, für die Vorgänge in Rußland die verhasste Sozialdemokratie verantwortlich zu machen und Stimmung für Abrechnung zu erzeugen. Man hoffte dabei auf die Mithilfe der Justiz. Doch die künstlich aufgebaute Anklage brach jämmerlich zusammen und endete mit einer Blamage ihrer Urheber. Als stundenlos und rein erwies sich das Schild unserer Partei. Gebrauchsartikel wurde das Polizeisystem. Selbst das Gericht sagt in seinem Urteil: „Es muß als erwiesen gelten, daß Mißgriffe und Uebertreibungen der Amtsbefugnisse vorgekommen sind. Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe der Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung, daß Mißgriffe und Uebertreibungen in größerer Zahl vorgekommen sind.“ So endete dieser politische Tendenzprozess mit einem moralischen Siege der Arbeiterklasse.

Am 9. Oktober protestierte die Berliner Arbeiterschaft in 24 Versammlungen gegen Verleumdungen und Verdrehungen der Scharfmacherpresse, nachdem wir vorher eine Million Flugblätter zur Aufklärung über die Rußland Ereignisse verbreitet hatten. — Konnte schon Rußland nicht im Sinne unserer Feinde ausgelegt werden, so wogte man bei den Vorgängen auf dem Wedding gar nicht erst, die Partei dafür verantwortlich zu machen. — Außer den Abwehraktionen bei diesen Vorgängen benutzten wir unsere Kraft zum Aufbau und zur Festigung der Organisation. Flugblätter, die zum Eintritt in dieselbe auffordern, wurden am 13. November in 694 000 Exemplaren verbreitet. — Bei der am 11. November vollzogenen Wahl der Arbeiterbevollmächtigten des Gewerbebezirks erhielt unsere Liste 127 Stimmen mehr wie bei der Wahl im Jahre 1908. Die bürgerlichen Stimmen gingen um 1354 zurück. Wir erhielten 21 Arbeiterbevollmächtigter. Bei den Wahlen der Arbeitnehmer am 13. November wurden 8800 Stimmen mehr abgegeben. Am 12. Februar wurden die Arbeitnehmer zum Kaufmannsgericht gewählt, wobei der Zentralverband der Handlungsgehilfen 16 Sitze erhielt.

Am 16. März fanden im 11. und 13., am 14. Juni im 87. Kommunalwahlbezirk Nachwahlen statt. Unsere Gegner nahmen sich nicht einmal die Mühe, Kandidaten aufzustellen. — Bei der am 8. November vollzogenen Landtagswahl im vierten Bezirk erhielten wir 18 Wahlmännerstimmen mehr wie 1908, doch wurde der freisinnige Kreistag gewählt. Gegen diesen Wahl erhoben wir Protest mit derselben Begründung, welche die freisinnigen vordem gegen die Wahl unserer Genossen Borgmann, Reimann, Dirsch und Hoffmann mit Erfolg vorgebracht hatten. Kreistags Wahl wurde als ungültig erklärt, aber am 23. Mai wurde er wiedergewählt, doch erhielt er 24 Stimmen weniger wie bei der ersten Wahl.

Am 10. April hatten wir das durch den Tod des Genossen Singer freigewordene Reichstagsmandat des vierten Kreises neu zu besetzen. Eine ernsthafte Gegenkandidatur kam bei der absoluten Sicherheit unseres Sieges nicht in Frage. Die Masse der Wähler ließ es deshalb an dem nötigen Eifer fehlen. Es wurden für den Genossen Vichner 12 000 Stimmen weniger abgegeben wie bei der vorigen Wahl. Allerdings ist auch die Zahl der Wahlberechtigten um 3000 abgegangen. Aber die geringere Wahlbeteiligung muß uns veranlassen, die Wähler fester an unsere Partei zu fetten, so daß ein Stimmentzug nicht wieder vorkommt.

Am 1. Dezember wurde in der Generalversammlung des Verbandes der Vertrag der männlichen Mitglieder auf 40 Pf. erhöht. Die Befreiung, wie konnten dadurch Mitglieder verlieren, ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil. Unsere Mitgliederzahl ist gestiegen.

Am 18. Dezember nahm eine Konferenz der Stadt- und Gemeindevorsteher Groß-Berlins Stellung zur Frage der Arbeitslosenunterstützung und des Arbeitsnachweises. Dieselbe Körperchaft trat am 15. Januar wieder zusammen, um den Bescheidenerwerb über kommunale Zweckverbände zu besprechen.

Im Monat Januar veranstalteten wir gewaltige Kundgebungen für das freie Wahlrecht. Zu diesem Zweck wurden am 20. Januar 1 1/2 Millionen Flugblätter verteilt und am 22. Januar 83 überfüllte Versammlungen abgehalten, welche gegen die Beibehaltung des schändlichen Dreiklassenstimmens protestierten. Nachdem die Regierung einem freien Wahlrecht für Elbst-Lothringen zugestimmt hatte, trat die sozialdemokratische Arbeiterklasse am 4. Juli nochmals auf den Plan, um auch für Preußen die Gleichberechtigung in dieser Hinsicht zu fordern.

Ein neuer Schlag wurde der Arbeiterschaft verfehlt durch die Reichsversicherungsordnung, welche das Selbstverwaltungsdrecht der Krankenkassen vernichtet. Gegen diesen Raub unserer Rechte erhoben wir am 27. April Protest in 17 Versammlungen, wozu vorher 900 000 Flugblätter verbreitet wurden.

Die Propagierung unserer Ideen unter den Frauen ließen wir uns ebenfalls angelegen sein. Am 7. Dezember wurde den weiblichen Funktionären des Verbandes ein Vortrag gehalten über die Rechte der Frauen in den Gemeinden. Unter Leitung der Genossinnen Waaber und Bieg wurden Bildungsturse für die Frauen abgehalten, die gut besucht waren. Am 19. März fand der erste Frauenwahlrechtstag statt, zu dem am 17. März über eine Million Flugblätter verbreitet wurden, welche Aufforderung über die Ziele der Frauenbewegung gaben. Die Versammlungen legten ein glänzendes Zeugnis für die politische Reife der Frauen ab.

Zur Agitation unter den polnischen sprechenden Arbeitern wurde eine Broschüre des Genossen Datzinski in einigen tausend Exemplaren verbreitet. Auch den taubstummen Genossen gaben wir Gelegenheit, die Lehren des Sozialismus unter sich zu verbreiten. — Anlässlich des Zusammenbruchs des Rabattiervereins Norden bereiteten wir eine Million Flugblätter, welche zum Eintritt in die Konsumgenossenschaften aufforderten. — Die Väter unterstützten in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe, indem wir zugunsten desselben am 20. Mai über eine Million Flugblätter verbreiteten und am 30. Mai 33 Versammlungen abhielten. Der Streik der Väter wurde glänzend gewonnen. — Größere Geldzuschüsse gewährten wir der Arbeiterbildungsschule und dem Jugendausflug. Auch der Arbeiter-Samariterbund erhielt eine Beihilfe. — Die Bestrebungen der freien Volkshäuser wurden von uns angelegentlich propagiert. — Die Geschäfte des Verbandes wurden erledigt in 5 Generalversammlungen, 14 Zentralvorstands-, 17 Aktionsausschüßsitzungen und 61 Sitzungen mit anderen Körperschaften. Das Mitteilungsblatt erscheint in 5000 Exemplaren.

Die Erfolge unserer Agitation zeigen sich nicht nur in der erhöhten Mitgliederzahl, sondern auch in der Zunahme der Gemeindevorsteher in beiden Landkreisen. In Teplitz-Beeskow haben

wir 71 Stadt- und 131 Gemeindevorordnete, zusammen 202 Vertreter gegen 135 im Vorjahre. In Niederbarnim haben wir 27 Stadt- und 111 Gemeindevorordnete, zusammen 138 Vertreter gegen 122 im Vorjahre.

Die Preßkommission hatte erhebliche Arbeit durch den Anschluß der Expedition an die Hauptexpedition. In der Besetzung der Redaktion sind einige Änderungen eingetreten. Das mannhaft Eintreten des „Vorwärts“ für die Interessen der Arbeiterschaft brachte ihm vier Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Die Auflage des Blattes ist von 141 000 auf 156 000 gestiegen.

Die Agitationskommission hat eine wirkungsvolle Tätigkeit entfaltet. In der Provinz bestehen 26 Rechtsauskunftsstellen, die lebhaften Zuspruch haben. Bei der Reichstagswahl in Frankfurt-Leubus siegte unser Genosse Jäger. Die Parteipresse macht in der Provinz ständige Fortschritte. In Agitationsmaterial wurden verbreitet 12 000 Kalender für die Schiffer, 320 000 Kalender „Pörlitzer Landbote“, 10 000 polnische Kalender und monatlich 45 000 Exemplare der „Fackel“. 21 neue Ortsvereine wurden gegründet und annähernd 3000 neue Mitglieder gewonnen. Ein Beweis, daß unsere Ideen auch auf dem Lande siegreich fortschreiten.

Die Lokalkommission kann konstatieren, daß die Macht der Partei auch darin zu erkennen ist, daß uns mehr und mehr Lokale zur Verfügung gestellt werden.

Die Kinderbeschaukommission hat ihre schwierige Aufgabe in anerkannter Weise erfüllt. Durch ihre Feststellungen sind grauenhafte Fälle von Kinderausbeutung an den Tag gekommen, welche beweisen, daß die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen eine Notwendigkeit ist, wenn nicht ganze Generationen durch kapitalistische Ausbeutung vernichtet werden sollen.

So hat das abgelaufene Geschäftsjahr wieder gezeigt, wie notwendig unser Kampf ist und daß wir nicht ruhen und rasten dürfen, bis wir unser Ziel erreicht haben. Rechte verweigert, ja raubt man uns, Pflichtenbürde man uns auf. Wie lange wird das Volk diese Zustände noch ertragen? In nächster Zeit gilt es, Abrechnung mit den Volksfeinden zu halten. Darum, Parteigenossen, rüftet zum Kampf, stärkt die Organisation, setzt eure ganze Kraft ein, um den Volksfeinden die Schmach zu vergelten, die sie uns angetan haben. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattete der Verbandskassierer Böckel: Die Einnahmen betragen 426 071,91 M., die Ausgaben 326 033,87 M., der Bestand 100 038,04 M. Die Leistungsfähigkeit der Kreise, besonders der größeren, aber auch der Landkreise, ist fast überall gestiegen und drückt sich in prozentual größeren Abführungen an die Verbandskasse aus. Die durchschnittliche Leistung aller Kreise an den Verband stellt sich auf 2,29 M. pro Mitglied. Zahlungsgemäß sind von den Einnahmen für Beitragsmarken 20 Proz. an den Parteivorstand abzuführen. Danach hätte er 67 811 M. erhalten müssen. Er hat aber 179 000 M. erhalten. Die gesamten Abführungen der Kreise an den Verband konnten fast ausschließlich für Agitationszwecke verwendet werden, während alle anderen Ausgaben, Druckrechnungen für an die Kreise gelieferte Sachen, Rechtschutz, Verwaltungskosten aus dem Bestande und den Nebeneinnahmen gedeckt wurden. — Mit dem Kassenbericht ist sehr schlecht aus. Es wurden nur 6154 M. eingenommen, mit den Ueberflüssen sind es 64 038 M. Der ganze Kassenbericht des Verbandes beträgt 72 601,10 M. Er müßte erheblich größer sein, wenn alle, welche die moralische Pflicht zur Zahlung an den Fonds haben, ihre Pflicht erfüllt hätten.

In der Diskussion bemerkte ein Redner: Nach einem Bericht sollten im 4. Landtagswahlbezirk Welter, die für die Landtagswahl bestimmt waren, zu Zwecken verwendet worden sein, die mit den Aufgaben unserer Partei nicht im Einklang ständen.

Hierzu sagte der Revisor Dobrowski: Die Abrechnung des Wahlkomitees sei eingehend geprüft worden und habe keinen Anlaß zu irgendeiner Beanstandung gegeben.

Ohne weitere Diskussion wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In den geschäftsführenden Ausschüß wurden die Genossen Ernst, Liepmann und Böckel einstimmig wiedergewählt. Die in den Kreisen patigehabten Wahlen der übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes wurden ohne Widerspruch bestätigt.

Hierauf schritt die Versammlung zur Beratung der von den Kreisen gestellten Anträge.

Hentschel begründete einen Antrag des sechsten Wahlkreises und Teplitz-Beeskows und empfahl dessen Annahme. Der Antrag lautet:

„In den Verbandsgeneralversammlungen können nur Anträge der einzelnen Kreiswahlvereine zur Verhandlung gelangen. Sofern Anträge einzelner Delegierter sich nicht auf Veränderung oder Ergänzung der Verhandlungsgegenstände beziehen, sind dieselben zur Beschlußfassung nicht zulässig.“

Der erste Kreis hat hierzu folgendes Amendement gestellt:

„Andere Anträge werden nur dann zur Verhandlung gestellt, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung sich dafür entscheidet.“

Dawell vertrat namens des ersten Kreises den Standpunkt: Grundfänglich müßte jeder Genosse oder wenigstens jeder Delegierte das Recht haben, Anträge an die Generalversammlung zu stellen. Darf doch auch jeder Genosse an den Parteitag Anträge einreichen. Auf keinen Fall sollte man den Antrag des sechsten Kreises ohne das Amendement des ersten Kreises annehmen. Zwischen den Kreisversammlungen und der Verbandsgeneralversammlung könnten doch wichtige politische und wirtschaftliche Ereignisse eintreten, die eine Stellungnahme des Verbandes notwendig machen. Das könnte unmöglich gemacht werden, wenn durch Annahme des Antrages des sechsten Kreises die Verbandsgeneralversammlung verhindert werde, selbst zu bestimmen, welche Anträge sie verhandeln wolle. Aus demokratischen Gründen müßte, wenn der Antrag des sechsten Kreises angenommen werde, auch das Amendement des ersten Kreises angenommen werden.

Diese Ansicht vertrat unter anderen auch die Genossen Kupp und Stadthagen.

Hentschel und Groger machten gegen das Amendement des ersten Kreises geltend: Aus dem demokratischen Prinzip ergebe sich auch die Forderung, daß allen Mitgliedern einer Organisation Gelegenheit gegeben werden müsse, Stellung zu nehmen zu den Angelegenheiten, welche die Generalversammlung beschließen sollen. Wenn das Amendement des ersten Kreises angenommen werden sollte, dann würde dieses Recht der Mitglieder beeinträchtigt. Die Kreise müßten die Möglichkeit haben, zu den Anträgen Stellung zu nehmen, welche der Verbandsgeneralversammlung vorgelegt werden. Das solle erreicht werden durch den Antrag des sechsten Kreises. Das Amendement würde die Rechte der Kreise beeinträchtigen.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag des sechsten mit dem Amendement des ersten Kreises angenommen.

Ein Antrag von Teplitz-Beeskow, welcher verlangt, daß auf je 200 Mitglieder ein Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung zu wählen ist, wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde nach kurzer Diskussion der folgende Antrag Niederbarnim angenommen:

„Verheiratete Genossinnen sind ebenfalls vom Beitrag befreit, wenn der Mann Mitglied des Wahlvereins und vom Beitrag durch Krankheit resp. Arbeitslosigkeit befreit ist.“

Woldt begründete folgenden Antrag des ersten Kreises:

„Während der Reichstagswahlagitation soll der „Vorwärts“ auch abends erscheinen.“

Wels erkannte an, daß das Erscheinen eines Abendblattes wünschenswert sei, aber mit Rücksicht auf die dadurch verursachten Mehrkosten könne der Antrag nicht durchgeführt werden. Das sei ja erst kürzlich bei den Erörterungen über die Herausgabe eines Montagsblattes rechnerisch dargelegt worden. Die damals angeführten Gründe für die Beibehaltung der gegenwärtigen Erscheinungsweise beständen heute noch.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag abgelehnt. Wels begründete einen Antrag des vierten Kreises, welcher lautet:

„Die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin wolle beschließen, die Aufstellung der Kandidaten zum preussischen Abgeordnetenhaus jedem einzelnen Landtagswahlbezirk resp. denjenigen Reichstagswahlkreisen selbst zu überlassen, die an der Landtagswahl beteiligt sind.“

Wie man trat dagegen für folgenden Antrag des dritten Kreises und des Zentralvorstandes ein:

„Die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin wolle beschließen, die Aufstellung der Kandidaten zum preussischen Abgeordnetenhaus denjenigen Reichstagswahlkreisen selbst zu überlassen, die an der Landtagswahl beteiligt sind.“

In strittigen Fällen, in denen sich die an der Aufstellung beteiligten Reichstagswahlkreise nicht verständigen können, entscheidet die Verbandsgeneralversammlung durch Aufstellung der Kandidatur.“

Der Redner verwies darauf, daß die Berliner Landtagswahlkreise aus Teilen verschiedener Reichstagswahlkreise zusammengesetzt sind. Würde der Antrag des vierten Kreises angenommen, dann hätte über die Aufstellung der Landtagskandidaten nicht die Kreisorganisation, sondern die Bezirke zu entscheiden, und es läge die Gefahr nahe, daß die Genossen, welche nur mit einem kleinen Teil ihres Reichstagswahlkreises an Landtagswahlkreise beteiligt seien, durch den mit einem größeren Anteil beteiligten Reichstagskreis majorisiert würden. Das Prinzip, wonach die Reichstagswahlkreise die Grundlage unserer Parteioorganisation bilden, würde durch den Antrag des vierten Kreises durchbrochen. Der Antrag des dritten Kreises und des Zentralvorstandes trage den bestehenden Verhältnissen Rechnung, er berücksichtige die berechtigten Interessen der Reichstagswahlkreise und empfehle sich deshalb zur Annahme.

Der Antrag des vierten Kreises wurde angenommen.

Horlich begründete eine Resolution von Teplitz-Beeskow, die fast einstimmig angenommen wurde und dem Parteitag eingereicht werden soll. Die Resolution lautet:

„Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die fast einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Magdeburger Parteitag haben endlich die langerehnte Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Konsumgenossenschaften gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind und daß diese bemüht sein müssen, diese Bewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Waffen im proletarischen Emanzipationskampf Anwendung finden können.“

Das steht aber auch voraus, daß die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser energischen Willensäußerung der imponenten Masse politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenarbeiten und diesen Willen durch so widerliche Herrbilder von Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann gezeichnet hat, geradezu verhöhnen. Die Tatsache, daß die Konsumvereine Kaufmanns bisher in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau unwillkürlich Neben, spricht dafür, daß der Generalsekretär in führenden Kreisen nicht isoliert dasteht.

Die Verbandsgeneralversammlung wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsfanatismus und erhebt energische Widerstand. Sie spricht aber auch gleichzeitig aus, daß eine Wiederholung solcher Konsumvereine nur dann ausbleiben kann, wenn durch massenhaften Eintritt der Genossen und Genossinnen in die Konsumvereine und rege Teilnahme an der Bewegung derselben die Möglichkeit geschaffen wird für die Ausbreitung sozialistischer Geistes in den Konsumvereinen.

Nur dann können die tiefen Gegensätze zwischen Masse und Führer verschwinden und die auf dem Magdeburger Parteitag und dem internationalen Kongress in Kopenhagen ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen.“

## Gegen Kriegshebe und Marokkoshader

laute der letzte Punkt der Tagesordnung. Der Referent Dawum entwickelte in anderthalbstündigem Vortrage ungefähr folgenden Gedankengang: Seit 6—7 Jahren ist Marokko zu einem Weltrevier geworden, aus dem von Zeit zu Zeit Wetterwolken aufsteigen, welche den politischen Horizont Europas verdunkeln. Zuerst war es das Auftreten Wilhelm II. in Tanger, was beunruhigend wirkte. Später folgten dann die Vorgänge, die zum Abschluß der Algecirasakte führten. In diesem Jahre haben sich die schweren Wetterwolken entwickelt aus dem Rauch des Kanonenbootes „Panther“, welches die deutsche Regierung nach Agadir landete. Dieses Gevölk hängt drohend über Europa. Es hat eine Spannung erzeugt und eine Ungewißheit der Lage herbeigeführt, wie keines der früheren Ereignisse. Es ist eine Pflicht des Proletariats, die Marokkofrage ruhig und nüchtern zu betrachten und sich zu fragen, wie es den Verwickelten, die aus dieser Affäre noch entstehen können, entgegenzutreten kann. 1906 ging der Marokkoshandel, der mit der Konferenz in Algeciras endete, nicht zum Ruhme der Diplomaten aus. Es war von vorneherein klar, daß das Algecirasabkommen keine Lösung der Angelegenheit bedeuten könne. Es ist töricht, wenn man glaubt, die Wiederherstellung der Algecirasakte werde den jetzt vorhandenen Händstoffs beseitigen und Ruhe herstellen. Das ist bei den entgegengesetzten Interessen der in Marokko beteiligten Kapitalistengruppen unmöglich. Frankreich und Spanien haben sich wenig an die Algecirasakte gelehrt. Es kam dahin, daß der jetzige Sultan von Marokko um Schutz gegen seine Untertanen ersuchte und Frankreich angeblich zum Schutze des Sultans Soldaten nach Marokko sandte. Frankreich behauptet, es habe dadurch die Algecirasakte nicht verletzt. Sein Vorgehen erregte die Eifersucht Spaniens, welches Schiffe nach Larache sandte und Truppen landete. Es handelt sich also um einen Interessengegensatz zwischen Frankreich und Spanien. Frankreich und England haben sich wegen ihrer nordafrikanischen Politik verständig, weil sich die Flotten und Weltmachtspolitik Deutschlands gegen England richtet. Hierin ist also in letzter Linie die Ursache des gegenwärtigen Konflikts zu suchen. In diese Situation brach nun die Nachricht hinein, daß das deutsche Kanonenboot „Panther“ vor Agadir erschien unter dem Vorgeben, es seien dort deutsche Interessen bedroht. Tatsächlich war, wie jetzt feststeht, damals gar kein Deutscher in jenem Teile von Marokko. Erst später sind einige Agenten der Firma Rammelsmann dorthin gegangen. Die Begründung für das Eingreifen Deutschlands in den Marokkokonflikt war also unwahr.

Als die Kunde von der Entsendung des „Panther“ nach Deutschland kam, rief sie in der nationalen Presse großen Jubel hervor. Man frohlockte, daß sich Deutschland an dem Weltbewerke um Marokko beteiligte. Selbst linksliberale Blätter, wie das

„Berliner Tageblatt“, waren mit dem Eingreifen Deutschlands ganz einverstanden. Man suchte nun diese Gesichte des deutschen Volkes möglichst schmachtlich zu machen. — Man kann wohl annehmen, daß die deutsche Regierung von Anfang an nicht die Absicht hatte, es zur äußersten Konsequenz, einem Kriege mit Frankreich, zu treiben. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sich die Regierung sagte: Wenn wir ein Stück Marokko, so ist es gut. Wenn nicht, dann verlangen wir eine Entschädigung dafür, daß wir Frankreich in Marokko freie Hand lassen. Doch wie dem auch sein möge, das eine steht fest: Als die deutsche Regierung ein Kriegsschiff nach Agadir sandte, fing sie ein sehr gefährliches Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes an, denn sie konnte nicht voraussehen, zu welchen Konsequenzen ihr Eingreifen führen würde. Die ganze Aktion lief darauf hinaus, der deutschen Weltmacht ein neuen Impuls zu geben. Gelänge das nicht mit einem Stück Marokko, so wollte man darauf hinwirken, daß unsere afrikanischen Kolonien möglichst vergrößert, erweitert und miteinander verbunden würden. Also auf die Schaffung eines größeren deutsch-afrikanischen Kolonialreiches will die Regierung hinaus.

Die Verhandlungen mit Frankreich werden bekanntlich unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Wenn auch jetzt eine Verhandlungspause eingetreten ist, so ist die Situation noch genau so ungewiß und gespannt, wie zu Anfang und in der bürgerlichen Presse wird nach wie vor das Verlangen nach einem Stück Marokko aufrechterhalten. Man sucht auch der deutschen Arbeiterklasse klar zu machen, daß sie in einer solchen Erwerbung ganz hervorragendes Interesse hat. — Ich bin der Meinung: Für die deutsche Arbeiterklasse, besonders für die Sozialdemokratie, liegt die Frage nicht so: Wie wird die Weltmacht Deutschlands gehärtet, sondern wir müssen die Frage stellen: Was hat die deutsche Arbeiterklasse und die Volkswirtschaft von einem Stück Marokko oder von den Kompensationen zu erwarten.

Es wird gesagt, Marokko sei geeignet als An siedelungs kolonie für den Ueberfluß der deutschen Bevölkerung. — Die Behauptung, daß wir an einem Bevölkerungsüberschuß leiden, der in Deutschland keine Existenzmöglichkeit finden könne, muß entschieden bestritten werden. Wenn wir einen Bevölkerungsüberschuß hätten, dann bräuchten die deutschen Unternehmer nicht 1 1/2 Millionen ausländischer Arbeiter beschäftigen. Gegen die Behauptung, wir hätten einen Bevölkerungsüberschuß, spricht auch die Tatsache, daß die deutsche Auswanderung seit Jahren wesentlich zurückgegangen ist. Die Auswanderung würde noch viel geringer sein, wenn man für ausreichende Löhne in Deutschland sorgen würde. Uebrigens ist es gar nicht wahr, daß Marokko, namentlich das hier in Frage stehende Südmarokko, sich als Siedelungskolonie für Deutsche eignet. Das Klima und die Bodenbeschaffenheit stehen der Ansiedelung von Kleinbauern entgegen. Dazu kommt noch, daß ja Marokko bereits Einwohner hat, die sich jeder Ansiedelung von Fremden ganz entschieden widersetzen würden. Reigt uns doch die Kolonialgeschichte Frankreichs, daß 60 Jahre Kämpfe, schwere Opfer an Gut und Blut nötig waren, um nur einen kleinen Teil von Algerien der Siedelung zugänglich zu machen. So würden wir in Südmarokko mit den kriegerischen Verbänden eine unabherrschbare Reihe von Kämpfen bekommen, die das Zausenbische von dem beschlagnahmten würden, was eine Siedelungskolonie einbringen könnte.

Als zweites Argument für die Erwerbung eines Stückes Marokko wird angeführt: Deutschland sei ein so bedeutendes Industrieland, daß es für die Beschaffung von Rohstoffen ernstlich bedürftig sein müsse. Einer der wichtigsten Rohstoffe, die Baumwolle, könne in Marokko gebaut werden. — Ich erinnere daran, daß wir seit 80 Jahren Kolonien haben, wo Baumwolle gebaut wird. Wir haben es aber damit nicht weiter gebracht, als daß kaum der sechshundertste Teil des Bedarfs der deutschen Textilindustrie an Baumwolle durch die deutschen Kolonien gedeckt wird. Zu den Herstellungskosten dieser Baumwolle muß man auch die Aufwendungen rechnen, welche das Reich für die betreffenden Kolonien macht. So wird diese Baumwolle für die deutschen Steuerzahler ein sehr teures Produkt. — Marokko eignet sich übrigens gar nicht für den Anbau von Baumwolle, weil es dem Lande an der nötigen Bewässerung fehlt. Eine solche müßte erst durch sehr kostspielige technische Einrichtungen ermöglicht werden. — Trotz alledem sucht man — leider sogar aus Parteisicht — den deutschen Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie ein Interesse an der Kolonialpolitik hätten und in Konsequenz dessen auch die Militärkosten bewilligen müßten.

Ferner wird gesagt, in gewissen Teilen Marokkos wären unermessliche Schätze von Erz und Metall zu finden. Es mag sein, daß die deutsche Industrie ein Bedürfnis nach diesen Schätzen hat, es muß aber verneint werden, daß es im Interesse der deutschen Arbeiter liege, uns deshalb in koloniale Abenteuer zu stürzen und die Gefahr eines Weltkrieges auf uns zu nehmen. Wenn die Ausbeutung der Erzlager gelingen sollte — was noch sehr zweifelhaft ist —, dann haben wir nichts dagegen, wenn Deutschland im Wege friedlicher Verhandlungen daran beteiligt wird. Diese Möglichkeit vertritt aber gerade die Leute, die nach einem Stück Marokko schreien, denn sie wollen ja, daß wir in Marokko einen strategischen Stützpunkt gegen Frankreich gewinnen. Wenn dieser militärische Gesichtspunkt geltend gemacht wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch ein Gegensatz entsteht zwischen den französischen und deutschen Kapitalisten, die sich zur Ausbeutung der marokkanischen Erzlager zusammengesetzt haben. Mit kriegerischem Sabelschwung kann die Ausbeutung der Erzschätze nicht erzielt werden.

Als weiteres Argument dafür, daß sich Deutschland in Marokko festsetzen müsse, wird gesagt, Frankreich wolle sich aus der afrikanischen Bevölkerung ein schwarzes Armeekorps bilden, um mit dieser Verhärtung seiner Streitkräfte die Rebangebeir zu vernichten. — Wichtig ist, daß Frankreich die Absicht verfolgt, die Eingeborenen für seine Armee zu verwenden. Bekanntlich sind ja 1870 Zulus und Spahies gegen Deutschland ins Feld geführt worden. Doch das sind Nordafrikaner. Die konnten wohl im heißen Sommer in Europa verwendet werden. Aber die Regier aus dem äquatorialen Afrika, um die es sich jetzt bei dem schwarzen Armeekorps handelt, sind sowohl wegen des europäischen Klimas als auch wegen der europäischen Militärausrüstung in einem europäischen Kriege gar nicht zu verwenden. Die schwarze Armee haben wir also nicht zu fürchten.

Alle Argumente, welche die Marokkopolitiker anführen, sind hinfällig. Weder ein Stück Marokko, noch die halt dessen gebotenen Kompensationen haben für die deutsche Arbeiterklasse und für die deutsche Volkswirtschaft etwas Verlockendes. Wir weisen deshalb solche Geschenke, die nur böse Folgen für uns haben können, entschieden zurück.

Noch ein Gesichtspunkt kommt in Betracht. Man glaubt in der Marokkofrage eine Wappparole gefunden zu haben, die den Regierungsparteien einen ähnlichen Erfolg bringen könnte wie der Hottentottentummel bei den Wahlen von 1907. Aber der Schwindel sieht heute nicht mehr. Doch er auch bei denen nicht zieht, die allenfalls noch darauf hinwirken könnten, dafür müssen wir sorgen. Ich weise noch darauf hin, daß eine so wichtige Angelegenheit wie die Marokkofrage entschieden wird von einem Dreimännerkollegium unter gänzlicher Ausschließung des Volkes und seiner Vertretung. Wir haben deshalb umjomehr Ursache, außerhalb des Parlamentes gegen die Behandlung dieser Frage aufzutreten und auch dagegen, daß eine Reihe bürgerlicher Blätter eine ganz frivole Kriegsbeteihrung betreibt. Gegenüber den gewissenlosen Forderungen der Aubeutecker treten alle anderen Fragen zurück. Wenn jetzt Friedensbeteihrungen laut werden, so darf man nicht glauben, daß die Möglichkeit eines Krieges schon beseitigt ist. Es können immer noch ernste Verwicklungen entstehen. Angesichts dieser Situation ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie ihre Stimme erhebt und mit Nachdruck anspricht: Wir wollen keinen Krieg, am wenigsten wegen einer Sache, die uns nicht den geringsten Vorteil bringt. So lauter und nachdrücklicher wie diesen Ruf erschallen lassen, umso mehr werden wir zur Erhaltung des Friedens beitragen. Es ist erfreulich, daß Kundgebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg schon in vielen Orten stattgefunden haben. — Man hört bei dieser Gelegenheit auch sagen, das Proletariat werde zu unterscheiden haben, ob es sich um einen Angriffs-

oder einen Abwehrkrieg handle. — Die Zeiten sind vorbei, wo Völker durch fremde Feinde überfallen wurden. Bei den heutigen Kriegen und der heutigen Militärausrüstung kann man nicht mehr unterscheiden, wer der Angegriffene und wer der Angreifer ist. Wir sind grundsätzliche Gegner des Krieges. Sollte die gewissenlose und verbrecherische Kriegsbeteihrung der großkapitalistischen und alldeutschen Kreise Erfolg haben, dann dürfte es nicht bei Protesten in Worten bleiben. Es kann sich nicht darum handeln, Demonstrationensammlungen zu füllen, sondern jeder wird mit seiner Person für den Frieden einzutreten haben. Wenn es zur Mobilisierung kommt, so ist es in erster Linie die Arbeiterschaft, die das bitter empfindet. Die Industrie wird lahmgelegt. Große Arbeitslosigkeit ist die Folge. Da zunächst für die Ernährung der Armee gesorgt wird, so steigen die Lebensmittel im Preise ungeheuer. Die Gewerkschaften werden durch eine Mobilisierung sehr empfindlich getroffen. Ihre leistungsfähigsten Mitglieder müssen als Reservisten und Landwehnmänner zur Armee einrücken. Infolgedessen fällt ein großer Teil der Einnahmen an Beiträgen aus, während auf der anderen Seite die Ansprüche an die Kasse wachsen. Auch die Konsumgenossenschaften haben unter einem Rückgang des Absatzes zu leiden. Wir haben in Deutschland über zwei Millionen gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter. Davon würden etwa 600 000 der Mobilisierungsborder zu folgen haben. Sind unsere Anhänger gekulst genug, um in diesem Falle die richtige Lösung zu finden? 1870 haben unsere Genossen nach Sedan einen mutigen Protest erhoben. Aber was unter den damaligen Verhältnissen als eine mutige Tat gelten konnte, das würde heute Feigheit, politischer Selbstmord sein. (Sehr richtig!) Man sieht also, daß die Sache nicht so leicht zu behandeln ist. Mit platonischen Erklärungen kommen wir nicht davon, wenn die Kriegsbeteihrer das Heft in die Hände bekommen. Unsere Parteigenossen müssen diszipliniert und entschlußfähig sein. Wir müssen daran denken, daß unsere Organisation nicht nur eine Maschine zur Verweilung von Wahlen, sondern eine Kampfeinrichtung ist, und daß sie zu handeln bereit ist, wenn der Ernst der Situation an sie herantritt. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Frage des politischen Kampfes in neuer Beleuchtung. Wir müssen immer mit der Möglichkeit rechnen, daß die letzten Fragen der Politik auf einem anderen Gebiete als an der Wahlurne entschieden werden. Wenn wir das unseren Genossen klar machen, wird ihr Geist ein anderer werden. Die Kleinlichkeiten werden dann in unseren Reihen nicht mehr die Rolle spielen, die ihnen heute manchmal noch zugebilligt wird. Man wird sich klar darüber sein müssen, daß uns Situationen aufzulegen werden können, die uns nötigen, außerordentliche Kampfmittel anzuwenden, wie das auch in bürgerlichen Revolutionen der Fall gewesen ist; natürlich mit anderen Mitteln und mit anderer Taktik.

Man darf nicht glauben, daß die Zeit der Kriege vorbei ist. Die tiefenhaften Rüstungen führen notwendig zu kriegerischen Konflikten und die Angst vor der wachsenden Macht des Proletariats zwingt die Regierungen im gegebenen Falle zu einem va banque-Spiel. Wir aber wollen dafür sorgen, daß der Krieg, der dann heraufbeschworen wird, der letzte Krieg ist, der überhaupt zwischen den Kulturvölkern geführt wird und daß nie wieder die Waffen erhoben werden. Das erreichen wir dadurch, daß wir die Genossen, die in unseren Reihen stehen, zu wirklichen zielbewußten und zuverlässigen Kämpfern erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Debatte nahm die Versammlung die im Leitartikel abgedruckte Resolution an.

Bezugnehmend auf die letzten Ausführungen des Genossen Däumig schloß der Vorsitzende Ernst die Versammlung mit einem zweifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

## 12. Verbandstag der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter.

Dresden, 21. August 1911.

Im hiesigen Volkshaus begann heute der 12. Verbandstag des Zentralverbandes der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen neben dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes unter anderem Referate über die Stellung des Verbandes zum Brauerei- und Mühlenarbeiterverbande sowie über Agitation und Organisation. Zur Verschmelzungsfrage mit dem Brauereiarbeiterverband liegen eine Reihe Anträge vor, die den Anschluß an einen größeren Industrieverband verlangen, und zwar soll darüber eine Abstimmung vorgenommen werden. Falls sich hierbei eine Mehrheit für die Verschmelzung ergibt, soll der Hauptvorstand mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Organisationen: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter Deutschlands und Deutscher Holzarbeiterverband in Unterhandlung treten, um eine Verschmelzung anzubahnen. In diesem Sinne haben sechs Verwaltungsstellen Anträge gestellt. Acht Zahlstellen hingegen verlangen, daß alle Anträge, die auf eine Verschmelzung hingingen, abzulehnen sind.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes erstreckt sich auf die drei Jahre 1908—1910. In dem Bericht, der gedruckt vorliegt, wird eingangs daran erinnert, daß nunmehr 25 Jahre seit der Gründung der Organisation verfloßen sind. Im ersten Jahrzehnt entwickelte sich der Verband trotz des niedrigen Beitrages nur sehr langsam. Ende 1897 waren es erst 3700 Mitglieder. Fünf Jahre später 1902 und Ende 1907 konnten 7819 Mitglieder gemustert werden. In den letzten drei Jahren stieg die Zahl der Mitglieder um nur 230, sie betrug 1010 8040. Das bedeutet, daß fast alle in Jahrsfrist, Böttchereien, Weinhandlungen, verbunden mit Kücherei, beschäftigten Gesellen und Arbeiter bereits organisiert sind. Die Weinhandlungen mit Küchereibetrieb sind im überwiegenden Teile ein noch unbedarftes Feld.

Die Agitation war eine intensive. Es sind in der Geschäftsperiode 4380 Neueintritte erfolgt. Diesen stehen aber eine sehr hohe Zahl von Austritten gegenüber, was auf eine lebhafte Fluktuation schließen läßt. Die Hauptursachen der geringen Steigerung der Mitgliederzahl liegen wohl größtenteils in der hinter uns liegenden schlechten Wirtschaftspertode, unter der auch die Küche stark zu leiden hatten.

An Lohnbewegungen war die Periode ziemlich reich. Es fanden 47 Ausperrungen, 11 Ausperrungen und Abwehrstreiks sowie 123 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit insgesamt 4467 Beteiligten ihre Entfaltung. In 58 Fällen kam es zu Arbeitseinstellungen, woran 707 Kollegen beteiligt waren. Von den Streiks und Ausperrungen endeten 12 mit vollem Erfolg, 26 mit teilweisem und 21 ohne Erfolg. Durch förmliche Bewegungen wurden erreicht: für 2966 Kollegen eine Lohnerhöhung um 23 011 M. pro Woche und für 1835 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um 419 Stunden wöchentlich. In 83 Fällen wurden mit den Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen, an denen 2161 Kollegen beteiligt sind.

Der Kassenbericht weist auf Einnahmen und Ausgaben inklusive der Vermögensbestände 715 182,67 M. für die Jahre 1908 bis 1910 auf. An Beiträgen wurden 607 434,52 M. in den Verwaltungsstellen und 8765,80 M. in der Hauptkasse eingezahlt. Von den Ausgaben seien hervorgehoben: Arbeitslosenunterstützung 98 859 M., Krankenunterstützung 191 963 M., Reiseunterstützung 12 118 M. und Streifenunterstützung 63 429 M. Für Agitation wurden 26 451 M. aufgewandt. Das Vermögen stieg in der Periodezeit um 42 558,08 M.; es betrug Ende 1910: 121 018,87 M.

## Aus der Partei.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens wurde Sonntag abend eröffnet. Es sind 75 Delegierte, die Reichstagsabgeordneten und die Landtagsfraktion anwesend, im ganzen 122 Personen. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Pfannkuch vertreten, der eine Ansprache hielt, in der er besonders auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hinwies und die Pflicht des Parteivorstandes gegenüber den erfolgten Angriffen der Presse betonte, alles genügend vorzubereiten, um in dem großen bevorstehenden Reichstagswahlkampf erfolgreich zu bestehen. — Am Montagvormittag 9 Uhr wurde die

Sitzung fortgesetzt. Den Bericht des Zentralkomitees erstattete Genosse Schulze. Der Bericht konstatiert auf allen Gebieten der Parteibewegung einen mächtigen Fortschritt. Die politische Organisation hat um circa 2000 Mitglieder zugenommen, in besonders erfreulicher Weise auch die Zahl der organisierten Frauen. Nach dem Bericht des Kassierers des Zentralkomitees sind die Finanzen gute; man hofft, ohne Hilfe des Parteivorstandes die Reichstagswahlen durchführen zu können. Eine Debatte über die Berichte wurde nicht beliebt. Genosse Sinder mann bespricht dann den neuen Organisationsentwurf. Die Debatte dreht sich vor allen Dingen um drei Punkte. Einmal um die Veranschaulichung der Presse in tatsächlicher und prinzipieller Hinsicht; dann um Abführung von 10 Proz. an die Komitees und drittens um das Stimmrecht der Komitees in den einzelnen Kreisvorstandsitzungen. Die Debatte darüber fällt fast den ganzen Tag aus. Es werden besonders die angeführten Punkte umstritten. Schließlich wird auf Antrag des Genossen Meyer-Leipzig eine Kommission gewählt, die den Entwurf noch einmal durcharbeiten und Dienstag Bericht erstatten soll. Es wird dann noch ein Antrag angenommen, der die Landtagsfraktion beauftragt, Anträge auf Erweiterung des Bauarbeiterclubs in Sachsen einzubringen.

## Eine Entgegnung Maurenbrechers.

Als Antwort auf unsere Notiz über die von Max Maurenbrecher, Hulda Maurenbrecher und Gerhard Hildebrand verfaßte Resolution über unsere Stellung zur Kolonialpolitik sendet uns Genosse Max Maurenbrecher eine Entgegnung, in der er bestrittet, daß es sich um eine Resolution Maurenbrecher handle; sein Freund Hildebrand habe als der Sachkundigere in Kolonialfragen den größeren Anteil an der Formulierung der Resolution. Weiter betont Genosse Maurenbrecher, daß es sich bei Einbringung der Resolution um kein Reklamebedürfnis gehandelt habe; vielmehr sei die maßgebende Ueberzeugung, daß die Haltung der Partei in Kolonialfragen falsch sei und der Partei zum Verhängnis werden könne, für die Einbringung der Resolution maßgebend gewesen. Am Schluß seiner Zuschrift beteuert Maurenbrecher, daß er in aller Seelenruhe es dem „Vorwärts“ überlasse, sich weiter moralisch zu kompromittieren.

Es freut uns, Genossen Maurenbrecher in seiner Seelenruhe nicht gestört zu haben. Wir versprechen dem Genossen Maurenbrecher aber, daß wir auch in Zukunft durch Abweisung parteigenösslicher Kolonialfereien sein Mißfallen erregen, aber wie er sich auszudrücken beliebt, uns „moralisch kompromittieren“ werden.

## Der Sozialismus im Polargebiet.

Das Parteibureau in Chicago wurde von den Genossen in Alaska um die Abendung eines Organisations zu einer Agitationsreise im Eislande ersucht. Gleichzeitig trafen 107 Dollars in Goldstaub ein.

## Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bochum fand am Sonntag in Langendreer statt. Die Organisation in diesem Wahlkreise mit seinen rund 760 000 Einwohnern hat auch im letzten Geschäftsjahre eine erfreuliche Entwicklung gezeigt. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Geschäftsjahres 6274 (darunter 1484 weibliche) gegen 5180 im Vorjahre. In den verschiedenen Orten des Kreises fanden 555 Mitgliederversammlungen und 98 öffentliche Versammlungen statt. Außerdem 11 spezielle Agitationsversammlungen für Frauen und 8 Versammlungen zum Frauentag. An Flugblättern wurden insgesamt verbreitet 561 000, Kalender 30 000 Stück und rund 26 000 Broschüren. Die Gesamteinnahme betrug inklusive 4348 M. Kassenbestand 40 775 M. Die Gesamtausgabe rund 32 775 M. Wobei zu bemerken ist, daß das Geschäftsjahr 15 Monate umfaßt.

Zum deutschen Parteitag wurde der Antrag gestellt, am Tage der Reichstagswahl im ganzen Lande die Arbeit ruhen zu lassen. Als Delegierter zum Parteitag wurde der Parteisekretär Genosse Scheide gewählt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Kassel-Meißungen hat am Sonntag im Gewerkschaftshause zu Kassel stattgefunden. Es waren 90 Delegierte anwesend. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht zählt der Verein 8300 Mitglieder in 40 Orten; die innere Erstarkung der Organisation kommt deutlich in der Abrechnung zum Ausdruck. Es wurden vereinnahmt 19 825,20 M., davon 14 500 M. an Beiträgen. Ausgaben waren in Höhe von 14 858,91 M. vorhanden, so daß ein Kassenbestand von 5466,29 M. verbleibt.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde von der Versammlung eine scharfe Protestresolution gegen die Marokko-Kriegsbeteihrung angenommen. Darin heißt es, daß die Versammelten jedwede koloniale Raub- und Beutepolitik verwerfen und die sofortige Einberufung des Reichstages zur Mitentscheidung fordern. Weiter fand eine Resolution an den Parteitag in Jena Annahme, in der die Reichstagsproktion ersucht wird, sofort nach Zusammentritt des Reichstages im Interesse des notleidenden Volkes, namentlich auch der Kleinbauern und Viehzüchter, zu beantragen die Aufhebung der Zölle auf Getreide, Futtermittel, Schlachtvieh und Fleisch, eine Änderung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaffungsgesetzes, durch die die Einfuhr von fleischem und zubereitetem Fleisch schlandes erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird, und endlich die Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Schlachtvieh unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Seucheneinführung gefordert wird.

Zum Parteitag wurde der Genosse Strube-Kassel delegiert.

Nach dem Bericht des Parteivorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Dortmund-Soerde an die Generalversammlung wurden im verfloßenen Jahre 2927 männliche und 556 weibliche Mitglieder neu aufgenommen. Durch die große, im Bezirk herrschende Fluktuation hat sich der Mitgliederbestand aber nur um 458 Mitglieder vermehrt. Am 30. Juni war ein Mitgliederbestand von 9073, nämlich 7418 männlichen und 1655 weiblichen Mitgliedern, vorhanden. Die Mitglieder sind über 68 Jährigen im Wahlkreise verteilt. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 59 143,77 M. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß über 30 000 M. Die Einnahmen aus Beiträgen sind im Jahre um 5679 M. gestiegen. Es haben insgesamt 82 öffentliche und 600 Mitgliederversammlungen stattgefunden. Außerdem fanden noch 294 Bezirksfestungen in den Bezirken der Stadt Dortmund statt. In den Mitgliederversammlungen sind 294 Vorträge gehalten worden. Von den öffentlichen Versammlungen waren 26 besonders für Frauen einberufen. An Flugblättern, Broschüren, Kalendern, Extranachgaben der „Arbeiterzeitung“ und sonstigen Drucksachen sind 731 910 Nummern verteilt worden. Es fanden 128 Zeitungsoptionen statt, wobei ca. 3000 neue Abonnenten gewonnen wurden. Durch die schon erwähnte Fluktuation ist der Abonnentenstand jedoch nur um 512 gestiegen. Die Beteiligung an der Kaiserfeier war stark, ebenso stark wie im Jahre vorher, wo die Feier auf einen Sonntag fiel. Bei den Gemeinderatswahlen machte die Partei Fortschritte und eroberte neue Mandate. Ingesamt hat der Wahlkreis 87 sozialdemokratische Gemeinderäte oder Stadtvorordnete und zwar 5 in den Städten Dortmund und Lünen, alle übrigen in den Landgemeinden.

Der Jahresbericht für den 11. badischen Reichstagswahlkreis meldet im Gegensatz zum Vorjahre erfreuliche Fortschritte im Mitgliederbestande und in der Zahl der Leser der Parteipresse. Während die Mitgliederzahl am 1. Juli 1910 5830 betrug, mußte die Wahlkreisorganisation am 30. Juni 1911 7204 Mitglieder, darunter 564 Frauen. Die Kreisorganisation ist eine fast lückenlose, in 80 von 83 Orten des

Kreisliche beisehen selbständige Mitgliedschaften. Die Zahl der Abonnenten der „Mannheimer Volksstimme“ hat im Berichtsjahre eine Zunahme von 1122 zu verzeichnen.

In den Rassenverhältnissen der Kreisorganisation ist gegen das Vorjahr eine merkliche Besserung eingetreten. In Beiträgen wurden 9488 mehr abgeführt als in der Berichtsjahre des Jahres 1909/10. Den Beitragsmarkenumsatz der letzten drei Jahre veranschaulicht die Zahlen; er betrug für: 1908/09 87 677, 1909/10 98 419, 1910/11 68 908 Monatsbeiträge. — Der Rassenbestand der Kreisliste hat sich um 895,86 R. gehoben und unseren Reichern wurden 600 R. zugeführt. Das Barvermögen der Kreisliste beträgt 2888,46 R., in den Mitgliedschaften sind 4758,84 R. bares Geld vorhanden, so daß dem 11. Kreis 7747,10 R. an Vermitteln zur Verfügung stehen. Unbefriedigend ist der Umfang von Extrabeiträgen.

Während der Berichtsperiode wurde eine umfangreiche Werbearbeit für die Organisation betrieben und lebhaft agitatorische Arbeit geleistet. In 25 öffentlichen Versammlungen wurden die aktuellen politischen Vorgänge des letzten Jahres beleuchtet. Die der Bericht betont, sind alle Anzeichen vorhanden, daß im kommenden Geschäftsjahre die Arbeit eine sehr umfangreiche werden wird. Die Wahlkämpfe werden eine ziemlich Festigkeit annehmen, denn heute schon arbeitet das Zentrum mit Hochdruck, um zu ermöglichen, daß wir nicht schon im ersten Wahlgang das Reichstagsmandat erhalten, sondern in die Stichwahl gedrängt werden. Ist dies erreicht, dann soll unser feilheriger Vertreter aus dem Reichstag hinausgewählt werden; an der Zentrumsunterstützung würde es hierbei sicher nicht fehlen. — Haben wir zu irgendwelchen Befürchtungen keinerlei Anlaß, so haben wir aber auch keine Ursache, uns allzu großer Siegeszuversicht hinzugeben, vielmehr macht es die Situation allen Mitgliedern zur Aufgabe, aufklärend zu wirken, neue Kämpfer zu werben. Tut hierin jeder einzelne seine Pflicht, dann

braucht vor den kommenden Kämpfen nicht lange zu sein; wir werden dieselben stets mit Erfolg bestehen.

Aus dem Jahresbericht des Bezirksverbandes der Provinz Ostpreußen geht hervor, daß von den 17 vorhandenen Reichstagswahlkreisen 11 Wahlkreise Kreisorganisationen besitzen. Diese 11 Kreisvereine und die übrigen nichtorganisierten Wahlkreise haben insgesamt 7317 Mitglieder, darunter 1106 weibliche. Wegen des Vorjahres ist eine Zunahme von 1740 Mitgliedern zu verzeichnen. Unter den Mitgliedern befinden sich über 2000 Landarbeiter. Daß die Kreisvereine sich auch finanziell sehr gut entwickelt haben, geht daraus hervor, daß sie aus ihren Einnahmen von Mitgliederbeiträgen 2870,20 R. an die Zentralkasse, 688,65 R. an die Bezirkskasse, 1817,25 R. zu den Kosten des „Landboten“, insgesamt also 5376,10 R. zahlen konnten. Im Vorjahr betrug diese Summe 3884,66 R.

Der Kreisverein Königsberg-Stadt trug die Kosten für die sehr umfangreiche Agitation selbst, ohne irgendwelche Zuschüsse. Zwei Kreisvereine brauchten zur allgemeinen Agitation geringe Zuschüsse. Die anderen Organisationen erforderten größere Zuschüsse. Auf dem Lande und in den kleinen Städten wurden 65 000 Kalender, 48 000 sonstige Flugblätter sowie 4500 Broschüren verbreitet. Der Bezirkssekretär machte 58 Agitationstouren zu Versammlungen, Besprechungen, Rassenrevisionen und Abrechnungen. Im Bezirkssekretariat wurde in 884 Fällen mündlich, in 813 Fällen schriftlich, im ganzen in 697 Fällen Rat und Auskunft allein an die Landbevölkerung erteilt.

In allen 17 Wahlkreisen sind nur 11 Versammlungslokale für die Partei vorhanden. In einigen Wahlkreisen gelang es jedoch, eine Reihe von Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, die in der Hauptsache von der Landbevölkerung zahlreich besucht waren. In dem rein agrarischen Wahlkreise Labiau-Wehlau

wurde das Abhalten von Versammlungen unmöglich gemacht. Mitgliederversammlungen wurden von der Polizei als öffentliche geimpelt und erfolgte wegen Nichtanmeldung Bestrafung. Zu Versammlungen unter freiem Himmel wurden trotz günstiger Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts die Genehmigungen von Amtsvorstehern, Landrat und Regierungspräsidenten verweigert. Über trotzdem stieg die Mitgliederzahl in diesem Wahlkreise um 181. Verfolgungen durch unsere Gegner und durch die Behörden hatten unsere Genossen auch in den anderen Kreisorganisationen zu erdulden, trotzdem hat die Bewegung fast überall ganz bedeutende Fortschritte gemacht und stehen die vorgeschrittenen Organisationen zum Wahlkampf gerüstet da.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**  
„Ein Bildchen aus dem Rechtsstaat.“  
Unter dieser Überschrift veröffentlichte am 7. November 1910 die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, worin mit Bezug auf einen gegen unser Elberfelder Parteiorgan geführten Prozeß wegen Beleidigung von Polizeibeamten die Tatsache erwähnt wurde, daß der ehemalige Bürgermeister Pfeiffer mit in diesem Prozeß vernommenen Polizeibeamten vorher Rücksprache genommen hatte, so daß die Aussagen der Polizeibeamten infolgedessen nach einer Schablone erfolgten und der Redakteur verurteilt wurde. Diese Aussagen standen aber in striktem Gegensatz zu denen der Zivilzeugen. Es seien also, so hieß es, zahlreiche Fälschungen geleistet worden. Es wurde nun gegen den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Herze, Anklage wegen Beleidigung erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht Leipzig wurde erörtert, daß Bürgermeister Pfeiffer später aus seinem Amt entlassen worden ist. Das Landgericht erkannte auf eine Geldstrafe von 150 R. Dem Bürgermeister Pfeiffer sei der Vorwurf gemacht worden, er habe die Polizeibeamten zu objektiv falschen Aussagen verleitet.

Als Verlobte empfehlen sich  
**Alwine Lübecke**  
**Franz Marquardt**  
Hixdorf.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Frankfurter Viertel.  
Bezirk 307.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler

**Karl Kühne**  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

**Stralauer Viertel.**  
Stadth. 177 b. Wahlkr. 350 I.  
Berner starb unser Genosse, der Schneider

**Emil Melchert**  
am 20. August.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Hilfste Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

**Karl Kühne**  
am 19. August verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 20. August, verstarb unser Genosse, der Schenkwirt

**Ernst Krummreich**  
Stralander Str. 67.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Pioniergemeinde in Korbend statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hobler

**Friedrich Schneider**  
am 16. August durch Selbsttod gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Richterberger Gemeinde-Friedhofes in Wargolz aus statt.

Rege Beteiligung erwartet  
191/18 Die Ortsverwaltung

Hierdurch mache ich allen Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann

**Gustav Fues**  
am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, verstorben ist.

Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 5 Uhr in Friedrichsfelde statt. 1916

Am Sonnabend, den 19. d. M., verstarb plötzlich unser Kollege

**Gustav Fues**  
im 51. Lebensjahre.

In der Blüte des Lebens dahingerafft, verlieren wir in dem Verstorbenen einen lieben und wertvollen Kollegen, dessen Andenken wir allezeit in Ehren halten werden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1905

Die Beamten der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute usw.

**Verband der Bureauangestellten**  
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Am Sonnabend verstarb unser Mitglied

**Gustav Fues**  
Kassenangestellter (D. R. R. der Kaufleute).

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Gustav Fues**  
am 19. d. Mts. im Alter von 31 Jahren verstorben ist. 7074

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

**Gustav Untermann**  
am 19. August gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk I.

Den Brüdern zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Karl Mischler**  
am 19. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
254/18 Der Vorstand.

**Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.**  
(E. D. Nr. 2 Hamburg.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer

**Karl Mischler**  
Stoßmannstr. 17 wohnhaft, am 18. August verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
233/8 Der Vorstand. Bezirk B.

Am 19. d. Mts. 5 Uhr früh, verstarb nach langem schweren Leiden mein lieber Gatte und Vater, der Tischlermeister

**Johannes Bosse.**  
Dies zeigen tiefbetrubt an Die trauernde Witwe Anna Bosse nebst Tochter.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. d. Mts. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marien-Kirchhofes, Hübende, aus statt. 1906

**Gesucht**  
Radfahrer als Vertreter

für Berlin und Umgegend, welche fleißig und gesund sind, um mit ihrem eigenen Zweirad, in einem ihnen vuzustellenden Bezirk, wo zirka 1000 Familien wohnen, jeder Familie unsere Artikel

feinste Margarine und vollfetten Margarine-Käse, von 1 Pfund an, wöchentlich frisch ins Haus zu bringen. Es wird angemessene Provision vergütet und ein Minimal-Einkommen von 150 Mark monatlich garantiert, doch kann sich dieses bei genügender Fleiß in wenigen Monaten auf den doppelten Betrag steigern.

Offerten mit Angabe des Alters, bisherigen Lebenslaufes und Aufgabe von Referenzen und ob kautionsfähig an 195b

Altonaer Margarine-Werke  
Mohr & Co. G. m. b. H.  
Altona-Ottensen.

**Pollmanns Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Vohringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen  
Eigene Werkstatt.

**Beellen Sie sich**  
u. besichtigen Sie die letzten 17 Parzellen in Zepernick

die ich a. Lill. verk. Plane grat. J. Rieger, Berlin, Gostardstr. 5.

# Zur Einsegnung

## Schwarze Anzüge

Satin - Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Corkkrew und Tuch - Gewebe	M. 45.-	40.-	36.-	30.-	27.-
	M. 24.-	21.-	18.-	15.-	12.-

## Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn - Cheviots, Foulés, Meltons in glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen blauen Farben.	M. 45.-	36.-	30.-	27.-	24.-
	M. 21.-	18.-	15.-	12.-	10.-

## Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-Auswahl. Schöne Fassons.

	M. 36.-	30.-	25.-	20.-	15.-	9.-
--	---------	------	------	------	------	-----



**Sehr preiswert** Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst

# BaerSohn

## Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30	□	11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20	□	Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 42 auf Wunsch kostenfrei.

**Buechhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.  
(Laden).

**Die Frauen und der politische Kampf**  
Von Luise Fieb

Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei  
Preis 20 Pfennig

**Hermann Fischers billigste Särge**  
Hirshenstr. 111, früher Hixdorf. Tel.

**Sofastoffe**  
Rechenauswahl aller Qualitäten.

Woll- Reste! Moquette, Plüsch- Reste! Satteltaschen.  
Muster bei näherer Angabe franko.  
Berlin Süd, 158.  
Emil Lefèvre, Oranienstr.

Reparaturen. Spez.: Unerkülich laubere Reklur für Schüler, Zondbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Besondere Vorteile und eventuelle Ratensahlung für Vorwärts-Abonnenten. Unvergleichlich ebende Annehmungen.  
**Emil Toussaint.**  
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Kochstr. 116.

**Warnung!**  
Trotz wiederholten Hinweisen sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:  
**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**  
(ges. geschützt 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Beziehungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzutellen, damit ich dagegen einschreiten kann.  
**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3901.)**

# Deutscher Tabakarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, 23. August, abends 8 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35 (Zentrum):

## Große öffentl. Tabakarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen Groß-Berlins zu einer Lohnerhöhung resp. einem Lohntarif? Referent: Gauleiter Riesel. 2. Diskussion. Angesichts der brennenden Wichtigkeit der Frage ist es Pflicht namentlich aller in Zigarrenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, zu dieser Versammlung zu erscheinen! Die Ortsverwaltung. J. H. Wilm Schulze.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (im großen Saale), am Friedrichshain 16/23:

## Fortsetzung der General-Versammlung

vom 14. August d. J.

Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarten für Vertrauensleute kein Zutritt. Besondere Einladungen werden zu dieser Versammlung nicht versandt.

Die für den 24. August angesetzte Versammlung der Kleinverer fällt aus.

## Graveure, Ziseleure.

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Korona-Prachtsälen“, Roumaniantenstraße 72: 121/17

## Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen H. Schütte über Ludwig II., König von Bayern. Diskussion. Beschließendes. Regte Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2, Hamburg.) Certif. Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Kassenangelegenheiten. Der Vorstand. 253/9\*

## Gesangverein „Lorbeerkrantz“

feiert sein 25 jähriges Stiftungsfest am Sonntag, den 26. August 1911 in der Königabank, Große Frankfurt Str. 117. 1906

Freunde und Bekannte ladet ein Das Komitee.

## Arminhallen Kommandanten-straße 58-59. Festsäle Sonnabende und Sonntage frei. (Amt IV 10153.)

## Zur Einsegnung Anzüge

aus schwarzem Kammgarn, ein- u. zwei-reihig verarbeitet  
14<sup>00</sup> 16<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 20<sup>00</sup>  
22<sup>00</sup> 24<sup>50</sup>

## Anzüge

aus blauen Cheviot- u. Kammgarnstoffen, zwei-reih. vorarb.  
15<sup>00</sup> 17<sup>00</sup> 19<sup>00</sup>  
21<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> 27<sup>00</sup>  
29<sup>00</sup> 45<sup>00</sup>

## Prüfungsanzüge

in größter Auswahl!  
Anfertigung nach Maß innerhalb 24 Stunden

## M. Schulmeister

Herren- und Knaben-Konfektionshaus  
Dresdener Str. 4 Berlin SO. 26 Dresdener Str. 4  
Eckh. u. Kottbuser Tor Eckh. u. Kottbuser Tor

Kataloge porto- u. kostenfrei.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

## Neuerscheinungen!

### Russische Gefängnisse

Von Wera Figner  
Preis 75 Pf.

### Das neue Reichs-Wertzuwachssteuer-Gesetz

vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm

Von Paul Göhre  
Preis 75 Pf.  
Verbandsausgabe 25 Pf.

### Die Frauen und der politische Kampf

Von Luise Ziets.  
Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei  
Preis 20 Pf.

### Kaiser Kanzler Zentrum

Deutscher Verfassungsjammer und kirchlicher Byzantinismus  
Von J. Meerfeld  
Preis 75 Pf.  
Verbandsausgabe 20 Pf.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Goldgießerdamm. — Amt VII, 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Telefon für alle Krankentafeln.

### Noch 2 Parzellen à 750 M.

(kleine Anzahlung) in Mahlsdorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pf.-Fahrt v. Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, w. Hoppegarten, Neuhagen etc. Plätze gratis, Vertreter täglich, auch Sonntags am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

## Große Firma

bergribt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren

auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kaffeezer. Größe S. 100. „Verständ“-Expedition, Auguststr. 50.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 23. August, abends 8 Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Eingang B, parterre, Zimmer 5 (Arbeitsloftsaal).

Bei der besonderen Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Betrieb der Branche ohne Vertretung sein.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenleitung.

# Reste

Rustertupons, „Herbst-Reichlein“ für Knöpfe, Kostüme, Peter 3, 4 Karl. Tuchlager-Gesellschaft m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, b. Petrifische.

## Kennen Sie sie?

Wenn nicht, dann besichtigen Sie die Villen-Kolonie Karow, d. aussichtsreichste Gartensiedlung an d. Stettiner Bahn. 20-Pf.-Fahrt 300-600 M. Anzahlung genügen. Pläne gratis. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.



Selowsky's  
**Victoria-Cigarette**  
Neue 5-Pf.-Spezial-Marke  
Das Vollendetste in Qualität, Ausstattung und Arbeit

Neu eröffnet!  
**Residenz-Festsäle**  
Landsberger Straße 31.  
Empfehle meine vollständig renovierten Säle mit großer Theaterbühne, Vereinszimmer, Säle für Hochzeiten und Versammlungen, sowie die vier Kegelbahnen.  
Richard Stumpf eröffnet Ende August dieses Jahres die Tanzstunde. Max Meyer.

**MANOLI**  
Cigarettes  
Beliebte Specialmarken  
**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**

**Réunion-Cigaretten**



Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name „Réunion“

Spezialmarken:  
Viveta 8b 2 Pfg.  
Lookout 3 „  
Flagship 4 „  
Viveta-Crème 5 „

Wer einmal **Haloppi** probiert, raucht keine andere Cigarette mehr!  
Man verlange deshalb überall die Marke „Haloppi“  
Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Kreis-Generalversammlung des Kreises Spandau-Potsdam-Orhavelland.

In der Kreis-Generalversammlung am Sonntag im Seefeld, im Lokal von Nikolai, gab der Kreisvorsitzende Genosse Sohn-Bierl zunächst den Bericht des Vorstandes. Aus demselben ist zu entnehmen: Zu geschäftlichen Erledigungen waren im verfloffenen Jahre 30 Sitzungen erforderlich. Der Rarische Landbote wurde in 11 650 Exemplaren, der polnische Kalender in 665 Exemplaren, der Schiffer-Kalender in 666, „Die Fadel“ in 43 600 Exemplaren verteilt. Ferner wurden verteilt 343 850 Flugblätter. Sozialdemokratische Stadtverordnete sind vorhanden in Spandau 3, sozialdemokratische Gemeindevorsteher haben Bornstedt 1, Bölow 2, Gladow 2, Hennigsdorf 3, Marlow 3, Tiefwerder 1, Velten 4 und Weshofen 2. Die Beteiligung an der Kreisfeier war eine verhältnismäßig starke. Die sozialdemokratische Presse wurde gelesen: „Vorwärts“ 1580 gegen 1325 im Vorjahre, „Brandenburger Zeitung“ 2145 gegen 2101 im Vorjahre. Der „Wahre Jakob“ wurde in 976, die „Neue Zeit“ in 10, die „Gleichheit“ in 104 Exemplaren gelesen. In den Berichtsorten wurden im letzten Jahr 149 Vorstandssitzungen, 108 Kreisversammlungen und 70 öffentliche Versammlungen abgehalten. Bildungsausschüsse bestehen 7, welche 74 Veranstaltungen unternahmen. Die Jugendauschüsse haben sich von 7 auf 8 vermehrt. Die Mitgliederzahl der Wahlvereine betrug 2577 männliche gegen 2460 im Vorjahre und 292 weibliche gegen 255 im Vorjahre. Gewerkschaftlich organisiert waren 9015 Personen gegen 8700 im Vorjahre. Den Stassenbericht gab an Stelle des verhinderten Kreisvorsitzenden Genosse Stahl der Genosse Dornig. Die Einnahmen betrugen 7144,22 M., die Ausgaben 6503,56 M., Ueberschuß 1340,66 M. Dazu Bestand vom Vorjahre 2091,00 M., ergibt einen Kasseebestand von 4331,75 M. Nach längerer Debatte gelangte folgender Antrag des Genossen Paris-Vellen zur Annahme: „Im Herbst ist möglichst in allen Orten des Kreises eine energische Hausagitation für die Parteipresse vorzunehmen.“ Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind anwesend 24 Delegierte, der Kreisvorstand, die Revisoren, 1 Vertreter der Prek-Kommission, 1 Vertreter des Jugendauschusses, 2 Vertreter der Agitationskommission, 1 Vertreter des „Vorwärts“ und 1 Vertreter der „Brandenburger Zeitung“. Ein Antrag Vellen, Mitgliedsbeiträge länger als eine Woche krank oder erwerbslos sind, sind während dieser Zeit vom Beitrag befreit, wurde nach längerer Debatte mit Stimmengleichheit abgelehnt. Bezüglich eines Anerbietens der Berliner Arbeiterbildungsschule, daß 15 Genossen aus dem Kreise an 4 Kurzen des Reichstagsseminars teilnehmen können, entschloß sich die Versammlung dahin, daß zunächst die Ortsvereine dazu Stellung nehmen und dann dem Kreisvorstand geeignete Vorschläge machen sollen. Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung, Reichstagswahlen, referierte an Stelle des verhinderten Genossen Dr. Liebnicht der Genosse Schubert. Er schildert in kniffliger Rede die allgemeine politische Lage, namentlich die Marokko-Angelegenheit und meinte, daß das Hauptgewicht der Agitation auf die Hauptwahl zu legen sei. Man solle es dem Wahlkomitee überlassen, wann mit dem Wahlkampf begonnen wird. An diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Ueber Provinzial-Konferenz und Parteitag referierte ebenfalls Genosse Schubert. Folgende von ihm eingebrachte Resolution gelangte nach längerer Debatte zur Annahme: Die Parteigenossen werden aufgefordert, um den Kampf der Regierung gegen die sozialistische Jugend zu machen, ihre Kinder aus den bürgerlichen Vereinen herauszugreifen. In den Kreis-Vorstand wurden gewählt die Genossen Schubert zum 1. Vorsitzenden, Pieper zum 2. Vorsitzenden, Stahl zum 1. Kassierer, Dornig zum 2. Kassierer, Grögerchen zum Schriftführer, Böhle und Richardt zu Revisoren. In Revisoren wählte die Versammlung die Genossen Paris, Stab und Lehmann. In die Prek-Kommission wurden die Genossen Stab, Dolibois und Winter, zum Obmann des Jugendauschusses der Genosse Dolibois gewählt. Ein Obmann des Bildungsausschusses wurde nicht gewählt, sondern es wurde beschlossen, daß der Bildungsausschuß des größten Ortes, das ist Spandau, den Obmann stellt, der sich mit dem neugewählten Bezirks-Bildungsausschuß zwecks Regelung einheitlicher Vorträge in Verbindung setzen soll. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Dr. Karl Liebnicht und Schubert und als Ersatzmann Genosse Stahl gewählt. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wählte die Versammlung die Genossen Dol-

bois, Fielich und Stab. Als Obmann der Lokalkommission fungiert weiter der Kreis-Vorsitzende. Als Ort der nächsten Kreis-Generalversammlung wurde Rauen gewählt. Nach einigen Schlussworten schloß Genosse Schubert um 1/2 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Zweite Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals.

Berlin, 21. August 1911.

Am Montag trat die von 59 Delegierten inkl. dreier Vorstandsmitglieder besuchte Konferenz, die insgesamt 2328 Mitglieder vertreten, im Saale des Gewerkschaftshauses zusammen. — Die General-Kommission war durch Umbreit vertreten.

Stadtver. Manasse Berlin begrüßte die Erschienenen namens der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion mit dem Wunsche, daß die Konferenz dazu beitragen möge, daß das echte proletarische Zusammengehörigkeitsgefühl sich unter dem Pflegepersonal mehr ausbreite und dadurch der Ständedünkel ausgerottet würde. — Gemeindevertreter Dhl-Reinholdsdorf begrüßte ebenfalls die Delegierten.

Es erhält nunmehr Herr Dr. med. Kabe das Wort zu seinem Vortrage über die Krankenpflege. Redner schilderte, wie aus der Samariterpflege der Geistlichkeit früherer Zeit sich die moderne Krankenpflege entwickelt habe. Die moderne Krankenpflege kennzeichnet sich erstens durch das Eindringen des weltlichen Pflegeelements, zweitens durch den großen Einfluß, den staatliche und soziale Erscheinungen auf die Medizin ausüben, drittens durch die Anwendung der medizinischen Technik auf die Krankenpflege. Analog diesen Fortschritten sei heute eine theoretische und praktische Ausbildung des Pflegepersonals notwendig, denn der Pfleger sei zu einem Gehilfen des Arztes geworden. Redner verarbeitete sich dann weiter über die Beschaffung der Krankenzimmer, auf Ernährung und Behandlung der Patienten, übertragen, beobachten, anfassen und umbeten der Kranken usw. Die weiteren Ausführungen trugen den Charakter eines instruktiven Lehrvortrages für das Pflegepersonal, der sich auf die Krankenpflege, auf die Krankheitsverhütung wie auf die Desinfektionslehre bezog.

Ueber die Irrenpflege referierte Herr Oberarzt Dr. Juliusburger. Redner betonte, daß um die Mitte des letzten Jahrhunderts eine Veränderung in der Ansicht über die Geisteskrankheit und in der Irrenpflege eingetreten sei. In früherer Zeit glaubte man, der Geistesranke sei ein böser, von Dämonen beherrschter Mensch, der nur durch moralischen und physischen Zwang geheilt werden könne; heute weiß man, daß Geisteskrankheiten aus Defekten im Gehirn resultieren und dem angepaßt ist heute die Irrenpflege.

Der Redner entwickelte die Leistungen des Gehirns und erläuterte die Zusammenhänge, die das Gehirn mit dem Seelenleben hat.

Im weiteren verbreitete sich der Redner über die durch die Erkenntnis der Krankheit bedingte veränderte Behandlung der Kranken. Arzt und Pflegepersonal müssen in der Irrenpflege viel Geduld haben und üben, sie müssen ein offenes Ohr und Zeit für den Kranken und seine Klagen haben. Auch kann das Pflegepersonal gut wirken, wenn es die Kranken zu einer nützlichen Beschäftigung anleitet, wodurch eine wohlthuende Ablenkung ihres kranken Zustandes erzielt werden kann. — Es muß neben der körperlichen auch die seelische Behandlung der Kranken gefördert werden. Es muß ferner versucht werden, den Kranken neue Lebensziele und Inhalt zu geben und durch Vorträge nach Reizung der Individuen über Fragen der Kultur, über Religion, Politik, Stand der Arbeiterbewegung usw. das Interesse aufs neue zu wecken, um einerseits den Kranken in der Anstalt das Leben angenehmer zu gestalten und andererseits den entlassungsfähigen Kranken eine Stütze und Vorbereitung für das neue Leben zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Ueber Wadewesen und Radiumbehandlung referierte dann Dr. Fürstenberg-Berlin.

Seine instruktiven Ausführungen wurden sehr wirksam durch Lichtbilder unterstützt. Der Vortragende erklärte die Wirkung der Radiumbehandlung, die vorzüglich sich bewerte, obgleich es auch kein Allheilmittel sei. (Lebhafte Beifall.)

Ueber die rechtliche Stellung des Pflege-

personals sprach sodann Niede-Wilmersdorf. Er bezeichnete das Pflegepersonal als Stiefkind der Sozialgesetzgebung. Zum Teil untersteht das Pflegepersonal der Gemeindeordnung, teils dem bürgerlichen Gesetzbuch und zum Teil noch der Gemeindeordnung. Das hat dazu geführt, daß selbst in einigen städtischen Badeanstalten, die doch der Gemeindeverwaltung unterstellt sind, das weibliche Personal länger am Sonnabend beschäftigt wird, als wie es die Gemeindeordnung erlaubt.

In den Hamburger Krankenanstalten wird dem Personal die rechtliche Stellung, die das bürgerliche Gesetzbuch ihnen gibt, durch die Hausordnungen der Anstalten arg geschnitten. In weiteren Beispielen erörtert Redner die Unfallgefahr des Pflegepersonals und die Notwendigkeit der staatlichen Schaffung eines Unfallgesetzes für das Pflegepersonal.

Eine Debatte fand nicht statt, doch wurden nachstehende Leitsätze einstimmig angenommen:

Das gegenwärtige Rechtsverhältnis des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals entbehrt jeglicher Einheit. Durch die verschiedenartige Unterstellung unter die Gemeindeordnung bzw. bürgerliches Gesetzbuch oder sogar Gemeindeordnung ist eine äußerst ungünstige Rechtslage geschaffen. Es muß deshalb von der Gesetzgebung gefordert werden, daß das gesamte Personal der Reichs-Gemeindeverwaltung unterstellt wird. Damit ist aber auch gleichzeitig die Aufhebung der im § 154 der G.-O. für Heilanstalten und Bäderanstalten enthaltenen Ausnahmegesetzgebungen bedingt, um das Personal nicht der in den §§ 133 bezw. 139a enthaltenen Bestimmungen verlustig gehen zu lassen.

Die im § 160 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Befreiung von der Versicherungspflicht ist für das Personal eine Zurücksetzung den sonstigen Versicherten gegenüber. Die als Belegstellungen der Krankenkassen vorgesehene Krankenliste birgt eine nicht unwesentliche Schädigung den übrigen Versicherten gegenüber in sich. Die Beseitigung dieser Einschränkung ist deshalb notwendig.

Den vielen Gefahren gegenüber, welchen das Pflegepersonal zurzeit ausgesetzt ist, bestehen weder ausreichende Schutzmaßnahmen noch sonstige gesetzliche Bestimmungen, um den Angestellten bei eintretenden Unfällen eine ausreichende Entschädigung zu gewährleisten. Von den gesetzgebenden Körperschaften ist infolgedessen die Ausdehnung der gesetzlichen Unfallversicherung für das gesamte Personal zu fordern.

In letzter Stunde referierte Dittmer-Berlin über Prüfungsbedingungen, worüber wir morgen berichten werden.

Die Sitzung wurde am Dienstag abgehalten.

Soziales.

Ziegelarbeiter.

In den schlechtgelohnten Arbeitern mit schwerer und langer Arbeitszeit gehören unstreitig die armen Ziegelarbeiter, die gar schwer zu organisieren sind. Deshalb muß man ihre sozialen Verhältnisse doppelt beachten, zumal ihre Zahl eine ganz gewaltige ist. Der uns vorliegende Bericht der Ziegel-Berufsgenossenschaft für 1910 erwähnt, daß die Zahl der beschäftigten Ziegelarbeiter von 200 000 auf 268 346 gestiegen sei. Dagegen hat die Zahl der Betriebe gegen das Jahr 1909 wieder erheblich abgenommen. Während im Jahre 1909 noch 11 192 Betriebe geführt wurden, ist diese Zahl auf 10 875 gesunken. Das Großkapital macht sich also immer fühlbarer. Die beitragspflichtigen Löhne sind um mehr als 9 Millionen Mark gestiegen. Dies findet seine einfachste Lösung in der Steigerung der Arbeiterzahl. Der Bericht erklärt aber, daß auch „ein weiteres Steigen der Arbeitslöhne“ neben einer „Schwach einsetzenden Besserung in den Abfahrtsverhältnissen“ beobachtet worden sei. Berechnet man aber die Durchschnittslöhne der beschäftigten Arbeiter, so kann man wahrlich nicht gut von einer gesunden Steigerung der Arbeitslöhne reden. Im Jahre 1909 betrug der Durchschnittslohn eines Ziegelarbeiters 708 M. und im Berichtsjahre ganze 722 M. pro Jahr. Bei schwerer und langer Arbeitszeit und oft widerlichen Logisverhältnissen ein Lohn von 722 M. in diesen teuren Zeiten! Jubelnd verkündet der Bericht, daß seit Bestehen der Genossenschaft zum ersten Male eine „fühlbare Verminderung“ der Rentenlasten eingetreten sei. Nicht allein die Unfälle sind an der Zahl zurückgegangen, sondern auch „die durch die Sektionsvorstände ausgeübte Kontrolle der Rentenempfänger“ habe den Rückgang verursacht. Die meisten Verletzten

Kleines feuilleton.

Eine literarische Vorausschau des englischen Generalstreiks. Die jetzigen Vorgänge in England sind nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ schon vor Jahren geschilbert worden. Ein Dichter — in diesem Falle ein sozialistischer — war wieder ein Seher, nämlich der geniale William Morris, der in seinem auch in Deutsche überfetzte Roman „Neues aus Widdensland“ in dem Kapitel „Die der Umwälzung eintret“, den Ausbruch des Generalstreiks und seine Folgen mit glänzender Phantasie beschrieb, als sei er dabei gewesen. Er verlegt ihn allerdings erst in das Jahr 1952. Der Eisenbahnverkehr stockte, die Telegraphendrähte wurden nicht bedient; Fleisch und Gemüse, das zu Markt gebracht worden war, blieb zusammengepackt liegen und war dem Verderben ausgeliefert; die Familien von Familien aus dem Mittelstande, die für ihre nächste Nahrung gänzlich von den Arbeitern abhängig waren, machten durch ihre tatkräftigen Mitglieder mühsame Anstrengungen, sich die täglichen Bedürfnisse zu verschaffen usw.“ Es wird dann erzählt, wie zuerst die Streikenden, dann aber kräftige Leute aus den besitzenden Klassen die Wäckerläden plündern, wie die Tory-Regierung, welche die liberale abblüht, mit Waffengewalt nicht ausreicht und endlich nach einem Bürgerkrieg die von einem „Wohlfahrtsausschuß“ geleiteten Arbeiter den Sieg erringen und eine neue Gesellschaftsordnung einführen.

Som Wagnertheater in Bayreuth. Am letzten Sonntag wurden die Bayreuther Festspiele mit der Aufführung des „Parsifal“ beschlossen. Es ist diesmal infolge ein glänzendes Geschäft erzielt worden, als nicht bloß zu sämtlichen zwanzig Vorstellungen alle Plätze im vornhinein verköhlet worden waren; man mußte sich sogar entschließen, auch in den Wagnerischen Privatlogen noch zwei Reihen Verkaufsplätze herzurichten. Darüber gerieten nun gewisse Drahtzieher für Wagners glückliche Erben vor Entzücken aus dem Häuschen. Es sei nämlich — so qualen sie — gleichzeitig auch zum allerersten Male der „nationale“ Charakter der Festspiele zutage getreten; denn nach den genannten statistischen Aufstellungen des Verwaltungsrates seien unter 100 Besuchern 88 Deutsche, jedoch nur 12 Fremdlinger gewesen. Ist diese „Statistik“ richtig — und wir wollen sie nicht anzweifeln — dann wäre damit doch nur bewiesen, daß das Interesse der Nobels aus aller Herren Länder an den Bayreuther Festspielen mehr und mehr gefallen ist, je näher der Zeitpunkt heranrückt, an dem Wagners Kunstwerke tantentantfrei werden. Uebrigens sind die Amerikaner schon eifrig dabei, sich „brühen“ ihre eigenen Wagner-Theater zu errichten. Und schließlich suchen die den europäischen Kontinent durchziehenden Globetrotter nach Abwechslung und neuem Abenteuer. Entgegen seitherigem Brauch, nur in jedem zweiten Jahre Vorstellungen zu veranstalten, sollen nun doch bereits im nächstjährigen Sommer die „Meistersinger“ sowie der „Parsifal“ und „Ring des Nibelungen“ wiederholt werden. Die Familie Wagner will angeblich etwaigen Demonstrationen aus dem Wege gehen, die mit dem Freiwerden der Werke Wagners sowohl als mit der etwas

voraussetzenden Hundertjahrfeier seines Geburtstages (1913) allenthalben verknüpft sein dürften. Das hyperideale Pietätsgesühl der Erben in allen Ehren! Aber man könnte doch auch vermuten, daß es sich in erster Linie darum handelt mag, noch vorher ein — und vielleicht das letzte Mal! — soviel Gewinn als nur möglich unter Dach und Fach zu bringen; denn die übernatürlichen Festspiele (im Sommer 1914) dürften wohl weit weniger „glänzende“ Erfolge aufzuweisen haben. Von dort ab kann sich nämlich jedes Opernunternehmen seine Wagneraufführungen leisten. Das wird sicher ein fürchterliches Tölpelwahn sein; aber so gute oder miserable Darstellungen zustande kommen sollten: — das ganze Volk wird Wagners Kunstschöpfungen genießen! Nicht, wie es bisher gegen die soziale Absicht des Meisters ging, bloß die oberen Reichtumsklassen mit dem großen Geldbeutel und dem noch größeren Dünkel, als sei alle Kunst nur für sie da.

Ein Hochschullehrer, wie er in Preußen nicht sein soll. Am 15. August starb der Chemiker Albert Ladenburg in Breslau. Zwei Dezennien hindurch (1889—1909) wirkte er an der dortigen Universität als Professor. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten hat er namentlich die organische Chemie gefördert; außerdem hat er sich eingehend mit der Geschichte seiner Wissenschaft befaßt und auch eine Entwicklungsgeschichte der Chemie herausgegeben. Ueber den Kreis seiner engeren Fachgenossen hinaus wurde Ladenburg bekannt, als er im Jahre 1908 auf der Naturforscherversammlung in Kassel einen Vortrag „Ueber den Einfluß der Naturwissenschaften auf die Weltanschauung“ hielt. Er nahm darin sehr entschiedene Stellung gegen den Unsterblichkeitsglauben und gegen alle sogenannten „offenbarten“ Dogmen. Von der Offenbarung eines übernatürlichen Wesens löste er die Bibel gar keine Rede sein, sie sei vielmehr das Werk phantastischer Menschen. Für die Zerstörung des Glaubens geben die Naturwissenschaften als Ersatz eine feste Grundlage für alle humanen Bestrebungen und erheben die werktätige Menschenliebe zum Wahlspruch. In unserer frömmelnden Zeit, in der auch die offiziellen Vertreter der Wissenschaft ängstlich vor jedem Anstoß bei der Regierung sich in Acht nehmen und vor jedem Konflikt mit kirchlichen Kreisen scheu zurücktreten — das könnte ja der Karriere oder mindestens dem Ansehens schaden — war dieses ehrliche Bekenntnis eines Naturforschers immerhin eine mutige Tat.

Ein moderner Ausstellungensturm. Auf der zurzeit in Wosen stattfindenden Ostdeutschen Ausstellung ist eine Art Eiffelturm im kleinen zu sehen, den die Vereinigten Oberschlesischen Industrieunternehmen haben errichten lassen. Der „Oberschlesische Turm“, der imposant das ober-schlesische Gruben- und Hüttenwesen repräsentiert, ist das größte und teuerste Bauwerk am Plage und soll gleich seinem mächtigeren Nivalen in Paris auch für die Zukunft erhalten bleiben. Der in seinem Oberbau aus Eisen montierte Turm ruht auf einer Grundfläche von 2700 Quadratmetern, ist 52 Meter hoch und misst 58 Meter im Durchmesser. Es läßt sich also leicht raten, daß er im Verhältnis zu seiner Höhe stark im die Breite geht und die Form eines ungefügen Wasserturms haben muß. Was in seinen Windungen, Füßen und dem Dache steckt, mögen ein paar Ziffern erläutern. Es waren erforderlich: 1800

Kubikmeter Fundamente, 2000 Quadratmeter Rastflüßchen, 2400 Quadratmeter Betonflächen und 8000 Quadratmeter Dachfläche. Im Fundament stecken 130 000 Kisten, 400 000 Kilogramm Rieß und 450 000 Kilogramm Zement. Zur Eisenkonstruktion wurden 1 375 000 Kilogramm Eisen benötigt. An den Turmarbeiten waren längere Zeit über 300 Arbeiter gleichzeitig tätig. Die Ausführung dauerte etwa fünf Monate. Der Turm enthält einen Personen-aufzug und geräumige Emporen. Unter seinem Kuppeldache, das ein riesiger Scheinwerfer krönt, befindet sich ein großes Restaurant. Die inneren Dekorationen sind prunkend, wie es sich eben die großen Industrieerwerler leisten konnten, von denen die Donnerstagsmarche die Führung übernahm. Die inneren Wandungen sind zum Teil mit Plänen und Zeichnungen geschmückt, die für die ober-schlesische Industrie Reklame machen. Den gleichen Zweck erreichten eine Anzahl Ausstattungsgegenstände, für deren Heranbeförderung zusammen mit dem Baumaterial und den Kunstgeräten nicht weniger als 1000 Eisenbahnwagen zu 10 000 Kilogramm erforderlich waren. Nach beendeter Ausstellung wird der Turm von der Stadt Wosen übernommen werden. An Stelle des jetzigen Restaurants wird ein riesiger Wasserbehälter von 4000 Kubikmeter Rauminhalt eingebaut werden, und der leistungsfähigste Wasserturm Deutschlands ist fertig. Denn ein Behälter von solchem Umfange existiert bei uns bis jetzt noch nicht. Die Stadt hat dann für das Werk den vereinbarten Preis von 280 000 M. zu zahlen. Der Entwurf stammt von Professor Voeglig, Direktor der Königl. Kunstakademie in Breslau.

Humor und Satire.

1911.

Überall hört man von Gips. Manchen trifft sogar der Schlag. Naß wird man am Hosenfittig. Schon am frühen Morgenittag.

Damen, denen man begegnet, Leiden sehr am Ambopodag: „Gott! Wenn es nur endlich regnet!“ Ist der ewige Refrang.

Oberlehrer und Pastoren haben sich in diesem Jahr, Ihre Scham geht auch verloren, Und man nimmt sie nachts wahr.

Wufen, Hintern, Baden, Bäuche zeigt man heuer lächelnd her, Und wir kriegen schon Gedräuße Wie die Reger ungefähr.

Wenn das Barometer fällt, Käme eine blyre Zeit In bezug auf die Gestirne Und in puncto Eitlichkeit.

Peter Schlemihl.

Haben sich die Rentenquellerei und Rechtsunkennnis und weil sie nicht organisiert waren, leider ruhig gefallen lassen. Denn im Berichtsjahre hatte die Genossenschaft insgesamt 5710 berufungsfähige Mitglieder erlassen, von denen allein 1000 eine Ablehnung der Ansprüche und 2482 eine Minderung der Renten zur Folge hatten und trotzdem haben nur 1925 Verletzte Berufung dagegen erhoben. Natürlich hatten wieder von den Berufungen nur 316 Erfolg für die Verletzten. Neue Anfälle wurden im Berichtsjahre 6580 gegen 6677 im Vorjahre gemeldet.

Wie geregelt die Arbeitszeit dieser armen Teufel ist, ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle, die viele Unfälle auch zur Nachtzeit aufweist. Es stiegen Unfälle in die Zeit von (in 438 Fällen fehlt eine Angabe):

Vormittags		Nachmittags	
12-3	3-6	6-9	9-12
86	102	1203	1705
1185	1448	301	62

Den Unfällen fielen viele jugendliche Personen zum Opfer. Von den Verletzten standen im Alter von:

14-20 Jahren	21-40 Jahren	41-60 Jahren	über 60 Jahren
1250	3088	1941	271

In 71 Fällen ist das Alter nicht angegeben.

Wie wenig der Berufsgenossenschaft die Unfallverhütung am Herzen liegt, geht auch aus einer Bemerkung des Berichts hervor: „Nach Revision des Betriebes durch den technischen Aufsichtsbeamten wurde dem Gewerbeinspektor vorgelegt, daß die von ihm geforderte Sicherheit des Bergwerks zwar einen durchaus wirksamen Schutz gegen Unfälle biete, daß sie aber auch eine ungewöhnliche Behinderung des Betriebes bedeute.“

Natürlich war die von der Genossenschaft angeordnete Sicherung „praktischer“.

Trotz aller Zurückhaltung der von der Genossenschaft ja direkt abhängigen Aufsichtsbeamten melden diese doch manches, welches einen Einblick in die elende Lage der Ziegeleiarbeiter gestattet:

„In mehreren Ziegeln des Kreises Rehdingen herrschte früher großer Mangel an brauchbarem Trinkwasser. Diesem Uebelstande ist durch die Gewerbeinspektion Städt in den letzten Jahren dadurch abgeholfen worden, daß sämtlichen in Frage kommenden Unternehmern aufgegeben wurde, in Zement gemauerte Zisternen anzulegen, die durch das auf den Dächern der Gebäude gesammelte Regenwasser gespeist werden. Wenn durch diese Anordnung den Unternehmern auch eine beachtenswerte Ausgabe (von ungefähr 600 M. für eine Zisterne) erwachsen ist, so wurde den Arbeitern doch eine große Wohlthat erwiesen, die unter ihnen überall Anerkennung gefunden hat. Das Wasser soll erfrischend und wohlschmeckend sein.“

„Vereinzelt ließen sich die Unternehmer auch durch mehrmalige Aufforderung nicht zu der Erhaltung der Erlebigungsanzeige bewegen; die Betriebe dieser Unternehmer wurden dann im Laufe des Jahres einer Nachrevision unterzogen. Ergab sich hierbei, daß die früheren Mängel nicht beseitigt waren, so wurde von den Strafbestimmungen Gebrauch gemacht und auch die durch die nochmalige Revision entstandenen Kosten wurden dem Unternehmer auferlegt.“

Ueber die bedauerliche Vernachlässigung eines Betriebes berichtet der technische Aufsichtsbeamte aus der Sektion II. Dieser stellte auf einer neuerbauten Ziegelei im Kreise Solmar fest, daß an den Maschinen nicht eine einzige Schutzvorrichtung vorhanden war. Nur die Versicherung des Unternehmers, daß sofort alle Mängel abgestellt würden, verhinderten eine Sperrung des Betriebes. Jede einzelne Schutzvorrichtung wurde nunmehr genau mit dem Unternehmer durchgesprochen und ihm hierüber noch schriftlich Mitteilung gemacht. Etwa zwei Monate später vernachlässigte der Meister dieses Betriebes dadurch schwer, daß er in die ungeführten Zahnäder der Ziegelei geriet. Die sofortige Nachrevision ergab, daß von den feineren angeordneten Schutzvorrichtungen auch jetzt noch keine angebracht war, obwohl der Unternehmer nach der ersten Revision eine Erlebigungsanzeige eingeleitet hatte. Der Vorstand setzte gegen den Unternehmer eine erhebliche Geldstrafe fest. Auch das Gericht hat sich mit der Sache befaßt.“

Geklagt wird im Bericht, daß die ausländischen Saisonarbeiter gar kein Interesse für Schutzvorrichtungen haben und mit unglaublichem Leichtsinne zu Werke gehen. So wurde ein polnischer Arbeiter am Walzwerkeinsatz dabei betroffen, als er mit bloßen Füßen den Ton in die im Gange befindlichen Walzen drückte.

In einigen Betrieben wurden Unfälle durch Platzmangel hervorgerufen, der die Bewegungsfreiheit der Arbeiter beschränkte. Derartige Zustände haben ihren Grund meistens in der baulichen Beschaffenheit der Anlagen; sie lassen sich in der Regel nur durch erhebliche Umbauten beseitigen. Abhilfe ist namentlich dort schwierig, wo der Unternehmer nur Pächter des Betriebes ist, und der Meister sich weigert, notwendige Umbauten auszuführen. In solchen Fällen wird die Mitwirkung der Gewerbeinspektoren erbeten. Der Zustand der Kesselarmaturen ließ vielfach zu wünschen übrig. In einer Kalksandsteinfabrik der Sektion II war das Manometer mit Kalk und Schmutz bedeckt und völlig unleserlich. Der Mann am Kontrollstand hatte sich festgefressen. An einigen Dampfkesseln fehlten Verschlusskräben. Nur selten hingen in den Kalksandsteinfabriken die Vorschriften für die Dampfwärter aus.

Im Herzogtum Anhalt wurde das gänzlich Fehlen von Schutzkästen für die Wasserhandgräber an Dampfkesseln besonders häufig beobachtet.

Sin und wieder wurden noch unzureichende oder unsaubere Arbeiter-Schlafstätten vorgefunden. — Geeignete Feuer- und Schutzvorrichtungen fanden sich in der Regel nur in großen Betrieben.

Eine dem obersteherischen Industriebezirk eigene Einrichtung bildet wegen des dort herrschenden Mangels an männlichen Arbeitskräften die Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeiter bei verbotenen oder gefahrbringenden Tätigkeiten. In einer Ziegelei bei Röhren arbeiteten Frauen in der Riedgräberei. In Betrieben bei Jäbze und Kattowitz bedienten Frauen die Holzwerke und Kollergänge, jugendliche Arbeiter waren beim Transport von Rohmaterial aus der Gräberei und als Aufleger an den Revolverpressen beschäftigt. In einer bei Gravenstein gelegenen Ziegelei wurden Frauen im Ofen beschäftigt.

In einer ostpreussischen Ziegelei hatte der Ziegeleimeister mehrere Jahre seine jugendlichen Dienstmädchen in den Räumen von Sonntag am Sonntag mit Bedienung des Ringens betraut, da er aus Sparmaßregeln nur einen Brenner hielt, der in diesen Räumen nach seinem weit entfernt liegenden Wohnort ging. Ein Mädchen, das am Tage schon schwere Arbeit verrichtet hatte, schlief in der Nacht vor Uebermüdung auf dem Ofen ein und zog sich schwere Verbrennungen zu.“

## Gerichts-Zeitung.

Gegen den Messerstecher Bennenwig,

der bekanntlich in dem Verdict steht, die zahlreichen Messerattentate auf Frauen und Mädchen im Jahre 1900 verübt zu haben, hatte gestern die I. Ferienkammer des Landgerichts eine Anklage zu verhandeln, in welcher es sich ebenfalls um Messerattentate handelte. Die Verhandlung gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten 23jährigen Walter Richard Bennenwig fand unter Aufsicht der Deffektivität statt, doch wurde den Vertretern der Presse auf Antrag die Anwesenheit gestattet. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte ist ein kleiner, unscheinbarer und schwächlicher Mensch, dessen Gesicht durch fortwährende nervöse Zustände entstellt ist.

„Im wird im einzelnen folgendes zur Last gelegt: In der Nacht zum 24. November v. J. sprach der Angeklagte in der Vorstraße die damals unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende 17jährige Prostituierte B. an, mit der er sich in ein Hotel in der Eisenbofsstraße begab. Der Angeklagte zögerte sofort die Tür hinter sich ab und schlug, als die B. infolge seines sonderbaren Benehmens die Flucht ergreifen wollte, ohne weiteres mit einem Messer auf sie ein. Hierbei stieß er die Drohung aus, er werde die B. tot-

stechen und wenn er zehn Jahre Zuchthaus bekomme. Durch die Hilferufe der B., die sieben Messerstiche im Gesicht und an den Armen davontrug, eilte der Hotelportier herbei. Als der Angeklagte trotz wiederholter Aufforderung nicht öffnete, schlug der Portier mit einem Beil die Tür ein. Der Messerstecher wurde festgenommen und zur Polizei gebracht. Im Laufe des Verfahrens ergab es sich, daß Bennenwig im Oktober eine ganz ähnliche Tat begangen hatte. Er hatte mit der Prostituierten Biene ein Absteigequartier einer Frau nach aufgesucht und war auch in diesem Falle über das Mädchen hergefallen und hatte es mit einem Messer und einem Revolver bedroht. Als die B. aus dem Zimmer flüchtete, lief er ihr nach und bedrohte auf dem Flur die Frau nach mit dem Tode, als diese sich ihm in den Weg stellte. — In der geistigen Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß er sich auf Einzelheiten überhaupt nicht mehr besinnen könne, da er i. J. angetrunken gewesen sei. Er sei mit der B. wegen der Bezahlung in Streit geraten, in dessen Verlauf sie ihn ins Gesicht geschlagen habe. Wie er dazu gekommen sei, mit seinem Messer zu stechen, wisse er nicht. Während das Verfahren gegen Bennenwig schwebte, tauchte der Verdacht auf, daß er mit jenem unscheinlichen Messerstecher identisch sei, der im Jahre 1903 zahlreiche Frauen und Mädchen in den Unterleib gestochen und dadurch in einem Falle den Tod einer Frau herbeigeführt hatte. Wegen dieser Attentate schwebt zurzeit noch ein besonderes Verfahren gegen Bennenwig. Es sollen, wie behauptet wird, zwölf Frauen und Mädchen den Angeklagten als jenen Messerstecher wiedererkannt haben. Als diese Tatsachen in der ersten Verhandlung gegen Bennenwig, die im April d. J. stattfand, bekannt wurden, stellte Medizinalrat Dr. Hoffmann den Antrag, den Angeklagten erst noch auf die Dauer von sechs Wochen in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der jetzt in Wuhlgarten tätige Oberarzt Dr. Basse nahm in der Irrenanstalt Herzberge diese Untersuchung vor, die, wie der Sachverständige vor Gericht erklärte, ergab, daß Bennenwig zu der Klasse der Psychopathen zähle, sehr leicht durch äußere Einflüsse erregbar sei, nicht aber im Sinne des § 51 geisteskrank sei. Derselben Ansicht war Medizinalrat Dr. Hoffmann, der den Angeklagten einige Zeit im Untersuchungsgefängnis beobachtet hatte. Die Staatsanwaltschaft beantragte mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten an den Tag gelegte Robete eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren unter Freisprechung von der Anklage des Diebstahls. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der erstlichen Untersuchungshaft.

### Ausstellen von Waren am „goldenen Sonntag“.

Ein Kaufmann in Lüneburg hatte mit Rücksicht darauf, daß er sein Geschäft am Sonntag vor Weihnachten, dem sogenannten goldenen Sonntag, den ganzen Nachmittag offenhalten durfte, auch bis nachmittags um 4 Uhr verschiedene Gegenstände vor der Ladentür ausgestellt und aufgehängt. Dadurch sollte er die Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom 22. August 1900 übertreten haben, welche gleich ähnlichen Verordnungen in anderen Provinzen ein derartiges Ausstellen und Aufhängen von Sachen an den Sonn- und Feiertagen nach dem Beginn des Hauptgottesdienstes am Vormittag verbietet.

Das Schöffengericht sprach ihn frei, indem es sich seiner Auffassung ansah, daß die fragliche Bestimmung über die Heiligung der Sonntage nicht auf den goldenen Sonntag Anwendung finden könne, weil der Geschäftsbetrieb an solchen Sonntagen überhaupt gestattet sei.

Das Landgericht beurteilte ihn jedoch mit folgender Begründung: Die Vorschrift über das Aufhängen und Ausstellen von Waren beziehe sich auf alle Sonntage ohne Unterschied. Der Angeklagte könne sich deshalb nicht auf die Ausnahmevorschriften über den Geschäftsbetrieb an den Sonntagen vor den großen Festen berufen. Wenn er den Glauben hatte, es zu können, so sei das ein Rechtsirrtum, der ihn von Strafe nicht befreie.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die vom Angeklagten dagegen eingeleitete Revision. Es führte aus: Nach der Vollziehungsordnung sei das Gebot, daß die Sachen nicht ausgelegt oder aufgehängt werden dürfen, als gebotenes Gebot zu betrachten. Es hänge damit, ob und wieviel Sonntags verkauft werden dürfe, in keiner Weise zusammen. Darum sei es unzutreffend, daß das Gebot nicht gelten könne für die Fälle, wo auch Sonntagsnachmittags der Verkauf freigegeben sei. Mit Recht sei Angeklagter verurteilt worden.

Also: am goldenen Sonntag darf verkauft, aber eine Verkaufsware nicht ausgestellt werden, weil der Verkauf die Sonntagsheiligung bedrohe: erkläre mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur.

### Sparkastenmarder.

Wegen Betruges und Urkundenfälschung hatte sich in der letzten Sitzung des Amtsgerichts zu Rallberge der Heilgehilfe Paul aus Woltersdorf zu verantworten. Der Angeklagte hatte früher den Posten eines Kassierers bei der Woltersdorfer Spar- und Darlehenskasse inne. Von diesem Vertrauensposten wurde Paul, nachdem Liquidation beschlossen worden war, infolge mangelhafter Durchführung abberufen. Der Arbeiter Klemke schien von der Auflösung der Kasse nichts zu wissen, denn er fand an Paul noch zweimal Sparbeiträge. Statt ihm nun die Angelegenheit klarzulegen, nahm er das Geld an sich und verwendete es für eigene Zwecke. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis.

## Aus aller Welt.

### Die Cholera und die Armut.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parbat: „Der Mensch gewöhnt sich an alles. Wenn der Tod offen auf der Straße seine Opfer holt, täglich und hundertfach, dann verliert er den Schrecken des Ungewöhnlichen und man blüht dem gefloht, fast gleichgültig in die Augen. Das habe ich während der russischen Hungernot bei der Sterbtepidemie wahrgenommen. Das sehe ich jetzt in der Türkei bei der Choleraepidemie.“

Ich lehre soeben von einer Wanderung durch die Choleraherde von Konstantinopel zurück. Meine Journalistenkarte offenete mir alle Absperrungen. Und das ist der unheimlichste aller Eindrücke, die ich hinwegzutrag: die Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung aus den Fenstern zusah, wie man Sterbende und Tote hinwegschleifte. Man hat sich eben daran gewöhnt. Das ist die Cholera: sie kommt und holt sich ihre Opfer. Jetzt kennt man das und registriert einfach die Tatsache. Und wenn man sich beklagt, so beklagt man sich nicht über die Cholera, sondern über die sanitären Maßnahmen. Die Kräfte und Behörden entrüsten sich darüber, und alle Welt schimpft über den Stumpf sinn der Massen. Die Sache hat aber ihren tieferen Grund.

„Die haben es gut“ — sagte mir ein Arbeiter in einer Choleraüberzogenen Straße und zeigte auf ein Haus, das, weil sich darin Choleraerkrankte befanden, abgesperrt wurde — „denen gibt man zu essen; wir aber gehen halbtote Hungerer umher.“

Das hängt so zusammen: wird ein Cholerafall konstatiert, so wird das Haus abgesperrt; niemand darf hinein oder hinaus; da die Leute infolgedessen nichts verdienen können, gibt ihnen die Municipalität Nahrungsmittel. Die Einwohner der Häuser, in denen noch kein Cholerafall vorgekommen ist und die folglich nicht abgesperrt sind, erhalten selbstverständlich keine Unterstützung. Da aber das ganze Stadtviertel wegen der Choleraepidemie in Verzug geraten ist, so haben viele ihre Arbeit verloren; andere kamen um ihren Verdienst, weil der Straßenhandel mit Obst und Getreide verboten wurde; alle schließlich leiden unter der Teuerung, die durch die sanitären Maßnahmen gesteigert wurde. Die Cholera bedeutet den Tod — diesen fürchtet das Volk nicht; die sanitären Maßnahmen bedeuten Hunger, und den Hunger möchten diese Unglücklichen vermeiden!

Es ist gekommen, wie es andert nicht zu erwarten war: die überhäufte Arbeiterviertel, noch mehr überfüllt durch den Zubrang der Abgebrannten, sind zum Herd der Choleraepidemie geworden. Die Häuser, die hier von Menschenmassen überfüllt sind, verdienen oft überhaupt nicht den Namen einer menschlichen Behausung. Es sind elende, vom Wind schief gewellte Baracken, die den Regen durchlassen und bei jedem Windstoß neue Lüden zeigen. Gelegentlich dient ihnen eine Felsenwand als Mauer. Ein elender, von schmutziger Masse tiefender Verschlag zwischen zwei Stockwerken bildet den Abort für mehrere Familien. Von Kanalisation keine Spur. Ein Bach fließt durch die ungepflasterte Straße, bildet stinkende Wassertrümpel, in die der Urat der ganzen Umgebung geworfen wird. Hier nun, in Schmutz und Elend drängen sich die Menschen in einer Menge zusammen, daß ich, mitten im Zimmer sitzend, mich verwundert fragte: wie finden sie denn alle nebeneinander Platz, wenn sie sich hinlegen? Wenn da einer an Cholera erkrankt, müssen unbedingt auch die anderen krank werden.

Die ganze Nahrung dieser Armen — es sind Kostträger, Handwerker, Fabrikarbeiter, kleine Händler — besteht im Sommer aus Gemüse, Früchten und Fischen der billigsten Sorte. Das machen ihnen die reichen Leute, deren eigenes Leben durch die Epidemie jetzt bedroht ist, zum Vorwurf. Man verbietet ihnen diese Ernährungsweise, man entzieht ihnen die billigen Nahrungsmittel mit Gewalt. Aber wo wollen sie das Geld zu anderem, besserem hernehmen? Darum wird auf geheimen Wegen der Handel mit schlechten Früchten und Fischen weitergetrieben.

Zugleich verdirbt die Bevölkerung die Kranken. Aber einen Augenblick gibt es, wo kein Verrecken mehr hilft: das ist, wenn der Tod eintritt. Dann wird die Leiche einfach vor die Tür gelegt, wo sie oft auf offener Straße stundenlang daliegt, bis die Sanitätskommission sie wahrnimmt. Immer von neuem erscheint die Tragödie der Sanitätskommission und die Nachbarn schauen aus den Fenstern zu.

Es ist ein großes, ein furchtbares Elend, und der Hauptgrund dieses Elends ist — das Elend.

Die Cholera ist die Krankheit der Armen und zugleich die Plage, die die Armut an dem Reichtum nimmt.

Konstantinopel, 21. August. An Cholera sind bisher insgesamt 893 Personen erkrankt, von denen 502 gestorben sind.

Nesfab, 21. August. Die von der Cholera in M-Serbien und Mazedonien angerichteten Verheerungen sind ungeheuer. Die Anzahl der Toten beläuft sich entgegen den Angaben, welche amtlichseits gemacht werden, in der europäischen Türkei auf fast 1500, worin die Konstantinopeler Fälle nicht einbegriffen sind.

Paris, 21. August. Wie aus Montpellier berichtet wird, sind in Neflich mehrere Personen unter Choleraverdächtigen Symptomen erkrankt. Drei Personen sind bereits gestorben. Der Präfekt des Departements hat unermüßlich umfassende Vorsichtsmaßnahmen angeordnet, um eine Verbreitung der Seuche zu verhindern. Sämtliche Erkrankten sowie die mit ihnen in Verbindung gekommenen Personen sind isoliert worden.

### Von der Hochzeit in den Tod.

Ein Automobil, in dem der Leutnant Zimbard vom Feldartillerieregiment Nr. 71 in Graubünden in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend von seiner Hochzeitfeier in Graubünden nach Thoren fahren wollte, fuhr bei Dietrichsdorf gegen einen Baum. Alle vier Insassen wurden herausgeschleudert. Der Leutnant wurde lebensgefährlich, die junge Frau, der Chauffeur und ein Kellner wurden leichter verletzt.

Ueber ein zweites schweres Automobilunglück wird aus Halle a. S. berichtet, daß eine Automobilbrigade in der Nähe von Raundorf gegen eine Telegraphenstange fuhr. Die drei Insassen, eine Dame, ein Herr und der Chauffeur wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen.

Bei einem dritten Automobilunglück, das sich auf einer Chaussee nach Rassel zutrug, wurde ein Kind des Direktors Emminghaus aus Ansbach getötet. Ein zweites Kind erlitt einen Schädelbruch. Die Frau des Direktors erlitt innere Verletzungen, so daß sie bewußlos vom Platze getragen werden mußte. Emminghaus kam mit einer leichten Handverletzung davon, während der Chauffeur unverletzt blieb.

### Ueberall Brandkatastrophen.

Am Sonntagmorgen brach in den Opel-Werken zu Rüsselsheim ein furchtbarer Brand aus, der in die an der Eisenbahnlinie entlangliegenden Bauten, in denen sich die Kältemaschinen- und Fahrradabteilung befinden, zerstörte. Die Feuerwehre der Fabrik sowie die aus Rüsselsheim und Frankfurt a. M. konnten nach vier Stunden des Feuers Herr werden. Die Eisenbahnzüge konnten nicht verkehren, da ein Ueberbrücken des Feuers zu befürchten war. Durch den Brand wurden 2000 Räder und 3000 Kältemaschinen vernichtet. 3000 Arbeiter sind brotlos. Der Schaden wird auf vier bis fünf Millionen Mark geschätzt.

In der Kammgarnspinnerei in Dittigheim (Württemberg) brach am Sonntag, wahrscheinlich durch Selbstentzündung, Großfeuer aus, daß die Kammerlei vollkommen einäscherte. — Ferner brach in Waldhausen bei Loch Feuer aus, dem sieben Wohnhäuser zum Opfer fielen. Außerdem wurden verschiedene Stallungen eingeschert, darunter das ehemalige Schulhaus und das frühere Rathaus. Acht Familien sind obdachlos.

In Dillstein in Baden äscherte ein Brand das Sägewerk von Gengenbach und zehn Wohnhäuser ein. 24 Familien, teilweise ihrer Habe beraubt, sind obdachlos.

Ein schweres Brandunglück, bei dem zwei Menschen den Tod in den Flammen fanden, wird aus Dornbirn (Vorarlberg) gemeldet. In der Nacht zum Sonntag brannten dort vier Häuser nieder. Der Kaufmann Luger, der ein Dienstmädchen retten wollte und ein anderer Mann kamen in den Flammen um.

In der französischen Ortschaft Flins brach am Montag ein Feuer aus, das einen Parkhof vollständig einäscherte. Zwei kleine Kinder, die sich nicht mehr rechtzeitig retten konnten, kamen in den Flammen um. Ihre verkohlten Leichen wurden später aufgefunden.

### Kleine Notizen.

Opfer der Berge. Auf der Kleinen Scheidegg (Bern) ist ein Tourist aus Bayern bei dem Versuche, ohne Führer den Weihen Rind zu besteigen, abgestürzt. Seine Leiche wurde nach Panterbrunnen gebracht. — Auch in Zinal (Wallis) ist eine achtzehnjährige Touristin aus Ströbberg beim Edelweissuchen abgestürzt und hat den Tod gefunden.

Beim Baden ertrank. Wie ein Telegramm aus Eibing meldet, ertrank am Sonntag beim Baden in der offenen See bei Rahlberg der Werkmeister Schloer aus Eibing und zwei erwachsene Töchter. Der Vater war an eine feste Stelle geraten, die Töchter hatten versucht, ihn zu retten.

Folgenreichere Explosion. In Rudon erfolgte Montag vor-mittag eine Explosion eines Wasserstoffbehälters, wodurch zwei Arbeiter getötet und mehrere erheblich verletzt wurden. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verkrüppelt worden.

# Bettfedern - Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betriebe

BERLIN S  
Prinzen-Str. 46 u. 47

## Bettfedern

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25  
2,50, 3,00, 3,50 bis 6,00 M. per Pfund

## Daunen

zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 6,50 bis 9,00 M.

## Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12, 15, 20,  
23,50, 28,50, 32,50, 39, —, 46, —, 55, —, 63, — b. 120, — M.

## Bettinlette

Klassenbreite 80 cm, p. Mtr. 0,52, 0,60, 0,80, 1,05, 1,25 M.  
Oberbettbreite 190 cm, p. Mtr. 1,10, 1,25, 1,65, 2,00, 2,45 M.

Fertig genäht oder v. Stück zu gleichen Preisen



Nr. 1001

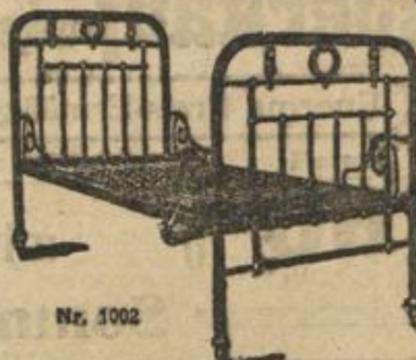
Metall-Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze,

schwarz od. weiss lackiert,

190 x 80 cm

.13<sup>00</sup>



Nr. 1002

Metall-Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze,

schwarz oder weiss lackiert,

Ringe, Trillen im Kopf- und Fußteil von Messing,

Pfosten 33mm stark,

190 x 80 cm

26<sup>00</sup> M.

## Monopoldaunen

Beste Bettenfüllung. Pfund M. 2.85. (Gesetzlich geschützt)

## Monopoldaunen

3-4 Pfund zum Oberbett ausreichend.

Die Ausnahmepreise für Metallbettstellen nur gegen Vorzeigung des Inzerats.

Ein Idyll am See  
Kolonie Eisenhorst  
ca. 30 km östl. von Berlin. See,  
Wald, Fluss- u. Landparzellen  
zum Spottpreis. J. Kieger,  
Berlin C., Gontardstr. 5, [52261]

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.  
Zigaretten Amt 4, 3014.

Anton Boekers Festsäle, Weberstr. 17.  
Sonnabend, den 28. Oktober und Sonnabend, den 18. November, Umfänge halber frei geworden.  
Anton Becker, Weberstr. 17. Telefon VII, 13414.

Hygienische Bedarfsartikel  
Drogerie Zaremba,  
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor.  
Billigste Bezugsquelle:  
Verlust f. zur dauernden Kundshaft

## Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 22. August.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
R. Oberhand, Samson u. Dalia.  
R. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.  
Berliner Prater. Die junge Garde.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutschd. Sings und sein Ring.  
Vessing, Glaube und Heimat.  
Berliner. Bummelstudenten.  
Kleines. Der Feldherr.  
Neues Schauspielhaus. Die feinsche Sulamit.  
Romische Oper. Der verbotene Kuh.  
Residenz. Die Dame von Maxim.  
Wespen. Die lustigen Nibelungen.  
Ehelia. Böhmische Wirtschaft.  
Schiller. O. Der dunkle Punkt.  
Schiller. Charlotteburg. Sonne.  
Metropol. Hobeil amüsiert sich!  
Boigt. Treccia.  
Voad. Guten Morgen, Herr Fischer.  
Herrnfeld. Das Kind der Firma.  
Schmerzlose Behandlung.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Steffiner Sänger.  
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.  
Luisen. Der Siebente.  
Hole. Staatsanwalt Alexander.  
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.  
Sie ist eine Ausnahme.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kammerstücke. Die Königin.  
Neues Operetten. Eine Million.  
Lianon. Das Brimchen.  
Intimes. Pariser Oper.  
Urania. Landentrache 48/49.  
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder  
von nah und fern.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.  
Kaiser-Panorama. 3. Wanderung  
in der höchsten Schweiz. —  
Oberkaltalische Seen. — Lago  
Maggiore usw.

Residenz-Theater.  
Direktion Richard Wegander.  
Abends 8 Uhr:  
Sommerpreise.  
Die Dame von Maxim.  
Schwan in 3 Akten von Georges  
Scheidt. Deutsch v. Benno Jacobson.

ROSE-THEATER  
Große Franziskaner Str. 183.  
Staatsanwalt Alexander.  
Auf der Gartenbühne:  
Es gibt nur ein Berlin.  
Große Revue.

Metropol-Theater.  
Zum 116. Male:  
Hohheit amüsiert sich!  
Operette in 3 Akten von R. Freund.  
Wuht von Rudolf Kellon.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schuy.  
Anfang 8 Uhr. Fauschen gestattet.

Apollo Theater  
Ab 8 Uhr:  
Vorlesung Woche  
des grandiosen Programms mit  
Harry Walden  
in  
Sein Herzensjunge.

Herrnfeld Theater  
Sublimus-Sellen 20jährig Direktion  
Anton und Donat Herrmels.  
Seit 20 Jahren der größte Erfolg  
die Novitäten  
Das Kind der Firma  
Umwandlungskomödie in 2 Akten mit  
den Kitzern  
A. Herrnfeld u. Tobias Tscheppernack.  
Donat Herrmels als Philipp Katzenfell.  
Schmerzlose Behandlung  
Anfang 8 Uhr.  
Vorberf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).  
Prachtvoller Sommergarten.  
Lustige Vergnüge.

Reichshallen-Theater.  
Steffiner Sänger  
Anfang  
wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.

LUNA-PARK.  
Sensationelle Attraktionen.  
Johnstowns Untergang, Cairo, Schwebebahn, Lachhaus, Hippodrom  
Lehmann, Tanagra-Theater, Teufelsrad, Moulin-Rouge, Gebirgs-  
bahn, Wasserrutschbahn u. v. a.  
Eintrittspreis 50 Pf. Saisonkarten M. 3.—  
Sonnabend, 26. August: Elitetag.  
Italien. Nacht. Künstler. Dekoration u. d. Halenses. Prunk-Illumination.  
Neapolitanische Straßensänger.  
Confettischlacht. 5 Kapellen 5 Luftschlangen.  
Betrieb bis 2 Uhr nachts.

Ab 1. September  
AUSSTELLUNG  
NORDLAND  
auf dem entsprechend hergerichteten Platze  
Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschubbahn)  
125 Polarbewohner  
bei Arbeit, Sport und Spiel  
Hochinteressante Darstellungen aus d. Volks-  
leben im höchsten Norden, ausgeführt von  
kunstgeübten Eskimos und Lappländern.  
Unübertroffene Sportsleistungen  
Skilaufen, Skiboote, Schlittenfahren auf künstl.  
Bahn, Islandpferde, Rentiere, Grönlandhunde.  
Buntes Volksleben  
Original-Hütten und -Zelte Hausindustrie

Moabiter Wintergarten  
Artus-Hof  
Parleberger Str. 26, Stendaler Str. 18  
Direktion: Kari Pirau.

Riesen-August-Programm.  
The Lunas Lustig. Byron, malta-  
Hiller Glom. Relays Quett. Norm.  
Mikardo, Grottoffomiler. The Darnotts,  
Belangeat. Rositta, Germ-Lämperin.  
Erika Erika, Schubrette. Arturo, frei-  
lebende Leitern. Gust Müller, Gu-  
morist. Les Totos an Silberfellen.  
Das Geschenk.  
Schwan in 1 Akt.  
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Folies Caprice.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Parisiana-Ensemble.  
3 Frauenhüte.  
Sie ist eine Ausnahme.  
Das Strampfband.  
Couffe Pampoulette.

Urania.  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Lebende Tierbilder  
von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN  
Täglich:  
Großes Militär-  
Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Rudolf Mälzer  
Der erste Komiker d. Jetztzeit  
Emanuel Steiner  
Rechenphänomen  
! und das große  
Varieté-  
Eröffnungsprogramm

PASSAGE :::  
PANOPTIKUM  
Das größte Schauetablisement  
des Kontinents.  
Lebend  
der Mann mit der  
eisernen  
Zunge.  
Ein Fakir ohne Norven.  
AGA die schwebende Jungfrau.  
Alles ohne Extra-Entree.

Noacks Theater.  
Direktion: Robert Hill.  
Berlin N., Brunnenstraße 16.  
Wenn schön: im Garten!  
Wenn schlecht: im Saal!  
Theater, Konzert, Spezialitäten.  
Guten Morgen, Herr Fischer!  
Der Präsident, Guten Tag, Papa!  
Anfang 5 Uhr.

Schweizer-Garten  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
Wie man Weiber fesselt.  
Voll mit Gesang in 3 Akten.  
Spezialitäten, Kinematograph.  
Jeden  
Mittwoch:  
Kinderfest.  
Anf. wochentags 5. Sonnt. 4 Uhr.

Max Kliems  
Sommer-Theater  
Rudolf Krüger, Solenstraße 13-15.  
Täglich: Erstklassige Theater-  
und Spezialitäten-Vorstellungen.  
Beliebtester Theatergarten, bei un-  
günstiger Witterung Schutz bietend.  
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.  
Donnerstag: Elitetag.

Voigt-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 38.  
Täglich:  
Preziosa.  
Glänz. neue erstklass. Spezialitäten.  
Rosenöffnung 2, Anfang 4 Uhr.  
Sonnabend, 2. September: Benefiz  
f. d. Schauspielpersonal: In Freund  
und Leid.

Königstadt-Kasino.  
Polymarktstr. 72, Ecke Wiegandstr.  
Abd.: Max Schindlbauer.  
Sonn 10.—1. Som 10.—1.  
Neue Spezialitäten.  
Neue Attraktionen.  
Eternos.  
Lebensbild mit Gesang in 2 Akten.

Café Bellevue.  
Rummelsburg am See.  
Inh.: G. Tempel.  
Jeden Sonntag:  
Spezialitäten-Vorstell.  
u. Garten-Konzert.  
Jeden Sonnabend und  
Donnerstag:  
Soireen der  
Hoffmanns Sänger

Admiralspalast  
Am Bahnhof Friedrichstraße  
Eis-Arena.  
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.  
In der heißen Jahreszeit  
angenehm kühler Aufenthalt.  
Allabendlich:  
D. prunkvolle Eisballott  
Montreal  
Die Stadt auf Schlitt-  
schuhen.  
Neu: Push-Ball-Spiel  
Zahlreiche  
Kunstausproduktionen.  
Exquisite Restauration  
bis 1 Uhr nachts.  
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr  
abds.: halbe Kassenpreise.

Berliner Prater-Theater  
Kallanden-Weg 7/B.  
Täglich:  
Die junge Garde.  
Ausstattungsstücke von Jacobson  
und Co.  
Spezialitäten x Konzert.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Casino-Theater  
Wiedereröffnung  
Sonnabend, den 26. August  
mit dem neuen  
Berliner Poffen-Schlager  
Der selige Huldshinsky.  
Vorberf. tägl. von 10 1/2 bis 1 1/2 Uhr.

Leipzigerstr. 50a  
am Dönhofsplatz

# H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a  
am Dönhofsplatz

Herren-, Knaben- und Damen-Kleidung, Herren-Artikel

## Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung

nach unseren eigenen Häusern  
Gertraudenstraße 8/9  
an der Petri-Kirche.

Enorme Preis-Ermäßigung in sämtlichen Abteilungen, selten günstige Gelegenheit.

Serie I  
mit **60 %**

Serie II  
mit **40 %**

Serie III  
mit **20 %**

Abzug vom bisherigen  
Verkaufspreis.

### Sommer- und Winter-Kleidung.

Wir bitten höflichst um Besichtigung ohne Kaufzwang!!

#### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 1 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

#### ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

#### Verkäufe.

**Neun Prozent Rabatt, Vorwärts!**  
Leinwand.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Tuch- und Wollstoffe.** Garne, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Teppiche.** Farbenreicher, sehr feinfaltig, Nieren-Form, große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie; billiger als überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.  
**Totalverkauf** von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, etc. Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Treppchen-Fabrik, Leipzig, Bahmannstraße 2.** Gebrauchte, spottbillig.  
**Leihhaus Moritzplatz 58a.** Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Anzüge, Kostüme, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjacketts, Kostümen, Kleibern, Röcken, hochlegant, bedeutend unter Wert. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Ringe, Kassen, Taschenuhren, etc., enorm billig, Moritzplatz 58a. 28412\*

**1100 Anodenanzüge, neue moderne** Stoffe, prima Stoffe, zu halben Preisen empfiehlt der Ausverkauf Herrmann Schilling, Lärmitr. 38. Vertreter der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung.

**Zeitliches Angebot.** Das gesamte Warenlager von Georg Lange, Hauptstr. 73/74, bestehend in Teppichen, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Portieren habe ich angekauft und gebe die billig erworbenen älteren Bestände zu Spottpreisen ab. Georg Lange Nachfolger, Chausseest. 73/74. Vorwärts! jeder erhalten trotz der enorm billigen Preise noch 5 Prozent Extrarabatt.

**Littauer Nähmaschinen, volle** Vergütung, Spezialgeschäft Liederstr. 26, Ecke Birkenstr. 107\* 30022\*

**Gutes Kinderwagen, vernickelt,** Gebauer, Rigdort, Brunsdorferstr. 4. 173

**Teppiche (Farbenreicher) Gelegenheitskäufe.** Fabrikpreise, Hauptstr. 73/74, bestehend in Teppichen, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Portieren habe ich angekauft und gebe die billig erworbenen älteren Bestände zu Spottpreisen ab. Georg Lange Nachfolger, Chausseest. 73/74. Vorwärts! jeder erhalten trotz der enorm billigen Preise noch 5 Prozent Extrarabatt.

**Steppdecken billig, Fabrik** Große Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Gardinenhaus, Große Prunkstücke,** im Hause der Möbel-Industrie.

**Die Grundbegriffe der** Wirtschaft. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

**Geschäftsverkäufe.**

**Kolonial-, Milch- und** Warenausgang, sehr wegen Todesfall verkaufen. Steglitz, Hirschstr. 17.

**Zigarrengeschäft, kleines, mit** Wohnung, familienhalber sofort sehr billig zu verkaufen. Hirschstr. 8.

**Altes gutgehendes Parteilokal,** Jahnstr. 4, Bismarckstr. 40, zu verkaufen. Anfragen Heinrich, Admiralsstr. 30. 1516\*

**Zigarrengeschäft, gut gehend,** besonderer Umstände wegen für den Inventarwert zu übernehmen. Offerten unter „Gute Zeitung“ Postamt 26 erbeten. 1110

**Edelstein-, Industrie- und** Juweliergeschäft, für Parteilokale, erforderlich 1500, viele 2000, Gartenstr. 74, Wärfel. 1575

**Parteilokal, ohne Konkurrenz,** feinstes, sofort ohne Wm. Gambia, Lindenstr. 27. 116/14

**Schaufelgeschäft (an der Hermann-** str.) billig zu verkaufen. Fast Jahre im Best. Alleestr. 45, Rigdort.

**Wirdgeschäft, gutgehend, sofort** zu verkaufen. Zu erfragen Groß, Rigdort, Hermannstr. 76. 773

**Möbel.**

**Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue** Königsstr. 32 (Alexandersplatz).

**Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue** Königsstr. 32 (Alexandersplatz).

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Fabrik, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Möbel-Verkauf, Fabrik von** Volkswaren, Brunnstr. 7, am Rosenhäger Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren- und Küche. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Kommoden oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferbar auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto begleichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Kunsthoferei von Frau Kolosky,** Schlahtenfer, Ruckstr. 8 III.

**Technikum, Berlin, Reanderstr. 3,** Schinkel-Akademie, Direktor Regierungs-Baumeister Artur Berner. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Bergbau, Leiter, Leiter-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polier-Kurse, Abend-Kurse, Tagelöhner.

**Wertmeisterturs Achtzehn Mark** vierteljährlich. Dauer ein Jahr. Technikum Jakobstr. 124 II.

**Kunsthoferei Leipzig, Große** Prunkstücke, im Hause der Möbel-Industrie.

**Regina Schreibmaschinen-** Schule (Stenographie und Schreibmaschine). Beginn des neuen Kursums am 1. Oktober. Anmeldungen erbiten rechtzeitig. Man verlange Prospekte. Quittenlocher u. Krogmann, G. u. S. O., Charlottenstr. 6. 112/9\*

**Nähmaschinenreparaturen** nachgemacht schnell und billig, auch außer dem Hause. Beckmann, Gohlstr. 26. 20562\*

**Handwäscherei. Wäsche wird** schnell und billig, auch außer dem Hause. Beckmann, Gohlstr. 26. 20562\*

**Großwäscherei Dreßler, Köpenick,** Poststr. 18, liefert schnell und billig, im Freien getrocknete Wäsche, 4 Handtücher 0.10, Abholung Donnerstag.

**Gerhard Quartett, Rigdort,** Friedenstr. 10. 498

**Verstärkter Mandolinspieler** für Klub gesucht. Z. 178 Postamt 42. 472

**Stellenangebote.**

**Geldschrankhelfer, selbständige,** verlangt Brandes, Alexandrinenstr. 118. 1896

**Schreibhelfer, selbständige,** verlangt Brandes, Alexandrinenstr. 118. 1896

**Arbeiterinnen verlangt Dampf-** wäscherei, Rühlstr. 179. 116/15

Verantwortlicher Redakteur Richard Bary, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Rechenberg (Wannseebahn). Die Mitgliederversammlung findet nicht heute sondern nächsten Dienstag, den 29. August, statt.

Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabend, den 26. d. M., veranstaltete der Wahlverein eine Monatsfahrt mit anschließendem Sommerausflug im Restaurant Kyffhäuser. Abfahrt 9 Uhr. Rückfahrt um den Müggelsee; Biletts 25 Pf. Um 11 Uhr: Tanz im Restaurant Kyffhäuser. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Der Vorstand.

Hoffen. Am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Kurzer, Monatsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Generalversammlung von Groß-Berlin.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine Möbelausstellung

beruhten Berliner Tischlermeister in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten. Die Ursache dieser Ausstellung ist zweierlei Natur. Zunächst ist sie zu suchen in dem Bestreben der Möbeldesigner, den Tischlermeistern die Lieferung von Möbeln an Privatpersonen zu verbieten. Die Möbeldesigner wollen den Markt allein beherrschen, die produzierenden Tischlermeister sollen keine Waren im Detail verkaufen. Der Händlerverband hat in seinen Kundgebungen offen erklärt:

Wenn die Privatlandschaft erst unsere Lieferanten kennt, kommt es ihr auch auf eine Weise nach Berlin nicht an, wo sie dann sofort feststellen wird, daß die gleichen Möbel dort um mindestens 20 Proz. billiger im Detail verkauft werden, als dies dem Möbeldesigner möglich ist.

Die Vereinigung der Händler hat den Kampf gleich mit schwerem Geschütz begonnen: Wer sich ihrer Diktatur nicht fügen will, kommt auf die schwarze Liste und wird boykottiert. Tatsächlich hat sie einen Jäger errichtet, der eine große Zahl Namen der bekanntesten Tischlerfirmen enthält, die grundsätzlich von allen Lieferungen an die organisierten Händler ausgeschlossen bleiben. (Die Märgenerinder sozialdemokratischer Terrorismusgeschichten wollen diesen Fall bitte registrieren). Wenn die Berliner Tischlermeister nicht bedingungslos durch das laudimische Joch hindurchtreten wollen, das ihnen von den Händlern gehalten wird, so müssen sie neue Mittel und Wege finden, um mit Umgehung der organisierten Händler den Absatz ihrer Erzeugnisse ausdehnend zu organisieren, ein Unterfangen, das bei der längst eingetragenen unheilvollen Abhängigkeit der Möbelproduzenten vom Zwischenhändler nicht eben leicht ist. Jedenfalls aber zeigen die Berliner Tischlermeister eine gehörige Dosis Kampfesmut, der jetzt in der Möbelmesse einen großartigen Ausdruck findet. Zwar wendet sich diese Messe nicht, was ja eigentlich nahe gelegen hätte, an das Privatpublikum selbst, sondern mit überängstlicher Besonnenheit wird der Grundplatz in den Vordergrund gestellt: „Verkauf findet nur an Wiederverkäufer statt“. Offenbar scheidet man vor den letzten Konsequenzen dieses Kampfes noch zurück und versucht einzuwirken, die der Vereinigung fernstehenden Händler heranzuziehen, um die Organisation der Gegenpartei zu sprengen. Doch wird von der Leitung der Messe schon jetzt offen mit weiteren Repressalien gedroht: Zusammenstoß der Produzenten zu Verkaufsgenossenschaften, Errichtung eigener Verkaufsläden und Aufschaltung des Zwischenhändlers. Ob es aber zur Durchführung solcher Pläne kommt, wird wohl davon abhängen, ob nicht etwa nach diesem ersten Schreckschuß die streikenden Brüder einander verhöhen wieder in die Arme sinken, um gemeinsam einen Modus zu finden, den Konsumenten möglichst schmerzlos zur Ader zu lassen.

Die Möbelmesse an sich ist für das breite Publikum nur von untergeordnetem Interesse. Es handelt sich nicht um eine Ausstellung besonderer Kunstfertigkeiten und schätzbarer Vorbilder, sondern um eine Verkaufsausstellung marktgängiger Ware, wie sie in jedem Möbelgeschäft zu finden ist. Da dem Privatbesucher weder die Enge noch die Detailpreise genannt werden, fehlt auch die Möglichkeit einer vergleichenden Preisstatistik, die sicherlich manchem ein Licht über den Zoll, den die Bevölkerung an die Zwischenhändler entrichten muß, aufgesteckt hätte. Leider! Wenn aber trotzdem das öffentliche Interesse der Möbelmesse sich zuwenden, so wesentlich aus dem Grunde, weil mit ihr ein Unternehmen verbunden ist, das insbesondere für die Arbeiterschaft von erheblicher Bedeutung ist. Es war das Verdienst des Gesellenausschusses bei der Tischler-Innung, diese zu einem Wettbewerb für mustergültige Arbeitermöbel angeregt zu haben. Im Grunde genommen hängt die Aktion mit der im Gewerkschaftshaus eingerichteten Ausstellung von Muster-einrichtungen zusammen. Der Jungmänner-Vorstand hatte bei einem gemeinsamen Besuch im Gewerkschaftshaus die Ansicht geäußert, daß für den angelegten Kostenpreis noch besseres herzustellen möglich sei, und das Ergebnis einer eingehenden Aussprache war dann der Wettbewerb.

Die Bedingungen lauteten, für 500 M. das Mobiliar zu einer Einzimmerwohnung für 800 M. zu einer Zweizimmerwohnung je mit Küche herzustellen. Die Aussteller mußten sich verpflichten, die vorgeführten Möbel in der dargestellten Ausführung und Qualität für den angelegten Preis mindestens auf drei Jahre in gewünschter Anzahl zu liefern. Das Ergebnis dieses Wettbewerbes, der in erstaunlich kurzer Zeit bewältigt wurde, liegt nun, praktisch ausgeführt, in einer Reihe von Musterzimmern vor und ist auf den Galerien der Ausstellungshallen in einer Sonderabteilung untergebracht. Zeigte schon die beschränkte Ausstellung im Gewerkschaftshaus, daß die Möglichkeit, von dem üblichen Möbelstil loszukommen, auch für den schlechtbemittelten technisch durchführbar ist, so liefert die jetzige, reichhaltigere Vorführung noch eindringlichere Beweise dafür.

Nicht von ungefähr ist in neuerer Zeit die Frage der Arbeiterwohn-einrichtungen zu einem aktuellen Problem geworden. Es erhebt sich an dieser Stelle, den notwendigen Zusammenhang des geistigen Fortschritts der Arbeiterklasse mit ihrem wirtschaftlichen Befreiungskampfe nachzuweisen.

In der Arbeiterklasse ist die Zahl derer unaufhörlich im Wachsen begriffen, die der häßlichen „Muschelgarnitur“ in ihren Behausungen den Krieg erklärt, die verlogenen Geldraubhölzer und die bronzierten Gipshäuser hinaudrückt und durch künstlerische Zeichnungen ersetzt. Der Anfang einer besseren Zeit!

Die Entwicklung auf diesem Gebiete würde sicherlich in der Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft ein erheblich schnelleres Tempo nehmen, wenn es sich nur um ein kulturelles und nicht auch im ungleich höheren Maße um ein soziales Problem handelte. Die tiefste Erkenntnis vom Zustand der Dinge muß dem Armen herzlich wenig, so lange ihm die Mittellosigkeit seiner proletarischen Existenz den Zugang und gelobte Land versperrt. Gewiß, die Kosten, die der Arbeiter trotzallem für seine Einrichtung aufwenden muß, sind länderweit hoch im Verhältnis zum Gebotenen und daß für die gleiche Summe unendlich geschmackvoller und Solideres geboten werden könnte, das zu beweisen ist der Zweck der gegenwärtigen Ausstellung. Der Durchschnittsarbeiter ist bei der Zusammenstellung seines Hausrates ganz auf die sachmännischen und künstlerischen Intentionen der — Abzahlungs-geschäfte angewiesen und jedermann weiß, daß denen das allerschlimmste und geschmackloseste

Zeug gerade gut genug ist, es den Arbeitern für ein Wuchergeld anzuhängen. Als gelegentlich der Ausstellung im Gewerkschaftshaus vor den Abzahlungs-geschäften gedankt wurde, ließ der Inhaber einer derselben eine Broschüre verbreiten, in der er „objektiv“ das zur Behandlung stehende Problem „untersucht“ und dreist und gottesfürchtig zu dem Schluß kam, daß die von der Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen betriebenen Anstrengungen eigentlich höchst überflüssig seien, da die kaufenden Arbeiter zum Beispiel in seinem Geschäft nicht nur mit ebenso geschmackvollen und soliden Möbeln, sondern obendrein auch billiger bedient würden, als die Kommission das ermögli-che. Um den Eindruck der Broschüre bei den organisierten Arbeitern zu erhöhen, war sie reichlich mit lobenden Phrasen über die moderne Arbeiterbewegung gespickt, doch war der platte Reflexionszweck so wenig maskiert, daß kaum andere als die ganz Reiven dadurch getäuscht worden sind.

Immerhin haben sich die Veranstalter der Ausstellung in der Möbelmesse ein schätzenswertes Verdienst um die öffentliche Aufklärung erworben, als sie die glückliche Idee verteilten, den Sammler der Abzahlungs-geschäfte durch Tatsachen zu illustrieren. Sie waren dabei bodhaft genug, ausgerechnet von dem eben erwähnten Abzahlungs-händler, natürlich ohne Angabe des Zweckes, eine der gängigsten „Muster-einrichtungen“ zu lassen, die sich nun den er-taunten Besuchern der Ausstellung in ihrer ganzen Schönheit präsentiert. Es ist die berühmte Muschelgarnitur, die hier durch die über alle Begriffe schandige Ausführung bis zum physischen Ekel abstoßend wirkt. Wer diese zusammenbrechende Geschmacklosigkeit gesehen und mit den Musterzimmern des Wettbewerbes verglichen hat und dann noch ohne Widerwillen das Milieu der ersteren zu ertragen vermag, der kann unbedenken und endgültig für die Kultur verloren gegeben werden. Das Mobiliar entspricht noch Gottung und Stützmaß genau dem ausgestellten fünf-hundertmark-t-Zimmer des Wettbewerbes, mit Ausnahme des fehlenden Sofas, das im Minimum 100 M. kosten sollte und deshalb nicht gekauft wurde. Der Abzahlungspreis der angeschafften Möbel beträgt 540 M., einschließlich des Sofas 600 M. Für Ver-zahlung ist nach dem abgeschlossenen Kauf ein Abzug von 10 Proz. bewilligt, so daß sich der Kasiapreis auf 521 M. beläuft. Dem-gegenüber wird das im Wettbewerb gezeigte Musterzimmer, das in Form und Ausführung zu den Abzahlungs-möbeln etwa in dem Verhältnis steht wie der Montblanc zu den Meißnern für 425 M. (ohne Küche) verkauft. In diesem Vergleich erst zeigt sich volgend die außerordentliche Ausbeutung des Publikums durch die Abzahlungs-geschäfte. Die Mehrzahl der Käufer wird schon heute nicht darüber im unklaren sein, wie ihnen bei dem Kauf das Fell über die Ohren gezogen wird, aber die bittere Not läßt ihnen einen anderen Ausweg nicht offen. Die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Kom-mission für vorbildliche Arbeiterwohnungen hat bereits den praktischen Versuch gemacht, die von ihr ausgestellte Muster-einrichtung durch erleichterte Zahlungsbedingungen umzusetzen. Wenn wir recht unter-richtet sind, wird auch von den der Möbelmesse nachfolgenden Kreisen ein ähnlicher Plan erwogen, um einen Woffenumsatz der aus dem Wettbewerb hervorgehenden Mustermöbel zu ermöglichen. Es wäre eine soziale Tat von größter Bedeutung, wenn es gelänge, ein gemeinnütziges Unternehmen zu errichten, das unter Hintanhaltung des Erwerbsgedankens die Vorteile der Abzahlungs-geschäfte in sich vereinigt, ohne deren gefährliche Nachteile mit zu übernehmen. Ein solches Unternehmen, das der öffent-lichen Kontrolle zu unterstellen wäre, könnte sicherlich auf weit-gehendes Verständnis bei den Arbeiter-konsumenten rechnen und auch die propagandistische Mißhilfe der Arbeiterorganisationen dürfte nicht ausbleiben.

Den Berliner Arbeitern kann ein Besuch der überaus lehrhaften Ausstellung, die unentgeltlich zu besichtigen ist, empfohlen werden. Die Ausstellung ist von 10—8 Uhr geöffnet und zwar bis zum 4. September.

Eine Dampfer-Dauerschiffahrt nach Teupitz ist doch nicht immer so angenehm, wie wir sie kürzlich hier geschildert haben. Ein Genosse erzählt uns, wie es ihm an einem Sonntag (13. August) bei einer solchen Fahrt ergangen ist, die er mit einem Dampfer der Reederei Rahnt u. Herzer machte. Er schreibt:

„Obwohl unser Dampfer 7 1/2 Uhr morgens abfuhr, konnten wir nach 6 Uhr abends schon den Dampfer verlassen, allerdings ohne Teupitz gesehen zu haben. Bis zur Ueberführung der Göl-linger Bahn ging die Fahrt gut vonstatten; kurz dahinter erhielt der Dampfer einige Stöße, und zugleich verlagte die Dampferschraube, so daß unser Fahrzeug weder vor- noch rückwärts fahren konnte. Als nach längerem Warten einige Männer verlangten, an Land gebracht zu werden, war auf dem Dampfer nicht einmal ein Brett aufzutreiben, um das höchstens 3 Meter entfernte Ufer zu erreichen. Erst als ein „Einheimischer“ sich mit einem Handkahn einfindet, konnte mit Hilfe des Rahnes ein Stieg zum Lande in-provisiert werden, aber nur für leidlich geschickte Leute. Nach Aus-lage des Steuer-mannes sollte sich eine Baumwurzel in der Schraube festgeklemmt haben, deren Beseitigung in Ermangelung der notwendigen Werkzeuge Hammer und Säge nicht möglich sei. Bei glühender Mittagsonne verjuchten etwa 20 schwächliche Heulste, den Dampfer mittels eines Taues vorwärtszuziehen. Auf alle unsere Fragen „Was nun?“ hatte der Schiffsführer nur ein stummendes Achselzucken. Nach etwa vierstündigem Warten gelang es uns endlich, durch Rufen und Winken ein den See kreuzendes größeres Passagier-Motorboot auf unsere Lage aufmerksam zu machen. Unsere Bitte, und nach dem nächsten Lokal zu befördern, allerdings auf Kosten der Reederei Rahnt u. Herzer, machte der Führer des Motorbootes von der Zustimmung unseres Kapitäns ab-hängig, der aber nur ein Achselzucken als Antwort hatte. Auch unsere Bitte, dem wenigstens Frauen und Kinder früher an Land befördern zu lassen, hatte keinen anderen Erfolg. Es blieb uns also nur übrig, weiter zu warten, trotzdem an unserem Endziel ein anderer Dampfer derselben Reederei vorhanden war. Als dieser auf der Heimfahrt etwa 5 1/2 Uhr zum Ufer erreichte, gelang es ihm nach längerem Manövrieren, uns scheinbar an Land zu schieben, daß wir mittels des üblichen Brettes sicher das Ufer erreichen konnten. Manmehr erging seitens des Steuer-mannes die Aufforderung, den Dampfer zu verlassen und der Rat, mit der Bahn nach Hause zu fahren.“

Nach dieser verunglückten Dampferfahrt forderten eine Anzahl Teilnehmer die Rück-einrichtung des Fahrgeldes. Manchen war es schwer genug geworden, für sich und ihre Familie die Kosten der Fahrt aufzubringen. Aber die Reederei wollte von den bezahlten 2 M. nur 1 M. zurückgeben, obwohl die Heimfahrt mit der Bahn noch 1,45 M. kostete. Die Teilnehmer erboten sich, die Kosten der Dampferfahrt voll zu tragen, forderten aber vollen Ersatz der Kosten des Bahnbillets. Die Reederei glaubte noch abhandeln zu sollen und bot als äußerstes 1,25 M. pro Bilette. Mehrere der Fahrgäste wollen den Klage-weg beschreiten.

Auf der Granowaldbahn, welche wie gemeldet, am 5. I. Mit. den Betrieb eröffnen wird, werden zwischen Spandau-West und Charlottenburg täglich 42 Züge in jeder Richtung verkehren; die Mehrzahl derselben geht über die Stadtbahn weiter bis Friedersdorf (Müddersdorf) und Strausberg. Im Winterfahrplan verkehren zwischen Spandau-West und Charlottenburg täglich 40 Züge in jeder Richtung, davon gelangt ein Zugpaar nur Sonnabends, die Nacht-züge ab Spandau-West 12,33, ab Charlottenburg 1,50 nachts, nur in der Zeit vom 1. November d. J. bis 31. März l. J. zur Ver-förderung. An Sonn- und Feiertagen werden einige Züge mehr ein-gelegt. Die Fahrtzeit zwischen Spandau und Charlottenburg wird im Winter um einige Minuten verkürzt. Der erste Zug geht von Müddersdorf im Winter erst 6,14 (jetzt 6,50) früh ab.

Die Säuglingssterblichkeit hat in Berlin in der Woche vom 30. Juli bis zum 5. August, aus der die vom Statistischen Amt angeführte Zusammenstellung der Todesmeldungen jetzt vorliegt, eine entsetzliche Höhe erreicht. Unter dem Einfluß der Hitze-welle, die wir nun glücklich wieder hinter uns haben, war es schon in der Woche vom 23. bis zum 29. Juli zu einer ungewöhnlich hohen Säuglingssterblichkeit gekommen. In ihr starben von Kindern des ersten Lebensjahres 223, während in der vorhergehenden Woche vom 16. bis zum 22. Juli nur 117 Kinder dieses Alters gestorben waren. Die Woche vom 30. Juli bis zum 5. August hat, wie zu erwarten war, eine weitere Zunahme der Säuglingssterblichkeit gebracht: 292 Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres sind aus ihr gemeldet worden. In diesen drei Wochen waren an den 117, 223, 292 Säuglingssterbefällen die ehelichen Kinder mit 94, 161, 216 beteiligt, die unehelichen mit 24, 62, 66. Beigetragen haben zu der außerordentlichen Zunahme der Säuglingssterblichkeit besonders Darmkatarrh und Brechdurchfall, die gefährlichsten Sommer-krankheiten der Säuglinge. Unter den Ursachen der Säuglingssterbe-fälle aus den drei Wochen findet sich Darmkatarrh 84, 76, 93 mal, Brechdurchfall 12, 30, 57 mal, so daß diese beiden Todesursachen mit zusammen 46, 106, 150 Säuglingssterbefällen beteiligt sind. Durch die Zunahme der Säuglingssterblichkeit ist in Berlin auch die Ge-samtssterblichkeit sehr merklich erhöht worden. Diese stellte sich in den drei Wochen auf 532, 654, 728 Sterbefälle.

Schäffen und Geschworenen.

Die Urliste derjenigen Personen, welche in Gemäßheit der Ver-stimmungen der Titel IV und VI des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich vom 27. Januar 1877 zu dem Amte eines Schäffen bzw. Geschworenen für das Jahr 1912 berufen werden können, ist aufgestellt und wird nach § 88 Titel IV a. a. O. eine Woche lang und zwar vom 24. bis einschließlich 30. August d. J. in den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr, am Sonntage von vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr, im Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16 II — Zimmer 57 — zur Einsicht öffent-lich anliegen. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der einwöchigen Frist schriftlich oder im Wahlbureau zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Ueber dem Spreetunnel bei Neu-Kölln a. M. ist die Schiff-fahrt nunmehr freigegeben und die Nordseite des Flusses ge-sperrt worden. Dort beginnt man die Spundpfähle für die Hängedämme einzurammen. Von der neuen Ufermauer ab bis zur Wall- und Inselstraße wird der im Gefälle liegende Tunnel nun bald hinterfüllt werden können; die Wasser-haltung konnte bereits abgestellt werden, streifenweise ist nur noch die Decke im Rückstande. Auch der anschließende Bah-nhof „Inselstraße“ ist im Rohbau ziemlich fertig. Er liegt, wie schon früher mitgeteilt, erheblich tiefer, als die übrigen Haltestellen der Untergrundbahn und zieht sich in einer leichten Krümmung von der Inselstraße bis zur Neuen Hofstraße. Das hohe elliptisch geformte Betongewölbe gewährt schon jetzt einen imposanten Anblick, zumal die jetzt noch vorhandenen Mittelstützen (hölzerne Pfähle, welche die Rüstung tragen) bald fallen werden. Die 110 Meter lange, 14 Meter breite und 6 Meter hohe Bahnhofshalle dürfte zu den schens-wertesten Punkten der ganzen Hoch- und Untergrundbahn zu rechnen sein; da gegenwärtig noch die Bahnhofsgebäude fehlen, so hat man einen freien Blick durch die hellerleuchtete Bogen-halle. Vor dem Hause Wallstraße 81, Ecke Neue Hof-straße, wird eine breite Treppe zur Haltestelle hinab-führen, das Eisengerippe derselben ist bereits eingebaut.

Eine Aenderung der Leichenschederung nach dem Leichen-schauhaufe ist vom Polizeipräsidenten endlich beschlossen worden. Bisher wurden die Leichen derjenigen, die durch eigene Hand, fremde Schuld oder besagene Zufälle ihr Ende fanden, in einem mit Pferden bespannten Wagen nach dem Schauhaufe gebracht, um dort fahrgestellt und auf die Leodesursache genauer untersucht zu werden. Der blaue Kastenvagen mit dem preussischen Adler ist leider eine nur zu häufige Erscheinung im Berliner Straßenleben. Die Pferde stellten von jeher ein hübscher Fuhrer, mit dem ein besonderes Ab-kommen getroffen worden ist. Mit der Vergrößerung der Reichs-hauptstadt und der Häufung der Selbstmorde und tödlichen Unglücks-fälle haben sich nun im Laufe der Jahre bei der Beförderung mit einem Pferde erhebliche Mißstände eingefunden, die wir in unserem Blatt erstlich gerügt haben: Es ging alles viel zu lang-sam, und so kam es, daß besonders an den Hauptläufen und auch an den Straßen die Leichen länger liegen blieben als das angebracht ist. Um nun ein schnelleres Abholen zu ermöglichen, hat sich das Polizeipräsidenten entschlossen, jetzt einen Kraftwagen anzuschaffen, eine starkgebaute dreirädrige Plattform der West-Gesellschaft. Der Wagen hat Sitzplätze für den Fahrer und den Leichendiener, der ihn begleitet. Der Kasten ist ebenso wie bei dem alten Wagen wieder blau gestrichen und trägt ebenfalls den Adler. Bei der Einrichtung ist vor allem den Anforderungen in gesundheitlicher Be-ziehung mit den Hilfsmitteln anderer vorgeschrittenen Technik ent-sprochen worden. Der Kasten, in dem mehrere Leichen zu gleicher Zeit befördert werden können, kann sehr leicht auseinandergenommen und gründlich gereinigt werden. Der Wagen ist im ganzen niedriger als der alte. Er wurde gestern vom öffentlichen Führerwesen des Polizeipräsidenten für den Gebrauch abgenommen. — Im übrigen ist das Leichenschauhaus nach wie vor ziemlich konservativ. Der hohe Vorterrazza, der bei der Erbauung des neuen Hauses in der Hamnoverdammstraße „provisorisch“ errichtet wurde, steht fast in seiner ganzen Länge noch heute da. Als und zu wird einmal ein Stütz, das der Sturm niederbricht, erneuert oder angefügt, sonst bleibt alles beim alten. Daß das „Provisorium“ schon sei, kann nicht gerade behauptet werden.

Wegen 250 M. — drei Monate Gefängnis.

Der Arbeiter Schweidniger ging im Juni dieses Jahres im angetrunkenem Zustande an einem Parkterrenster vorbei, aus dem eine Gardine im Werte von etwa 250 M. herausfiel. Er griff nach der Gardine, die, da sie nur sehr lose befestigt war, sofort in seiner Hand blieb, wurde aber ein paar Häuser weiter von Passanten gefaßt, einem Schuttmann übergeben, sistiert und in Untersuchungshaft gefaßt. Auf diesen Tatbestand war eine An-klage wegen Diebstahls aufgebaut, die am Sonnabend vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Land-gerichtsdirektors Dr. Höpfe verhandelt wurde. Der Angeklagte gab ohne weiteres den Sachverhalt zu, erklärte aber, daß er nicht ent-fertigt die Absicht des Diebstahls gehabt habe. Der ganze Vorfall, den er sehr bedauerte, sei nur aus seinem angetrunkenen Zustand hervorgegangen. Er hätte, wenn man ihm nicht sofort die halbe Gardine abgenommen haben würde, gar nicht gewußt, was er damit anfangen sollte. Bei dieser Sachlage hat Schweidniger, wenn man wirklich einen Diebstahl annehmen wolle, um mildernde Umstände und um Haftentlassung, da er, wenn er jetzt nach zweimonatiger Untersuchungshaft ins Gefängnis wandere, im Winter säuerlich Arbeit finden werde. Der Staatsanwalt Dr. Steinbauer bean-tragte drei Monate Gefängnis und sofortige Strafverhängung. Der Vorsitzende, der das Objekt treffend als eine „Lumperei“ bezeich-nete, erwähnte sich jedoch für Haftentlassung und gab dem Ange-klagten den Rat, sich sofort polizeilich anzumelden, da man ihn sonst noch zu finden wissen werde. Der Gerichtshof nahm einen

